Dienstag, 31. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 26 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Bundeswehr: In seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler über die Entwicklung im Fall Kießling hat Verteidigungsminister Wörner gestern erwartungsgemäß kein Rücktrittsgesuch vorgelegt. Kohl will sich in seiner Entscheidung von jedem „äusseren Erwartungsdruck" freihalten.

Ausreisewünsche: Zwischen 400 000 und 500 000 Deutsche in der „DDR" haben Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt, schätzt Staatssekretär Hennig im Gespräch mit der WELT. (S.4)

Festnahmen: Vier Angehörige eines Friedenskreises der evangelischen Kirche sind in der „DDR" festgenommen worden. Drei Westberliner und eine Frau aus der Bundesrepublik Deutschland werden wegen angeblicher *Fluchthilfe festgehalten.*

Mehr Asylbewerber: Innenminister Zimmermann fordert, die Befristung des verkürzten Asylverfahrens auf 31. Juli zu beseitigen. Trotz des Rückgangs der Anträge von 1982 auf 1983 um 17 000 auf 19 737 nehme die Zahl der Gesuche seit Mitte vergangenen Jahres wieder stetig zu.

Gromyko in Rumänien: Der Außenminister will nach Meinung westlicher Beobachter Differenzen über die sowjetische Raketenrüstung ausräumen.

Zeitarbeit: Mit Zeitarbeitsverträgen, flexiblerer Gestaltung des Freizeitausgleichs sowie Erschwernissen für Überstunden und illegale Beschäftigung will Sozialminister Blüm die Beschäftigungslage verbessern. (S.1)

Gegen Waffenexport: DGB-Vize Fehrenbach, der Bundeskanzler Kohl auf dessen Israel-Reise begleitet hat, spricht sich „prinzipiell" gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien aus.

Ägypten: Staatschef Mubarak will *wieder in die „Islamische Konferenz"* zurückkehren; die Mitgliedschaft ruhte seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Israel.(S.6)

Fraga: Nach seiner Bestätigung als Parteichef der konservativen spanischen Volksallianz sagt Fraga Iribarne für die Wahlen 1986 den Sieg voraus. Die Partei stellt 106 von 350 Abgeordneten.(S.4)

Tansania: Der Vizepräsident des ostafrikanischen Landes, Jumbe, ist wegen des seit 20 Jahren andauernden Streits um die Zusammenlegung Sansibars und Tanganjikas zurückgetreten.

Heute: Festakt im Bundestag zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss. – Treffen der EG-Fischereiminister. – US-Außenminister Shultz beginnt seine Lateinamerikareise in El Salvador.

ZITAT DES TAGES



„Amerika steht wieder aufrecht"

Präsident Ronald Reagan in einer Bilanz seiner bisherigen Amtszeit bei der Bekanntgabe seiner erneuten Kandidatur (S.1 und2) FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Geiger zuversichtlich: Der Sparkassenpräsident rechnet mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 3,5 Prozent, wenn die Tarifrunde ein gesamtwirtschaftlich vernünftiges Ergebnis bringt und von der Weltwirtschaft keine starken *negativen Einflüsse kommen.* (S.7)

Konjunktur: Fast alle Wirtschaftszweige erwarten nach Erhebungen des Ifo-Instituts für 1984 eine Verbesserung des Geschäftsklimas. Weltweit sei die längste Rezession der Nachkriegsgeschichte überwunden, meinen die Münchner Wirtschaftsforscher.

Aral will klagen: Die Aral AG und ihre drei Großaktionäre wollen gerichtlich gegen die Verfügung des Bundeskartellamtes vorgehen, den Gesellschaftervertrag wegen verbotener Kartellbildung aufzulösen. (S.7)

Börse: Bei weiter freundlichem Grundtrend schlossen die deutschen Aktienmärkte zum Wochenbeginn uneinheitlich. WELT-Aktienindex 157,9 (158,0). Am Rentenmarkt gab es nur geringe Kursveränderungen. Dollar-Mittelkurs 2,8141 (2,8141) Mark. Goldpreis je Feinunze 369,25 (370,00) Dollar.

KULTUR

Landmann: Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Philosoph Michael Landmann in Haifa, wo er sich zu Lehrveranstaltungen aufhielt, nach schwerer Krankheit gestorben. Der langjährige Lehrer an der Freien Universität Berlin, der im Dezember vorigen Jahres 70 Jahre alt wurde, war vor allem mit Arbeiten zur philosophischen Anthropologie hervorgetreten.

Luther-Bibel: Mitte des Jahres will der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Luthers Übersetzung des Neuen Testaments „in einer dem heutigen Sprachverständnis behutsam angeglichenen Fassung" vorlegen, in der die ursprüngliche, vielen Bibellesern vertraute Sprache Luthers wieder zur Geltung kommen soll.

SPORT

Fußball: Nationalspieler Peter Briegel vom 1. FC Kaiserslautern muß eine Trainingspause bis Ende der Woche einlegen. Briegel hatte sich in Stuttgart eine *Gehirnerschütterung zugezogen.*

Handball: Europapokalsieger VfL Gummersbach ist nicht an der Verpflichtung des früheren Bundestrainers Vlado Stenzel interessiert. Der VfL will mit Trainer Brand weiterarbeiten. (S.6)

AUS ALLER WELT

Urlaub: Unter Vorsitz des italienischen Außenministers Andreotti befassen sich Politiker und hohe Beamte in Rom mit Unzulänglichkeiten im Tourismus-Gewerbe. Beschwerden deutscher Urlauber stehen im Mittelpunkt; Deutsche stellen 45 Prozent der Gäste.(S.14)

Gegensätze: Die in den „Everglades" lebenden Seminole-Indianer geraten in Konflikt mit den modernen Tierschutzgesetzen. (S.14)

Wetter: Bewölkt, regnerisch, Temperaturen um vier Grad; nur in Höhenlagen Schnee.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl will frei von „äußerem Erwartungsdruck" entscheiden

Fall Wörner: Heute spricht der Kanzler mit Strauß / Kritische Worte Genschers

R. MONIAC/M. SCHELL, Bonn

Die Chancen für Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU), im Amt zu bleiben, haben sich gestern eher verschlechtert; mit einer Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist heute zu rechnen. Durch Regierungssprecher Jürgen Sudhoff ließ der Kanzler mitteilen, er behandele die durch die Entlassung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling ausgelöste Angelegenheit mit großer politischer Sorgfalt und Genauigkeit; er werde frei von „äußerem Erwartungsdruck" entscheiden.

Das entscheidende Gespräch zwischen Kohl und Wörner fand am frühen Nachmittag im Bundeskanzleramt statt. Das Bundesverteidigungsministerium wiederholte seine frühere Erklärung, Wörner habe nicht die *Absicht, von sich aus den Rücktritt* anzubieten. Wörners Linie für das Gespräch mit dem Kanzler war es, zu erläutern, daß er pflichtgemäß gehandelt habe. Dabei sei er, Wörner, sich durchaus bewußt, daß er in der Affäre Kießling eine Reihe von Ungeschicklichkeiten zu verantworten habe, wozu vor allem sein Treffen mit dem homosexuellen Schweizer Schriftsteller Alexander Ziegler gehöre. Wörner wollte in der Unterredung mit Kohl, die unter vier Augen stattfand, ausloten, ob der Kanzler noch zu ihm stehe oder aber die Belastungen für die Regierung als so groß erachte, daß er einen Rücktritt für notwendig hält.

Ehe sich der Kanzler mit Wörner traf, führte Kohl eine Reihe von Gesprächen mit Koalitionspolitikern. Dazu gehörten der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der vorzeitig seinen Spanienaufenthalt abgebrochen hatte und der als möglicher Nachfolger Wörners gilt. Bereits zuvor hatte sich Kohl nach seiner Rückkehr aus Israel fernmündlich mit dem FDP-Vorsitzenden Genscher und dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Mischnick, beraten. Genscher hat gestern in Heilbronn bedauert, daß während der Abwesenheit des Kanzlers versucht worden sei, öffentlichen Druck auszuüben und Kohl Ratschläge zu erteilen. Genscher nannte keine Namen, aber er meinte offensichtlich den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der ein größeres Kabinettsrevirement verlangt hat. Zu einer Begegnung zwischen Kohl und Strauß wird es wahrscheinlich heute in Bonn kommen. Strauß hatte erstmals gegenüber der WELT seine Bereitschaft angedeutet, notfalls das Verteidigungsministerium zu übernehmen.

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Schreckenberger, berichtete gestern dem Kanzler als erster umfassend über die Ereignisse der vergangenen Woche in der Affäre Kießling. Schreckenberger hatte in einem WELT-Gespräch gesagt, die von Wörner aufgebotenen Zeugen gegen Kießling hätten ihre Schwäche in der Glaubwürdigkeit. Schreckenberger hatte die Anhörung dieser Zeugen zum Teil verfolgt, aber – wie er selbst sagte, ohne Wissen oder Weisung des Kanzlers gehandelt. Kohl erfuhr davon erst nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am Montag vergangener Woche. Auf dieser Sitzung hatte der Parteivorstand Wörner sein volles Vertrauen ausgesprochen und ihm Unterstützung zugesagt. Dieses Votum wäre wahrscheinlich nicht so eindeutig ausgefallen, wenn Kohl von dem vorherigen Treffen zwischen Wörner und Ziegler gewußt hätte. Wörner legte dem Kanzler dar, erhebliche Entlastung erhoffe er vom Auftreten der Kölner Polizeibeamten in der nächsten Woche vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. Dem

● Fortsetzung Seite 6

Blüm plant Lockerung im Arbeitsrecht

Ziel: Abbau der Arbeitslosigkeit / Zeitverträge, Leiharbeit und Überstundenregelung

GISELA REINERS, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat seine Pläne konkretisiert, wie zahlreiche Arbeitsrechtsbestimmungen gesetzlich gelockert werden können, um möglichst viele Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben einzugliedern. Der Minister legte dazu gestern in Bonn einen 15-Punkte-Plan vor. Er kennzeichnete ihn jedoch ausdrücklich als „Diskussionsgrundlage". Nach Gesprächen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften soll der Entwurf in ein Artikel-Gesetz einfließen und etwa Anfang nächsten Jahres rechtskräftig werden.

Blüm räumte ein, daß er mit seinen Vorschlägen „heiße Eisen" anpacke. Es geht um Zeitarbeitsverträge, um mehr Leiharbeit, um den Ausgleich von Überstunden durch mehr Freizeit, die Teilkrankschreibung, die Anrechnung von Urlaub auf Kuren, Ausweiskarten für Bauarbeiter, die Vereinheitlichung des Hinzuverdienstes und Versicherungsbeiträge von Gering-Verdienern.

Die beabsichtigten Maßnahmen sollen, so Blüm, dazu dienen, die Arbeitszeit flexibler zu gestalten und die Anpassung der Beschäftigung an die Erfordernisse des Betriebs zu erleichtern. Allerdings sollen die Vorschriften nur für eine Übergangsfrist von vier Jahren gelten. „Wir werden uns nicht damit abfinden, daß es Menschen drinnen und draußen gibt, nämlich solche, die Arbeit haben, und solche, die keine haben und auch keine bekommen können, weil die drinnen so geschützt sind, daß niemand hereinkommt."

● Für den beginnenden Aufschwung will Blüm dadurch den Weg zu mehr Arbeit bereiten, daß Arbeitslose mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt werden können. Bis zu einem Jahr sollen sie ohne weiteres zulässig sein, in Phasen der Existenzgründung bis zu zwei Jahren.

● Statt mit Überstunden sollen auch vermehrt durch Leiharbeitskräfte Engpässe im Betrieb überbrückt werden können. Es wird dran gedacht, die Höchstdauer der Leih-Beschäftigung von drei auf bis zu 20 Monate anzuheben, um Mutterschafts-, Zivil- und Wehrdienstzeiten auffangen zu können.

● Ein wichtiger Punkt in Blüms Katalog ist der Vorschlag, mehr als zwei Überstunden pro Woche durch Freizeit in drei bis sechs Monaten „abfeiern" zu lassen. Hier ist jedoch massiver Widerstand der Arbeitnehmerseite denkbar, die zum Teil auf die Überstundenvergütung angewiesen ist, zum Teil die Vergütung verlöre, wenn z. B. im Einzelhandel vor Weihnachten hart gearbeitet und im Februar „abgefeiert" wird. Hierdurch würde auch niemand zusätzlich beschäftigt. Wie Blüm sagte, werden jedoch im Jahr etwa 1,8 Milliarden Überstunden geleistet, das entspräche einer Million Arbeitsplätze.

■ Fortsetzung Seite 6

US-Manager begrüßen Reagans Schritt

„Zweite Amtszeit garantiert Kontinuität" / Wachsende Popularität des Präsidenten

H.-A. SIEBERT, Washington

Die große Mehrheit der amerikanischen Wirtschaftsmanager begrüßt die Entscheidung Ronald Reagans, zum zweiten Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren. Aus ihrer Sicht ist er jedem Kandidaten der Demokraten, vielleicht mit Ausnahme John Glenns, vorzuziehen, weil er Kontinuität garantiere. Sein Sieg gilt als sicher, vorausgesetzt, an der außenpolitischen Front herrscht Ruhe und die Zinsen verharren zumindest auf dem derzeitigen Niveau.

Reagan hatte seinen Entschluß während einer Fernsehrede mitgeteilt und dabei auf wirtschaftspolitische Erfolge sowie die militärische Stärkung der USA während seiner Amtszeit verwiesen. „Unsere Arbeit ist jedoch noch nicht beendet", sagte Reagan. George Bush soll bei einem Wahlsieg der Republikaner Vizepräsident bleiben.

Umfrageergebnisse zeigen, daß 56 Prozent der US-Bürger die Frage bejahen, ob es ihnen heute besser geht als vor einem Jahr. 49 Prozent schreiben die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung dem Reagan-Konto gut. Die Rekordhaushaltsdefizite sind für die Masse der amerikanischen Bevölkerung kein Thema, über die Konsequenzen wird kaum nachgedacht. Was für die Wähler zu zählen scheint, sind diese Zahlen: Amerikas Wertschöpfung erhöhte sich 1983 real um 3,3 Prozent, verglichen mit minus 1,9 Prozent im Vorjahr. 1984 soll die wirtschaftliche Wachstumsrate 4,5 Prozent betragen. Die Teuerung, gemessen am Verbraucherpreisindex, verlangsamte sich in der gleichen Zeitspanne von 6,1 auf 3,2 Prozent; 1981 und 1980 waren es noch 10,5 und 13,5 Prozent.

Hinzu kommt, daß sich das verfügbare Einkommen der US-Bürger von 6,3 auf 7,3 Prozent erhöhte; zu 72er Preisen stieg es sogar von 0,5 auf 3,2 Prozent. Den positiven Effekt spürt jede Familie beim Einkaufen. Die Sparrate als Teil des verfügbaren Einkommens verringerte sich von 5,8 auf 4,8 Prozent, was nach amerikanischer Tradition ein größeres Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft ausdrückt. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen 13 Monaten von 10,7 auf 8,2 Prozent gesunken.

SEITE 2:
Die einfachen Ideen

Das alles hebt natürlich die Stimmung. Nach dem Ergebnis einer Umfrage des „Wall Street Journal" stehen neun von zehn amerikanischen Topmanagern stramm hinter Reagan. Seit dem Beginn des Konjunkturaufschwungs vor einem Jahr nach vorausgegangener 17monatiger Rezession hat sich bei ihnen der Eindruck verstärkt, daß der Präsident das Wirtschaftsschiff steuern kann. Im Januar 1983 vertraten nur 25 Prozent der befragten Wirtschaftsführer diese Ansicht. Reagan zugute gehalten wird hauptsächlich die Schaffung eines besseren Investitionsklimas, was durch Abschreibungs- und Steuererleichterungen bewirkt worden ist.

Die Majorität unter den Managern glaubt an eine Fortsetzung des Wirtschaftswachstums und der Preisstabilität in diesem Jahr, ist aber über die riesigen Haushaltsdefizite besorgt. Empfohlen werden Heilmittel, die nicht durchsetzbar sind: Ausgabenkürzungen im sozialen und Verteidigungsbereich. Wie es jetzt aussieht, wird Präsident Reagan dem Kongreß morgen ein Budget übermitteln, das für 1985 ein „ordentliches" Minus in Höhe von 180 Milliarden Dollar vorsieht. Hinzu kommen rund 15 Milliarden Dollar, die das Defizit der staatlichen Kreditagenturen ausmachen.

START und INF: Zusammenlegung?

DW/rtr, Washington

Der Leiter der US-Delegation bei den derzeit ruhenden Verhandlungen mit der UdSSR über den Abbau der Strategischen Rüstung (START), Edward Rowny, glaubt an die Fortsetzung der Gespräche und hält sogar einen Durchbruch für möglich. Nach einer Unterredung mit Präsident Reagan ließ er gestern zudem die Bereitschaft der USA erkennen, über eine Zusammenlegung von START mit den Verhandlungen über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) zu reden. Nach Beginn der INF-Nachrüstung in Europa hatte Moskau diese Verhandlungen abgebrochen und START ohne Fortsetzungstermin in die Weihnachtspause gehen lassen.

Bei START seien mehr Fortschritte erzielt worden als allgemein angenommen werde, sagte Rowny. „Und wir könnten jetzt bei der Rückkehr an den Verhandlungstisch einen Durchbruch erzielen", fügte er hinzu. So könnten beide Seiten ihre jeweiligen Vorteile – die USA bei Bombern und Marschflugkörpern und die UdSSR bei Interkontinentalraketen – in einen „Tauschhandel" einbringen.

Als Beweis für die bereits erzielten Fortschritte führte Rowny an, daß die UdSSR nun auf weniger Langstrekkenwaffen beharre, den USA bei der Überprüfbarkeit eines Abkommens entgegengekommen sei und einige, den USA besonders problematisch erscheinende Vorschläge fallengelassen habe. Allerdings habe sie kühl auf den Vorschlag Reagans vom Oktober 1983 reagiert, für jede neue Kernwaffe eine gewisse Zahl bereits vorhandener zu verschrotten.

Nach US-Angaben verfügt Moskau über 2350 Langstreckenraketen, verglichen mit etwa 1600 auf US-Seite. Reagan hatte einen Abbau auf 850 bis 1450 Stück pro Land vorgeschlagen.

Zu einer Zusammenlegung der START- und INF-Verhandlungen sagte Rowny, die USA würden so etwas nicht vorschlagen, „doch wenn die Sowjets sagen, sie wollten reden und dann mit anderen Themen kommen, werden wir bei jedem vernünftigen Vorschlag zuhören". Auf die Frage, ob seine Äußerungen bedeuteten, daß die USA über eine solche Zusammenlegung reden würden, sagte Rowny: „Das kann man so sagen."

DER KOMMENTAR

Draußen vor dem Tor

PETER GILLIES

Seit Jahrzehnten war Beschäftigungspolitik darauf fixiert, den Arbeitsplatz als Vollkasko-Einrichtung auszustatten. Lohnfortzahlung, Kur, Urlaub, Sozialplan, Betriebsrente, Schutz vor Rationalisierung und Kündigung nebst vielem anderen rankten sich um den Arbeitsvertrag. Erst in der Rezession dämmerte, daß die überbordenden Kosten den Arbeitsplatz keineswegs immer sicher machten.

Bei mehr als zwei Millionen Erwerbslosen geht es vorrangig nicht mehr darum, die Arbeitsplatzbesitzer weiter zu polstern, sondern darum, die Hürden für die Arbeitssuchenden zu senken. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muß darüber nachsinnen, jene Kostenlogik herzustellen, die es lohnenswert macht, einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, statt beispielsweise die Altsassen mit Überstunden zu locken. Die Schutzpolitik ging sogar so weit, einen Arbeitsplatz, auf dem absolut Unverkäufliches (wie Schiffe) hergestellt werden, mit Steuermitteln zu erhalten.

In jüngster Zeit unternimmt die Bundesregierung, mit Norbert Blüm an der Spitze, schüchterne Versuche, den Arbeitssuchenden dadurch Chancen zu eröffnen, daß sie den Kostendruck für die Arbeitsbesitzer vermindert. Manchen mag es herzlos erscheinen, daß man den Kündigungsschutz lockert, Lehrlinge schon in den frühen Morgenstunden in den Betrieb läßt, Zeitarbeitsverträge gestattet oder höhere Eigenleistungen bei Kuren anpeilt.

Den Arbeitsvertrag von Kostenblöcken zu befreien ist jedoch nicht herzlos, sondern beweist Herz für die Arbeitslosen, die nur so an den Vertrag kommen, nach dem sie suchen. Der Sachverständigenrat erinnerte letzthin daran, daß ein unsicherer Arbeitsplatz immer besser ist als gar kein Arbeitsplatz.

Ob Reglementierungen der Überstunden oder verschärfte Strafandrohung für Schwarzarbeiter die Unternehmen zur Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen motivieren, ist fraglich. Aber der Denksatz, daß „die da drinnen für die da draußen" etwas mehr als hohle Solidaritätsadressen übrighaben müßten, weist in die Richtung, an deren Ende Vollbeschäftigung stehen kann.

„Rezession ist weltweit überwunden"

DW. München

Die längste Rezessionsphase der Nachkriegsgeschichte ist nach Einschätzung des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung weltweit überwunden. In einer gestern vorgelegten Analyse erläuterte das Institut, an der Spitze der Konjunkturerholung hätten 1983 die USA und Kanada gestanden. Die positive Entwicklung breite sich auf die westeuropäischen Industrieländer aus.

Das reale Wachstum in den wichtigsten Industrieländern liege derzeit, auf Jahresraten hochgerechnet, bei rund vier Prozent. 1983 dürfte nach Ifo-Berechnungen das Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer im Jahresdurchschnitt insgesamt um 2,4 Prozent gestiegen sein. Dabei seien für die USA ein Plus von 3,5 Prozent, für Europa dagegen nur von 0,9 Prozent anzunehmen (Bundesrepublik Deutschland plus ein Prozent).

Für 1984 sagt das Institut den wichtigsten Industrieländern ein Wachstum von insgesamt 3,7 Prozent voraus: den USA fünf, der Bundesrepublik Deutschland 2,5, Europa insgesamt 1,8 Prozent. Der Anstieg der Verbraucherpreise werde sich in Westeuropa von 6,8 auf 6 Prozent abschwächen.

Gefahren für einen länger andauernden Aufschwung in Westeuropa lägen vor allem in der Überbewertung des Dollars und in der hohen Verschuldung vieler Länder. Notwendig seien für eine Stabilisierung dagegen maßvolle Lohnabschlüsse, friedliche Beziehungen der Sozialpartner und ein Abbau der hohen Nominal- und Realzinsen.

Lambsdorff: Anschlag auf die Wirtschaft

dpa, Heilbronn

Als „ganz schlimmen Anschlag" auf die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Bemühungen um einen Abbau der Arbeitslosigkeit hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) gestern die Forderung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) nach Verstaatlichungen bezeichnet.

Während der Klausurtagung der FDP-Spitzengremien in Heilbronn qualifizierte Lambsdorff dieses SPD-Postulat in einem mit der Deutschen Presse-Agentur als „sozialistische Politik in Reinkultur" und als bemerkenswerten Rückfall hinter das Godesberger Programm der SPD aus dem Jahre 1959. Wer den großen Unternehmen mit Enteignung drohe, behindere die Investitionen und verhindere neue Arbeitsplätze.

Als besonders bedenklich bewertete es Lambsdorff, daß die innerhalb der SPD als konservativ eingestufte AfA nicht nur eine Verstaatlichung der Stahlindustrie, sondern auch die Verstaatlichung von „Schlüsselindustrien" und sogenannter marktbeherrschender Unternehmen verlangt hat. Dagegen helfe es auch nicht viel, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt einer Verstaatlichung der Stahlindustrie auf dem Kongreß widersprochen habe.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Adolf Müller (Remscheid), sprach von einer „neomarxistischen Forderung", die das Übel der Strukturkrise in der deutschen Stahlindustrie nur noch vergrößern würde.

Seite 2: Ewig-Rückwärtsgewandte

Khadhafi bietet Paris Gespräche über Tschad an

Libyens Staatschef will Kairo von Araberliga fernhalten

dpa/DW. Tripolis

Zur Lösung des Konflikts in Tschad strebt Libyen jetzt offenbar Verhandlungen mit Paris an. Staatschef Khadhafi schloß gestern gegenüber einem französischen Rundfunksender eine Regelung nicht aus, bei der anstelle der beiden unversöhnlichen Widersacher Goukouni Weddeye und Hissene Habre ein neuer Mann an die Spitze Tschads gelangen würde. Zugleich erklärte er, der Abschuß eines französischen Flugzeuges in Tschad vor einer Woche sei nicht einem Angriff der Libyer mit „SAM-7"-Raketen anzulasten, sondern Truppen Goukounis hätten das Flugzeug mit einem Maschinengewehr beschossen.

Die von Paris vollzogene Verschiebung der von den französischen Soldaten gehaltenen Trennungslinie zwischen den feindlichen Parteien in Tschad nach Norden bezeichnete Khadhafi als unbedeutend. Wenn Frankreichs Soldaten aber in die strategisch wichtige Ortschaft Oum Chalouba nachrückten, wäre eine direkte Konfrontation mit Goukounis Truppen unvermeidlich. Libyen könne Goukouni dann nicht mehr von Angriffen auf die französischen „Besatzungstruppen" abhalten.

Eine militärische Konfrontation zwischen Libyen und Frankreich schloß Khadhafi aus. Frankreichs Bevölkerung sei sicherlich nicht zu einem neuen Algerienkrieg oder einer Wiederholung der Niederlage von Dien Bien Phu in Indochina bereit

Zum Nahost-Konflikt sagte Khadhafi, er lehne die Rückkehr Ägyptens in die Arabische Liga ab, solange sich Kairo nicht von den Camp-David-Verträgen mit Israel lossage. Das Nahost- und Palästinaproblem sei nicht durch Verhandlungen zu lösen. „Der Krieg geht weiter." Auch PLO-Chef Arafat könne keine Lösung erreichen, „ob er sich nun Ägypten oder dem Planeten Mars zuwendet". Das Kapitel Arafat sei abgeschlossen.

Khadhafi solidarisierte sich mit den Demonstrationen gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa. Nach den sowjetischen Raketen befragt, äußerte er, Libyen sei gegen alle neuen Raketen und gegen alle Atomwaffen in der Welt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grenzen

Von Harald Posny

Der Sprung in neue Technologien hat seine Tücken. Selbst die hochfliegendsten Pläne finden da schnell ihre Grenzen, zunächst jedenfalls. Der Einstieg der deutschen Kabelindustrie in die Glasfasertechnologie, beispielsweise, gleicht einem Sprung ins kalte Wasser.

Seit Bundespostminister Schwarz-Schilling ehrgeizige Pläne veröffentlichte, neben den normalen Kupfer-Telefonkabeln *auch leistungsfähigere* Glasfaserkabel, *unter anderem* für die Nutzung in der Datenübertragung, für Fernseh-Konferenzschaltungen und im Telexverkehr zu installieren, stellte man rasch fest, daß für die benötigten Glasfasermengen *wohl das* Know-how im Lizenzweg, jedoch keine ausreichende Fertigungskapazität vorhanden war.

Zum Teil im Wege der Berlin-Hilfe wurde ein Gemeinschaftsprojekt von fünf deutschen Kabelherstellern gestartet, die bis 1990 etwa das „Glasfaser-Rückgrat" der Bundesrepublik bestücken sollen.

Ein erstes Teilstück von Hamburg nach Hannover wurde jetzt begonnen, mit Hilfe bestehender bescheidener Glasfaserproduktion. Doch wenn bis Ende dieses Jahrzehnts das Glasfasernetz, weil leichter verlegbar, kostengünstiger und mit vervielfachter Leistung von Flensburg bis München und dann auch grenzüberschreitend ausgebaut werden soll, bedarf es weit größerer Mengen dieser Glasfasern, die in einer solchen *Menge* – und schnell – auch nur durch das Zusammenfassen aller wirtschaftlichen Kräfte herzustellen sind.

Doch kaum ist politische Kritik, wieso man das neue Glasfaserkabel statt des Kupferkabels bevorzugt, technisch beantwortet, kommen Bedenken aus dem Bundeskartellamt, weil die Gesellschafter der Berliner Glasfaserproduktion (AEG, Siemens, Standard Elektric, Philips, Kabelmetal) mit dem Lizenzgeber Corning gemeinsam zu groß sind. Dazu wird noch versucht, das Projekt aus allzu durchsichtigen Umweltschutzgründen zu torpedieren. So ist zu befürchten, daß die nicht nur ehrgeizigen, sondern auch wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch notwendigen Pläne an eigenem Glasfasermangel scheitern. Aus wettbewerbspolitischen, umweltpolitischen und anderen noch zu findenden politischen Gründen.

Die innere Front

Von Rolf Görtz

Er *starb wie ein Soldat, aufrecht und in der Gnade Gottes.*" Hinter diesem Kommentar eines spanischen Militärs zum Mord an seinem Kameraden, Generalleutnant Quintana Lacaci, *steht der tiefe Ernst eines Soldatentums,* das sich nicht in der technischen Perfektion erschöpfen will.Die Werte, die es verteidigt, gehen weit über westlichen Libertinismus wie über den „Wohlstand für alle" hinaus. Und eben deswegen richtet sich der blinde Fanatismus linker Extremisten gegen sie.

Niemand kann mehr darüber hinwegsehen, daß der Terrorismus als Phänomen des Atomzeitalters zu einer anderen, neuen Form des Krieges geworden ist, der im demokratischen Spanien schon mehr als 400 Menschenleben gefordert hat. Weil aber Madrid die Todesstrafe abgeschafft hat,entstehen nun Formen einer illegalen Justiz, wofür der Mord am Mörder *Goikoetxea in Südfrankreich als Beispiel steht.* Wenn Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez morgen in Straßburg vor dem Europarat über den internationalen Terrorismus redet, dann spricht er aus dieser persönlichen Erfahrung – ohne sie beim Namen nennen zu dürfen.

Da wurde am Sonntag vor seiner Kirche auf offener Straße ein alter Mann erschossen, von dem seine Mörder genau wußten, daß sie nichts zu befürchten haben. Denn am Sonntag haben die Leibwächter von der Polizei,die der Innenminister Politikern, hohen Beamten und Militärs zum Schutz vor Anschlägen beigeben ließ, frei. Das Heer selber darf sich nicht angemessen schützen.

Genau das aber war die innere Situation, die einige Militärs vor drei Jahren putschen ließ. Sie wußten nichts Besseres. Der *Staat, der die Putschisten aburteilte,* jedoch *ebenfalls nicht.* So unterblieb jede Erörterung der Motive, wie sie im westlichen Rechtssystem aus gutem Grund üblich ist.

Gonzalez wird deshalb dem König einen Gnadenerlaß für die lebenslänglich verurteilten Generale vorschlagen müssen. Nicht um murrende Militärs ruhigzuhalten, sondern um der Logik eines Phänomens, eben des Terrorismus, zu entsprechen, mit dem die Gesellschaft erst einmal fertig werden muß.

Friedensfrauen

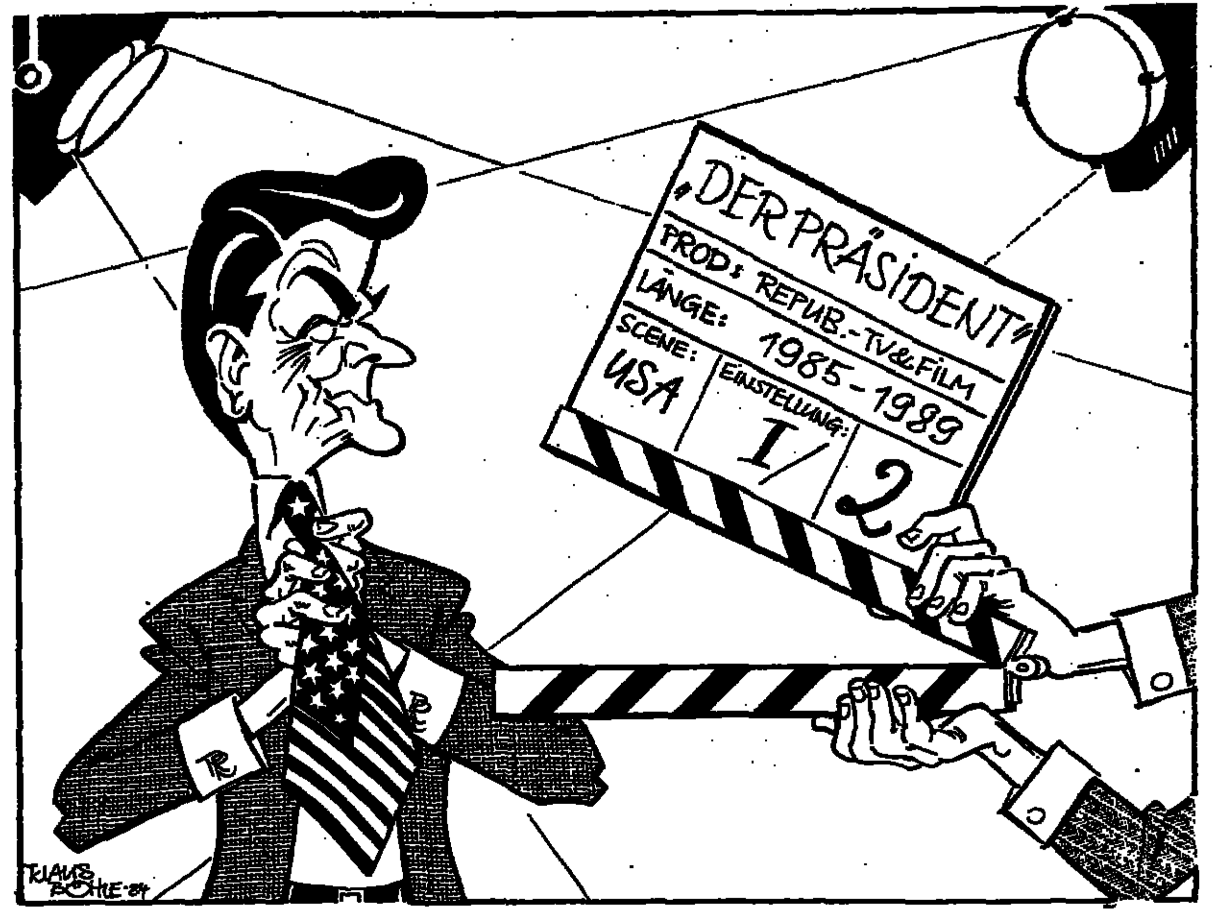
Von Siegfried Helm

Englands „Friedensfrauen", die nun schon seit Jahren den „Cruise Stützpunkt Greenham Common" belagern, haben Moskaus Medien manche Schlagzeile geliefert. Der kürzliche Besuch *einer fünfköpfigen Delegation dieser Aktivistinnen in* der Londoner Sowjetbotschaft dürfte freilich totgeschwiegen werden. Die fünf hatten um eine Unterredung nachgesucht, *aber, wie sich erwies, mit Hintergedanken. Natürlich hatte man* sie in der Botschaft in Kensington Palace Gardens, wo Protestler sonst draußen vor der Tür bleiben, mit offenen Armen *empfangen. Der Erste Botschaftssekretär, Juri Masur, kompli*mentierte seine Friedenstruppe zu Erfrischungen in den Besuchersalon.

Dort erst wurde dann offenbar, daß sich das listige Quintett unter dem Deckmantel seiner propagandistischen Unbedenklichkeit, ja sogar Eignung, in die Botschaft hineingelistet hatte. Dem trojanischen Pferd, sozusagen, entstiegen fünf Friedensfrauen, die entschlossen waren, den Friedensbekundungen Moskaus auf den Zahn zu fühlen. Sie seien gekommen, sagten sie, um für die Freilassung von Olga Medwedkowa zu demonstrieren, der sowjetischen Friedensaktivistin.

Die fünf übergaben den verdutzten Diplomaten eine, später auch an die Presse verteilte, Erklärung, die in dem überraschenden Kernsatz gipfelte: „Wir kommen zu Ihnen von Greenham Common, wo Frauen, wie Ihnen bekannt, schon lange dagegen protestieren, daß Waffen auf Sie, auf das sowjetische Volk gerichtet sind. Der Versuch, Olga mundtot zu machen, hat nichts Zufälliges, sondern ist von zentraler Bedeutung für die Friedensfrage."

Die schöne Hoffnung der Sowjetbotschaft, *die fünf von* Greenham Common vor den Propagandakarren spannen zu können, löste sich damit in nichts auf. Als die geübten Demonstrantinnen gar Visa zur Entsendung einer Delegation nach Moskau verlangten, da sahen die Diplomaten beinahe rot. Die Fünf ließen sich gar noch zu einem sit-in nieder, friedlich, versteht sich. Den peinlich berührten Diplomaten blieb nichts anderes übrig, als das trojanische Quintett von englischen Bobbies abschleppen zu lassen.



„Reagan, die zweite . . . !" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die einfachen Ideen

Von Heinz Barth

Ronald Wilson Reagans „einfache Ideen", an denen sich so viel intellektuelle Herablassung festhakte, werden nun also mit hoher Wahrscheinlichkeit den Kurs der Vereinigten Staaten auf weitere fünf Jahre bestimmen. Daß der 73jährige erneut die Präsidentschaft anstreben würde, stand lange fest. Niemand und nichts *im Raum der Politik, ausgenommen* vielleicht Nancy Reagan, der verlokkende Sonnen-Untergang einer harmonischen Ehe und der Pferdegeruch der kalifornischen Ranch hätten ihn verleiten können, Washington und seinem ungeliebten Betrieb den Rücken zu kehren.

Dennoch gab es nie ernsthafte Zweifel, daß ein Mann wie er, körperlich und moralisch in Top-Form, der älteste Präsident, den Amerika je *hatte, von Popularität und der Gunst* der Stunde getragen, der Versuchung widerstehen würde, zu vollenden, was er in seiner *ersten Amtsperiode* begonnen hatte. Schon einmal sah sich Reagan – als Gouverneur von Kalifornien – vor eine ähnliche Situation gestellt. Er hatte es nicht zu bereuen, daß er sich damals für eine zweite Kandidatur entschied, die erfolgreicher als die erste verlief.

Die Verfassung der USA, die eine dritte *Amtsperiode ausschließt,* öffnet einem wiedergewählten Präsidenten einen politischen Spielraum *über den er, mit Rücksicht auf sein* Wahlkampf-Image, in den ersten vier Jahren nur beschränkt verfügt. Um den Machtzuwachs, der damit verbunden ist, war es Reagan vor allem zu tun. Niemand kann ihm nachsagen, daß er aus Opportunismus die Grundsätze verriet, mit denen er im Januar 1981 ins Weiße Haus einzog. Wenige seiner Vorgänger haben sich genauer und couragierter an ihre Programm gehalten. Wie versprochen hat er die Steuern gesenkt, die Wirtschaft in Schwung gebracht, die Inflation von über 17 auf stabile 3,2 Prozent gesenkt und dem Land ein Selbstverständnis zurückgegeben, *das ihm in* der Zeit der Zyniker und Weichtreter verlorengegangen war.

Die Bilanz kann sich sehen lassen, auch wenn man bedenkt, daß durch hohe Rüstungsausgaben, die ein enormes Budget-Defizit produzierten, die Wiederherstellung des geostrategischen Gleichgewichts mit der Sowjetunion *teuer* erkauft war. Hausväterliche Sparsamkeit und ein ausgeglichener Etat waren unter Reagans wichtigeren Wahlversprechungen die einzigen, die er nicht einzulösen vermochte. Wie die jüngsten Umfragen zeigen, wird ihm das von den Wählern nicht nachgetragen.

Seine Zustimmungsquote kommt mit 58 Prozent, nach einem Zwischentief vor einem Jahr, jetzt wieder den 60 Prozent nahe, die im August 1981 mit seiner Amtsführung zufrieden waren. Daß die Arbeitslosigkeit trotz der wirtschaftlichen Erholung mit acht Prozent noch immer hoch ist, wird ihm von der Mehrheit des Wahlvolkes verziehen, dem nicht verborgen geblieben ist, daß sein glanzvoller Sieg über die Inflation eine soziale *Leistung darstellt,* die vor allem den minderbemittelten Schichten zugute kommt.

Das bedeutet nicht, daß er einem leichten Wahlsieg entgegengeht. Ein Präsident, der an seinen Überzeugungen so ungern Abstriche vornimmt wie Ronald Reagan, trägt immer zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung bei. Sein Entschluß,den Wohlfahrts-Staat zu trimmen, hat durchaus nicht, wie immer behauptet wird, die soziale Entwicklung der letzten fünfzig Jahre demontiert, wohl aber die Mentalität verändert, *auf der sie beruhte. Auf nichts ist er* so stolz wie auf den Beweis, den er erbracht zu haben glaubt, daß Amerika – *Vietnam und Watergate zum* Trotz – nie eine „kranke Gesellschaft" war.



Physisch und moralisch in Top-Form: *Ronald Reagan und Frau* Nancy FOTO: UPI

Bei solcher Geradlinigkeit seiner Überzeugungen, und angesichts ihrer Durchschlagkraft, wundert es keinen, daß im republikanischen Lager niemand auf die Idee kam, ihm die Nominierung streitig zu machen. Dennoch bleibt die Polarisierung der Öffentlichkeit ein Faktum, das einen knapperen Wahlausgang als bei der ersten Reaganwahl erwarten läßt – und dies obgleich er seinen vermutlichen demokratischen Rivalen Walter Mondale nicht mehr zu fürchten hätte als damals Jimmy Carter.

Der gegen Reagan erhobene Vorwurf, er sei seit Truman und dem Kalten Krieg der erste Präsident, der sich *mit den Sowjets nicht über die* Abrüstung einigen konnte, ist im Grunde ein Kompliment. Die „einfa*chen Ideen", die er über den Kommu*nismus und das Verhältnis zur Sowjetunion entwickelte, entsprechen *nicht nur der Selbstbesinnung* der hunderfach gedemütigten Amerikaner, sie haben auch dazu beigetragen, die Position des Westens und damit den Frieden sicherer zu machen.

Pragmatismus ist nicht die auffallendste Eigenschaft Ronald Reagans. Dennoch war er als Vertreter einer geradlinigen und unkomplizierten Außenpolitik in den entscheidenen Situationen bisher immer Pragmatiker genug, um Spannungen aufzufangen, bevor sie in die Krise abglitten.

Die Priorität, mit der er die moralische Aufrüstung der USA betreibt, ist für die Verbündeten nicht immer eine ungetrübte Freude. „Einfache Ideen" haben im Umgang mit der anderen Supermacht oft eine psychologische Wirkung, die den subtilen Denkern entgeht. Doch es muß auch daran erinnert werden, daß der Nachdruck, mit dem der Präsident Amerikas Stellung als Führungsmacht des Westens zu restaurieren sucht, dem Klima in *der Allianz* nicht immer bekömmlich ist. Die Finanzpolitik seiner Administration und die Explosion des Dollarkurses hinterließen bei den Europäern eine Irritation, die zu einer schleichenden Entfremdung führen könnte. Man möchte hoffen, daß die Bewegungsfreiheit, die Ronald Reagan fortan besitzt, sich geopolitisch auswirkt, aber die Verbündeten mit weiteren wirtschaftspolitischen Belastungen verschont.

IM GESPRÄCH Richard Jaeger

Stets ein deutliches Wort

Von Giselher Schmidt

Als die überparteiliche „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages" ihm zum 70. Geburtstag einen Empfang gab,da verwies Richard Jaeger auf seine Rede, die er 1980 beim Bundespräsidenten im Namen der ausscheidenden Parlamentarier gehalten hatte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Kollegen." Das war im Vorjahr. Doch nun nach seiner Ernennung zum Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, da umspült ihn wieder die Brandung des parteipolitischen Konfliktes. SPD-Abgeordnete erinnern daran, daß Jaeger in den 50er und 60er Jahren die Wiedereinführung der Todesstrafe bei *Mord* und schwerem Landesverrat gefordert hatte. Jaeger war gewiß nicht der einzige und nicht mal Prominenteste, der damals für die Todesstrafe plädierte. Aber an ihm blieb halt der böse Name hängen: „Kopf-ab-Jaeger".



Nobel und kooperativ: Richard Jaeger FOTO: SVEN SIMON

In seinen Bonner Abgeordnetenjahren – 1949 bis 1980 – setzte sich Jaeger immer wieder gerne in die Nesseln. 1953 sprach er sich vergeblich dafür aus, die Unionsparteien sollten mit ihrer knappen absoluten Mehrheit – 244 von 487 stimmberechtigten Abgeordneten – die obligatorische Zivilehe abschaffen, also eine *öffentlich anerkannte nur-kirchliche* Eheschließung ohne die standesamtliche ermöglichen. Noch zu Regierungszeiten Francos befürwortete Jaeger einen Beitritt Spaniens zur NATO. Mit Vehemenz wandte er sich in den 70er Jahren gegen eine – seiner Meinung nach zu weitgehende – Liberalisierung des Strafrechtes. Er zählte zu den wenigen Abgeordneten, die 1972 bei den Ostverträgen klar mit „Nein" votierten.

Innerhalb seiner eigenen Partei, der Christlich-Sozialen Union, blieb Jaeger stets ein – geachteter – Einzelgänger. Kumpanei und Spezitum lagen ihm nicht. Vergebens strebte er den CSU- Landesgruppenvorsitz an. Er brauchte 16 Parlamentarierjahre, bis er 1965 Bundesminister (der Justiz) wurde, und er räumte die Bonner Rosenburg bereits nach einem Jahr – zugunsten von Gustav Heinemann.

Öfters legte sich der Jurist Jaeger – einstmals Referent des parteiinternen Strauß-Gegners Hundhammer – mit dem CSU-Vorsitzenden an. In Wildbad Kreuth hielt er eine Philippika gegen die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU. Jaeger verlor prompt das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, das er insgesamt 19 Jahre lang inngehabt hatte, an Richard Stücklen.

Zu den Verdiensten Jaegers zählt insbesondere, daß er in den 50er Jahren als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses gemeinsam mit Fritz Erler eine demokratische Wehrverfassung ermöglichte.

Richard Jaegers Noblesse und seine Kooperationsfähigkeit – etwa als langjähriger Präsident der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft – werden von vielen früheren Bundestagskollegen – auch aus anderen Fraktionen – nach wie vor anerkannt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WASHINGTON POST

Die Zeitung kommentiert Moskaus Ankündigung, weitere Atom-U-Boote im Atlantik zu stationieren:

Die Aufstellung scheint Teil der angekündigten Vergeltung für die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa zu sein. Ist es aber etwas anderes, als ein weiterer Zuwachs an Overkill? Sollten die Amerikaner zusammenzucken? Macht es überhaupt etwas aus? Militärisch gesehen,ist jedes weitere sowjetische U-Boot überflüssig. Man beginnt einen Krieg, indem man dem Feind an die Gurgel, seine landgestützten (Interkontinental-)Raketen, geht. Glücklicherweise haben die sowjetischen U-Boot-Raketen nicht die Zielgenauigkeit und Reichweite, um die amerikanischen landgestützten Raketen in ihren Silos zu treffen ... Die Aufstellungen (sowjetischer und amerikanischer Raketen) bedeuten ein gemeinsames Versagen, die Atomarsenale zu verringern ... Aber die Sationierungen, für sich genommen, bringen uns einem Krieg noch nicht näher, es sei denn, man ist *der Ansicht* – wir sind es nicht – daß schlechte politische Beziehungen für die Kriegsgefahr *entscheidend sind. Die Vermeidung* eines Krieges hängt vor allem von beiderseitiger Umsicht ab.

Le Quotidien de Paris

Das Pariser Blatt merkt zur neuen Kandidatur Reagans für eine zweite Amtszeit an:

An sich begünstigt die Wahl-Arithmetik den kandidierenden Präsidenten nicht. Nur ein Viertel der Wähler bezeichnet sich als überzeugte Republikaner. Um erneut zu gewinnen, wird Reagan sich wie 1980 an unabhängigen und demokratischen Wählern festbeißen müssen.

Eßlinger Zeitung

Hier heißt es über die Lage Kohls:

In Bonn gilt es, allerlei wegzuräumen, was sich auf der Hardthöhe, aber auch vor dem Kanzleramt, angesammelt hat ... Für den Fall, daß der Posten des Verteidigungsministers neu besetzt werden muß, stellt sich zwangsläufig die Frage nach dem Schicksal *Lambsdorffs. Der in die* Flick-Affäre verstrickte Wirtschaftsminister wird kaum bleiben können, sobald sein Kollege Wörner geht. In diesem Falle wird eine größere Kabinettsumbildung akut. Es gibt wahrscheinlich noch andere Minister, die sich für ein längeres Verweilen im Amte nicht recht überzeugend empfohlen haben. Alle diese Fragen wären für den Bundeskanzler leichter zu lösen, hätte er eine Vielzahl williger Kandidaten.

SÜDWEST PRESSE

Die in Ulm herausgegebene Zeitung befaßt sich mit der SPD:

Die SPD verlor die Wahlen vor einem Jahr, weil die Wählermehrheit den Koalitionsparteien den größeren Sachverstand in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zugetraut hat, darüber *ist man sich allseits* einig. Deshalb bleibt unverständlich, wie wenig Mühe sich die SPD um einen geschlossenen Entwurf für dieses Feld macht, das immer noch wahlentscheidend ist. Die Nähe zu den Gewerkschaften macht einen Teil der sozialdemokratischen Stärke aus. Aber gleichzeitig hindert diese Nähe die SPD daran, originelle Gedanken zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme in die Diskussion zu bringen.

Ein Stoßtrupp der Ewig-Rückwärtsgewandten

Brandt und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Von W. Hertz-Eichenrode

Die SPD hat 13 Jahre in Bonn regiert, und nun tut sie sich in der Opposition schwer, ihre Erneuerung *auf den richtigen Weg zu* bringen. Dabei kommt es zu merkwürdigen Verkehrungen der Fronten, zum Beispiel zu dieser:

Willy Brandt, in den weiten Mantel der väterlichen Integrationsfigur gehüllt, ist längst als derjenige in die Geschichte seiner Partei eingegangen, der die deutsche Sozialdemokratie beharrlich nach links öffnet. Er tat es 1969, als er den ebeno elitären wie karrierebewußten Teil der revoltierenden Studentenbewegung in die SPD komplimentierte, und er tat es wieder, als er die von ihm gesichtete Mehrheit „dieseits" von Kohl und Genscher seiner Partei als Prinzip Hoffnung verordnete und auf diese Weise die Weichen zum Experiment Börner stellte. Es handelt sich um den Versuch, durch Stimmenfang im Sammelbecken der sogenannten neuen sozialen Bewegung, die im Parteienspektrum am ehesten von den Grünen repräsentiert wird, für Bonn eine zukünftige Kanzlermehrheit aufzubauen. Gleichwohl kam er am Wochenende auf dem Bundeskongreß der AfA, der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, in die denkwürdi*ge Situation, eine Öffnung nach links* abblocken zu müssen. Wie man sich erinnert, war die AfA als innerparteiliche Gruppierung des Gewerkschaftsflügels die Hausmacht des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, gemässigt und trotz einigen Zähneknirschens wirtschaftlicher Vernunft zugänglich. Ausgerechnet diese Kerntruppe der deutschen Sozialdemokratie stößt nun ins Horn abgestandener Klassenkampfparolen und bläst zur Sozialisierung. Parteivater Brandt sah sich veranlaßt, mahnend mit dem Finger zu drohen und daran zu erinnern, daß „eine zentral geleitete Planwirtschaft nicht funktionieren kann".

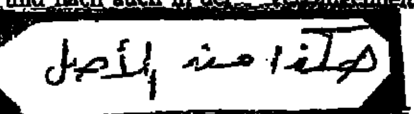
Zu fragen ist: Was heißt hier Öffnung nach links?

– Brandt hat den ständigen gesellschaftlichen Prozeß im Auge, der links von den etablierten Parteien außerparlamentarische Aufbruchsbewegungen produziert, *zunächst als radikale, wenn nicht ex*tremistische Opposition auf der Strasse, nach und nach auch in der sich *herauskristallisierenden Orga*nisationsform einer Protestpartei, die sich irgendwann an Wahlen beteiligt *und vielleicht den Sprung in die Par*lamente schafft. Das aktuelle Beispiel sind die Grünen. Brandt versteht demnach unter Öffnung nach links das Bemühen, die disziplinierbaren Teile der rebellierenden Opposition in die SPD zu integrieren, auf diese Weise seiner Partei „progressive" Reformkräfte zuzuführen und zugleich das Parteiensystem insgesamt aufzufrischen. In diesem Sinn begreift sich die Brandt-SPD als die unentwegte Fortschrittspartei.

– *Die AfA* hingegen vertritt als das parteipolitische Fußvolk des DGB eine Linksöffnung nach rückwärts, hinter *Karl Schiller,* Heinrich Deist und Godesberg zurück zu sozialistischen Gewerkschaftspositionen aus der *Zeit* vor 1933, die mit den abgestandenen Kampfparolen „Vergesellschaftung" und „Wirtschaftsdemokratie" *heute kaum* noch Furore machen können. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit bewältigen DGB-Gewerkschaften die frustrierende Vergangenheit ihrer zeitgeschichtlichen *Vorläufer, indem sie jetzt* unbedingt durchsetzen wollen, was jene vor 1933 nicht durchgesetzt haben. In *den florierenden Zeiten der sozialen* Marktwirtschaft schwimmen die DGB-Gewerkschaften im allgemeinen Wohlstand wie der Fisch im Wasser; gehts mal nicht so gut, so verfallen die meisten von ihnen aus Armut an Phantasie auf die sozialistischen Rezepte von vorvorgestern. Und die AfA will nun den Stoßtrupp der Ewig- Rückwärtsgewandten machen.

Diese beiden Konzepte zur Öffnung nach links lassen sich nicht vereinbaren. Im Schulterschluß mit dem *DGB suchen* die gewerkschaftsorienterten Teile der SPD nach der Wahlniederlage vom 6. März 1983 *Rückbesinnung* in den traditionellen Bastionen der Arbeiterbewegung, und das sind die alten marxistischen Patentlösungen, *die* das Godesberger Programm überwinden sollte. Die AfA glaubt wohl, in die vor zweieinhalb *Jahrzehnten verlassene Festung* zurückkehren zu müssen, um dort die Kräfte zu einem neuen Ausbruch *nach vorne zu sammeln. Ganz anders* Willy Brandt. Ihn interessiert nicht der „Formelkram" von vorvorgestern, und sei es der sozialistische, sondern die zukünftige Kanzlermehrheit der SPD. Börners Manöver mit *den Grünen* beweist ihm, daß es gerade nicht die marxistischen oder pseudomarxistischen Protestgruppen der vorgeblich neuen sozialen Bewegung sind, mit denen es sich paktieren läßt. Radikale Marxisten sind in der Regel Feinde des bürgerlichen Staates und aus diesem Grund „politikunfähig".Wenn also Brandt die AfA auf ihrem Marsch in die Vergangenheit *stoppen* möchte, so deshalb, weil er sich von den Traditionalisten nicht die neue linke Zukunft vermauern lassen will.

Und doch gibt es etwas Gemeinsames in der Unvereinbarkeit: Beide Konzepte der *Öffnung nach links füh*ren schnurstracks aus der politischen Mitte heraus. Nach aller Erfahrung siegt jedoch bei Wahlen derjenige, der die Mitte gewinnt. Beide Konzepte führen auch weg von der FDP und das heißt, daß sich die Sozi... kraten eine irgendwann mö... se wieder siegreiche Neu... sozial-liberalen Koalitio... Auf beiden Wegen ma... die SPD in das machtp... seits.



Jacobo Timerman auf der Suche nach Gerechtigkeit

Argentinien 1984: Der ehemalige Häftling Jacobo Timerman sagt: „Wir werden nicht mehr so schnell einen Putsch in diesem Land sehen." Doch dies scheint nicht so sicher. Erst am Wochenende berichtete der peronistische Abgeordnete Pedrini von einer geplanten Verschwörung.

Von WERNER THOMAS

Die Umgebung ist schön und friedlich. Gepflegte Einfamilienhäuser mit weißgetünchten Fassaden und roten Ziegeldächern, im spanischen Bungalow-Stil errichtet. Alte Bäume bilden schattige Alleen. Fröhlich zwitschern die Vögel, ausgelassen lärmen spielende Kinder. Jacobo Timerman betrachtet ein Haus, das gerade umgebaut wird, und fragt die Journalisten in seiner Begleitung: „Können Sie sich vorstellen, daß man hier einmal gequält wurde?"

Der ehemalige politische Häftling hat jenes heimliche Gefängnis wiederentdeckt, in dem er vor sieben Jahren die ersten sechs Wochen nach seiner Festnahme verbracht hatte. Er sei im zweiten Zimmer auf der linken Seite die meiste Zeit an sein Bett gekettet gewesen und gefoltert worden, berichtet er. Es handelt sich um jenen Raum, der im Titel seines auch verfilmten Buches Erwähnung fand: „Gefangener ohne Namen, Zelle ohne Nummer." Das Haus steht in San Isidro, einem Vorort der argentinischen Hauptstadt. Es gehört der Polizei der Provinz Buenos Aires.

Timerman, 61, einst Verleger der Zeitung „La Opinion" und heute Staatsbürger Israels, ist in seine alte Heimat zurückgekehrt, „um die Gerechtigkeit zu suchen". Er will seinen von den Militärs enteigneten Besitz zurück haben und zwei Männer vor Gericht bringen, die seiner Meinung nach verantwortlich waren für die Haft- und Hausarrestzeit vom 15. April 1977 bis 25. September 1979: den General i. R. und Expräsidenten Jorge Rafael Videla, sowie den General i. R. und früheren Polizeichef der Provinz Buenos Aires, Ramon Camps.

Camps sitzt bereits auf persönliche Anordnung des neuen Präsidenten Raul Alfonsin hinter Gittern. Videla muß, ebenfalls eine Entscheidung Alfonsins, vor das höchste Militärgericht treten.

Argentinien bewältigt ein düsteres Kapitel seiner Vergangenheit. Alles verläuft so schnell und ereignisreich, daß viele Menschen verwundert und verwirrt reagieren. Der schmutzige Krieg Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund und seine Konsequeznen – 6000 bis 15 000 vermißte Personen – beherrschen seit Alfonsins Amtsübernahme am 10. Dezember die Schlagzeilen der Presse. Und vorerst ist kein Ende der Informationsflut abzusehen.

Die Gerichtsmediziner sind überfordert. Ständig werden aus den unter „NN" (nicht zu identifizieren) registrierten Gräbern der Friedhöfe Schädel und Knochen geborgen.

Die Gewaltigen von gestern sind die Gejagten von heute. Der General i. R. Reynaldo Bignone, vor kurzem noch Präsident der Nation, ist plötzlich der prominenteste Häftling. Er muß sich im Zusammenhang mit dem Verschwinden von zwei Soldaten verantworten. Noch größeres Aufsehen erregte die Festnahme des Generals Camps und besonders die Tatsache, daß diese auf ausdrücklichen Wunsch Alfonsins vorgenommen worden war.

Timerman nennt Camps „ein Tier" und einen „Mörder". Der General hat im November einem Vertreter der spanischen Zeitschrift „Tiempo" erklärt: „Während ich Polizeichef von Buenos Aires war, sind etwa 5000 Personen verschwunden. Einige von ihnen habe ich in anonymen Gräbern beigesetzt." Auf die Frage, ob der Kampf gegen die Subversion gewonnen oder verloren sei, antwortete Camps: „Auf militärischem Gebiet haben wir sie erledigt. Die Subversion wurde militärisch zerstört. Auf politischem Gebiet sind wir jedoch durch unsere Nachgiebigkeit die Verlierer gewesen."

Täglich stoppen vor den Gerichten Autos, aus denen frühere Kommandeure steigen. Sie müssen einem Untersuchungsrichter Auskunft erteilen über Vermißte. Fotografen und Kamera-Teams dokumentieren diese Besuche. So kamen auch Guillermo Suarez Mason und Luciano Benjamin Menendez an die Reihe, zwei der einst mächtigsten Militärs, und Christino Nicolaides, der erst im Dezember abgetretende Armeechef.

Berge von Akten stapeln sich in den Gerichten. Die Richter verbringen schlaflose Nächte, soviele „Habeas Corpus"-Anträge (Aufenthaltsfeststellungsklage) liegen vor. Die Familien von 42 deutschstämmigen Vermißten haben dem Richter Oscar Salvi einen Sammelantrag präsentiert. Auf der Liste der vorzuladenden Zeugen stehen auch Videla und Camps. Bisher wurde keiner dieser Fälle geklärt.

Alfonsin geht weiter, als allgemein vermutet worden war. Im Wahlkampf hatte er erklärt, die Strafverfolgung sei eine Sache der Justiz. Wenige Tage nach seiner Amtsübernahme ordnete er jedoch per Dekret Militärgerichtsprozesse für die neun früheren Junta-Vertreter an, unter ihnen auch Roberto Viola und Leopoldo Galtieri, zwei weitere Expräsidenten, und bildete einen Ausschuß zur Untersuchung von Menschenrechtsvergehen. Nach Ansicht vieler Betroffenen ist der Präsident aber nicht weit genug gegangen. Kritik kommt auch von Hebe de Bonafini, dem Präsident „der Mütter des Plaza de Mayo". „Es wäre denkbar, daß wir möglicherweise die Justiz in unsere eigenen Hände nehmen."

Solche Erklärungen, blutige Zwischenfälle vor dem Kongreß und Berichte über heimliche Enklaven der Militärs stimmen viele Argentinier nachdenklich. Eine bange Frage macht die Runde: Werden die Streitkräfte stillhalten? Auch diplomatische Beobachter bekunden ein Gefühl der Ungewißheit. „Die große Hatz ist ausgebrochen. Das große Aufräumen hat begonnen. Läßt sich diese Entwicklung noch kontrollieren", fragt einer dieser Diplomaten.

Vor zwei Wochen wurde das Auto des Generals Menendez mit Steinen beworfen, nachdem dieser vor einem Kongreßausschuß aufgetreten war. Es kam zu Schlägereien; die Polizei mußte eingreifen. Acht Personen wurden verletzt, sieben festgenommen.

Alfonsin reagierte am nächsten Tag mit einer erregten Rede. „Das soll Demokratie sein und Gerechtigkeit? Eine Lüge." Er verurteilte die linken und rechten Extremisten und warnte vor „Selbstjustiz und Exekutionen". Er will alles tun, um die rechtsstaatliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Während seiner ersten Pressekonferenz in der zweiten Januarwoche betonte Alfonsin: „Man kann Verachtung nicht mit Verachtung vergelten." Er plädierte für „eine Versöhnung im Rahmen der Wahrheit und der Gerechtigkeit". General Menendez machte die Mitteilung: „Die Subversion versucht eine Rückkehr."

Seit Wochen schon kursieren Gerüchte und Berichte über Beratungen hoher Offiziere. Die gutinformierte Zeitung „Ambito Financiero" meldete, die neun ehemaligen Junta-Vertreter, die vor das Militärgeicht müssen, hätten sich innerhalb von sieben Tagen zweimal auf einem Marineareal in Buenos Aires getroffen. Patricio Quillermo Kelly, der einst der rechtsradikalen Femeorganisation „Anti-Kommunistische Allianz Argentiniens" (AAA) angehörte, weiß von Strategie-Sitzungen in Uruguay, an denen auch General Camps vor seiner Festnahme teilgenommen habe. Seinen Informationen zufolge sind die paramilitärischen Organisationen noch in Takt, die Ende der siebziger Jahre die schmutzigste Arbeit verrichtet haben, schätzungsweise 1000 bis 1500 Personen.

Jacobo Timermann ist sich noch nicht sicher, ob er in der alten Heimat bleiben soll oder nicht. Er genießt aber die neue Atmosphäre der Freiheit und staunt darüber. (SAD)



Jacobo Timerman fand seine geheime Gefängniszelle wieder FOTO: DPA



Der Minister und das Vieh: Ignaz Kiechle auf der Sonderschau „Gefährdete Nutztierrassen". FOTO: AP

Die heile Welt der Bauern gibt es nur für die Besucher

Die Grüne Woche in Berlin steht im Zeichen von Gegensätzen. Den Verbrauchern wird von 794 Ausstellern und 504 zusätzlich vertretenen Firmen aus 35 Ländern ein so reichhaltiges Angebot wie noch nie zuvor präsentiert. Die Gespräche unter den Fachleuten aber drehen sich fast ausschließlich um die Agrar-Krise in der EG.

Von HANS-J. MAHNKE

Das Erntefest am Funkturm ist schon jetzt ein Erfolg. Nicht nur die Berliner kamen in Scharen auf ihre Grüne Woche, auch Fachbesucher und Politiker haben sich so zahlreich wie nie zuvor angesagt. Eine Verbandstagung löst die andere ab. Mehr als eine halbe Million Besucher werden bis Sonntag erwartet.

Trotzdem: „So wie bisher kann es nicht weitergehen." Es gibt in diesem Jahr in Berlin kaum ein Gespräch mit irgendeinem Verantwortlichen, dessen Kern sich nicht auf diese Aussage reduzieren läßt. Gemeint ist dabei nicht diese Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft, die ist so attraktiv wie eh und je. Es geht um die Agrarpolitik, um Überschüsse, Beihilfen, Exportsubventionen, die den Finanzrahmen der Europäischen Gemeinschaft zu sprengen und neue Konflikte mit den USA heraufzubeschwören drohen. Die heile Welt in den Hallen vom Leben auf dem Lande steht im Widerspruch zu den Gedanken, die sich die zuständigen EG-Minister, Vertreter des Berufsstandes, Abgeordnete und die Betroffenen selbst um die Zukunft auf den Äckern machen. Dort herrscht Ratlosigkeit.

Der Besucher spürt davon zunächst nichts. Gleich rechts hinter dem Haupteingang hat die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) wieder ihre repräsentative Gemeinschaftsschau aufgebaut. „Essen aus Deutschland - Erntefest am Funkturm" heißt diesmal das Motto. Gewaltige Erntekronen schmücken die karge Hallendekke.

Die Berliner kosten und kaufen. Die Zeiten, in denen man sich fast kostenlos durchschlemmen konnte, sind vorbei. Zwar gibt es hier und da auch heute noch Probierhäppchen, aber die reichen gerade noch für jemanden, der sich selber auf Diät gesetzt hat.

Aber auch diese Renommierhalle der deutschen Agrarwirtschaft hat ihren Schönheitsfehler, der geschickt kaschiert wurde. Seit Jahren zum ersten Mal ist mit Bremen ein Bundesland auf der Gemeinschaftsschau nicht vertreten – aus Kostengründen. Da die Halle nicht mehr umgestaltet werden konnte, sprang die CMA selber in die Bresche. Sie informiert hier über ihr Gütezeichen, mit dem sie für Markenqualität aus deutschen Landen wirbt und das in Zukunft eine noch größere Rolle spielen soll.

Das alte Hausschwein ist wieder gefragt

Das Vertrauen hat gelitten, selbst beim Schweinefleisch, bei dem die Deutschen nach wie vor beim Verzehr Weltmeister sind. Aber Ärger machte sich breit, als „die Schnitzel wieder aus der Pfanne sprangen". Daher wird jetzt an anderer Stelle für den richtigen Einkauf von Schweinefleisch geworben. Mit unterhaltsamen Darbietungen und Broschüren wird versucht, den Konsumenten von dem Kauf von magerem Fleisch abzubringen, weil hier die Gefahr eines zu hohen Wassergehalts am größten ist. Um ihn vor unliebsamen Überraschungen beim Braten zu schützen, wird jetzt das marmorierte, das mit kleinen Fettsträngen durchzogene Fleisch propagiert. Das alte deutsche Hausschwein feiert wieder fröhlichen Urstand. Dazu paßt auch die Sonderschau „Erhaltung gefährdeter Nutztierrassen".

Der Verkauf von Butter soll, wie CMA-Geschäftsführer Helmut Fahrnschon berichtete, dadurch angekurbelt werden, daß noch in diesem Jahr eine nationale Marke geschaffen werden soll, für die sich dann besser werben läßt. Zunächst rechnen die Molkerei-Experten damit, daß der Butter-Preis unter Druck geraten wird, nicht nur weil die EG-Kommission Preissenkungen für das nächste Jahr vorgeschlagen hat. Vielmehr sollen diejenigen, die ihre Erzeugnisse nicht auf den Markt absetzen, sondern einlagern lassen, ihr Geld nicht mehr nach 60, sondern erst nach 120 Tagen erhalten. Zwar ist dieses noch nicht beschlossene Sache. Aber manche wollen schon jetzt die privaten Lager räumen, was nur zu niedrigeren Preisen möglich ist. Mehr als Pfennigbeträge dürfte dies bei den Verbrauchern nicht ausmachen. Zu wenig, um das Anwachsen der Butterberge zu stoppen.

Selbst die Fettsteuer, die von Brüssel geplant wird, dürfte daran wenig ändern. Sie würde der Gemeinschaft lediglich Geld in ihre notleidende Kasse bringen. Aber auf sie haben sich in Berlin die Amerikaner eingeschossen, weil sie um den Absatz ihrer Produkte fürchten. Die Lösung interner Probleme auf dem Rücken anderer, das wollen sie nicht hinnehmen, ein Prinzip, das deutsche Handelspolitiker sonst auch auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Überhaupt: Widersprüche wurden auf der Grünen Woche auch innerhalb der Bauern-Organisation deutlich. Nachdem die Bundesregierung jetzt auch die Forderung des Bauernverbandes verficht, wonach die Milchflut durch Produktionsquoten zurückgedrängt werden soll, gibt es Proteste. Der Hauptgrund: Niemand hat damit gerechnet, daß dieses einmal offizielle Politik werden könnte. Jetzt regt sich der Norden: Gerade an der Küste ist es bisher besonders lukrativ gewesen, Getreidesubstitute aus Übersee im Kuhstall zu verfüttern. Diese Einfuhren sollen auch noch beschränkt werden.

Sarkastisch merkte ein Molkerei-Direktor an: „Früher wurde der zweite Sohn eines Bauern Pastor, unter Willy Brandt Lehrer und wenn die Produktionsquoten kommen sollten, muß er Jurist werden." Es gibt Ärger. Aber Bauern-Präsident Constantin Freiherr von Heereman bleibt gelassen, er beharrt weiter auf seinen Ideen. Und Ignaz Kiechle glaubt, sie in Europa durchsetzen zu können. Allerdings hat er in Berlin auch gesagt, die Lösung könnte nicht mehr in Produktionsausweitungen gesucht werden, die seien nicht mehr finanzierbar. Was da noch auf die Gemeinschaft zukommt, haben die Spanier demonstriert. Ihr Stand mit Obst, Gemüse, Wein und Sherry fand bei Experten große Beachtung und auch Zuspruch bei den Berlinern. Als Verbraucher können sie sich über das reichhaltige Angebot nur freuen. Der Steuerzahler war nicht gefragt.

Die „Sabres" - patriotisch und ohne Vorurteile

Jugend in Israel: Das bedeutet Patriotismus ohne große Worte, Wissen um die jüdischen Leiden der Vergangenheit, aber gleichzeitig Aufgeschlossenheit gegenüber den Realitäten der Gegenwart, auch gegenüber Deutschland. Die „Sabres" sind Israels größtes Kapital.

Von BERNT CONRAD

Es mag erstaunlich klingen – aber mit den Deutschen komme ich am besten zurecht. Besser als mit Italienern, Franzosen oder Engländern. In der Bundesrepublik brauche ich nicht viel Worte zu machen. Da versteht man, wie ich denke, was ich meine." Das sagt ein junger Israeli, großgewachsen, kräftig, mit offenem, intelligenten Blick, Alter: Ende zwanzig. Er sitzt auf dem Sitz neben mir in der Lufthansa-Boeing 727 beim Flug von Tel Aviv nach Frankfurt. An dem Tag, als Bundeskanzler Kohl seinen Israel-Besuch beendete.

Er hat, wie alle Israelis seiner Generation, mit überzeugtem Einsatz in der Armee gedient. Sein Patriotismus für ein Land, das von Feinden umgeben ist und ihn in jeder Stunde wieder zu den Waffen rufen kann, ist so selbstverständlich, daß er darüber nicht ein einziges Wort verliert. Den Holocaust, den er nur aus Berichten kennt, betrachtet er als einen Bestandteil der jüdischen Geschichte, der zwar in seinen Knochen steckt, ihm aber nicht den Blick für die Notwendigkeiten der Gegenwart verstellt. Deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien? Dazu sagt er ganz nüchtern nein, weil damit auf ihn selbst geschossen werden könnte.

Dieser junge „Sabre" – in Israel geboren, von jahrhundertealten Beklemmungen der jüdischen Diaspora frei – bejaht aus Überzeugung die Zusammenarbeit mit den Deutschen. „Mein Vater", so berichtet er, „fährt kein deutsches Auto mehr. Er sagt: Die Deutschen haben uns zuviel angetan. Ich vestehe das. Doch wer hilft uns sonst in Europa? Wohin sollen wir uns wenden – wenn nicht an die Bundesrepublik?"

Bei einem Klassentreffen hat der junge Israeli mit seinen einstigen Mitschülern darüber diskutiert. Fast alle stimmten ihm zu. Einer aber fragte: „Wie kommt das eigentlich, daß wir nach all dem Unheil den Kontakt mit Deutschen bejahen?" Eine Klassenkameradin antwortete: „Weil wir uns so gut ergänzen: deutsche Disziplin, Planung, nüchternes Denken – und unser Durchhaltevermögen, unsere Begabung, auch in scheinbar ausweglosen Situationen noch eine Chance zu entdecken und zu nutzen."

Ein Deutscher dürfte so etwas nach allem was geschehen ist, nicht sagen; ein Israeli der älteren Generation – den Massenmord an Verwandten und Freunden untilgbar im Gedächtnis – könnte es nicht sagen. Der junge Mann neben mir aber sieht darin kein Problem. Natürlich haben seine Worte nicht die Repräsentanz einer Meinungsumfrage. Es gibt auch ganz andere Stimmen unter den Sabres. Doch ohne Zweifel sind Vorurteilslosigkeit und Unbefangenheit, basierend auf strikter Wahrnehmung israelischer Interessen und dem Wunsch nach einem besseren, unbedrohten Leben, typisch für viele junge Menschen dieses Landes.

Ausreise-Anträge von rund 500 000 „DDR"-Bewohnern

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Bundesregierung geht davon aus, daß 400 000 bis 500 000 Personen in der „DDR" Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben. Diese Größenordnung hat gestern der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), gegenüber der *WELT genannt.*

Hennig betonte, es handele sich dabei um „grobe Schätzungen", denn „wir haben keinen Einblick in die Unterlagen der Volkspolizei". Hennig: „Aber wir kennen die Spitze des Eisberges, und die ist breiter geworden." *Vor dem Hintergrund mancher* Besorgnisse in Bonn, die „DDR" könne angesichts der Flucht von zwölf Deutschen in die Ständige Vertretung in Ost-Berlin den Zugang erschweren, sagte Hennig: „Der freie Zugang zu unserer Ständigen Vertretung *muß* gewährleistet bleiben." Dies sei ein „wichtiges Element" in den beiderseitigen Beziehungen.

Die zwölf Personen waren von der „DDR" freigegeben worden. Hennig warnte „eventuelle Nachahmer". Man müsse wissen, daß dieser Vorgang „nicht beispielgebend, sondern beispiellos ist". Er sei „nicht als Muster zur Nachahmung geeignet", betonte der CDU-Politiker. Bonn befürchtet offenbar Folgen, wenn sich solche Fälle wiederholen sollten. Es gebe eine „DDR"-Verordnung aus dem Jahre 1973, die zwar bisher nicht angewendet worden sei, die aber aktualisiert werden könnte. Danach wären „DDR"-Einwohner gehalten, sich vor einem Besuch in der Bonner Ständigen Vertretung bei einer Dienststelle der „DDR" zu melden.

Professorenstreik gegen Stationierung

rtr/DW. **Berlin**

Aus Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland haben 90 Hochschullehrer an mehreren Berliner Universitäten gestern für einen Tag ihre Arbeit niedergelegt. Die Gefahr einer atomaren Katastrophe sei so einzigartig, daß es jedem legitim erscheinen müsse, den Arbeitsalltag durch einen Tag der Besinnung zu unterbrechen, meinte Professor Tugendhat, einer der in den Ausstand Getretenen. Den zu erwartenden disziplinarrechtlichen Maßnahmen sehe man gelassen entgegen.

Frankreich: Protest gegen Schulgesetz

AUGUST GRAF KAGENECK, **Paris**

Mit ihren Plänen zur Übernahme der rund zehntausend französischen Privatschulen in öffentliche Hand stößt die sozialistische Pariser Regierung auf immer heftigeren Widerstand der katholischen Eltern- und Lehrerschaft. Am Sonntag protestierten im Zentrum von Lyon 150 000 Menschen gegen das geplante Schulgesetz des Erziehungsministers Alain Savary. Acht Tage zuvor waren in Bordeaux bereits 80 000 Demonstranten unter Führung des Bürgermeisters und früheren Premierministers Chaban-Delmas aufgezogen.

Weitere Demonstrationen sind bis Mitte März in Straßburg, Lille und Versailles *vorgesehen*, ehe die Nationalversammlung am 2. April den endgültigen Gesetzentwurf beraten wird. Die katholische Elternschaft und der Privatlehrerverband wenden sich vor allem gegen zwei Bestimmungen des Entwurfs: die Zwangszuweisung der Schüler *in* eine von der Behörde zu bestimmende Schule und die Übernahme der Privatlehrer in den öffentlichen Dienst. Die Regierung zeigt sich vom Ausmaß und der Intensität der Demonstrationen überrascht.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Nicht die Schwächen von Berlin mildern, sondern Stärken fördern"

Weizsäcker legt am 9. Februar sein Amt nieder / WELT-Gespräch mit dem Regierenden

H.-R. KARUTZ, **Berlin**

Am 9. Februar verläßt Richard von Weizsäcker den Schreibtisch, an dem schon Ernst Reuter arbeitete und *bleibt bis zur Bundespräsidentenwahl* am 23. Mai schlichter CDU-Abgeordneter für den „Kietz" in Berlin-Neukölln. In einem Gespräch mit der WELT äußerte der Regierende Bürgermeister Gedanken und Empfindungen nach fünfeinhalb Arbeitsjahren *in und für Berlin, mit* und bei den Landsleuten im anderen Teil Deutschlands.

Auch nach und eben wegen seiner Amtszeit am John-F.-Kennedy-Platz bleibt von Weizsäcker der geborene Berlin-Optimist: „Man ist in diesem Amt in einem ebenso fordernden wie beflügelnden Sinne Ansprechpartner von vielen Menschen. Das hat mein Leben und das meiner Frau hier doch sehr, sehr stark geprägt." Nein, „gezügelt" habe er diese Stadt gewiß nicht, und von einer „gewissen Hysterie" will er auch nichts wissen: „Die Berliner sind sehr aufgeweckt, rasch begeisterungsfähig, mitunter auch rasch mit der Kritik oder mit bekümmerten Gefühlen zur Hand. Aber das überwindet sich auch. Es gibt ja eine vernunftmäßige Kontrolle von Gefühlen in dieser Stadt."

Im Auge gehabt und angestrebt habe er stets nur eines: „In einer Metropole wie dieser müssen sich die Menschen untereinander ertragen, ohne sich gegenseitig zu bekehren. Wenn sie das gelernt haben, dann können sie den gemeinsamen Nenner, sich als Berliner zu fühlen, als etwas Positives empfinden, ohne mit dem Gefühl zu leben, die anderen müßten sich wie sie selbst verhalten oder „sozusagen hier weg".

Dem Versuch, dies zu erreichen, habe er sich gewidmet: „Dies fand auch manchen Widerspruch, aber der hat mich nicht beirrt."

Unter den großen Themen, die zu bewältigen er 1981 angetreten sei, finde er keines, „das wir nicht in einem unwiderruflichen und unumkehrbaren Sinne angepackt haben. Das gibt mir bei der Übergabe meiner Aufgabe ein gutes Gewissen." Das einzige Programm, das Berlin in seiner wirtschaftlichen Lebenskraft auf Dauer helfe, sei die „Modernisierung der Wirtschaft".

Nur auf diese Weise werde Berlin „langfristig seine Wirtschaftskraft stärken und wettbewerbsfähig bleiben". Ein Programm, das von Weizsäcker auch als „exemplarisch" für das übrige Bundesgebiet bezeichnet: „Ich meine damit: Es geht nicht um die Abmilderung der Schwächen Berlins, sondern gefragt ist die Förderung der Stärken Berlins!" – Eine „Wende" in der Ausstrahlung der Stadt hinüber nach West und Ost will er sich nicht als Person zuschreiben lassen: „Aber ich glaube schon, die geistig-kulturelle Situation der Stadt befindet sich weiter im Ausbau."

Zur Befindlichkeit Berlins als Ort zwischen zwei Ordnungs-Welten merkt der Politiker an: „Der Versuch, aus Motiven – wie sie in der Friedensbewegung vertreten werden oder aus anderen sicherheitspolitischen Erwägungen heraus – sich aus unserer Ost-West-Lage zu stehlen, ein Weg in die Neutralität wäre sinnlos und unpolitisch. Wir können von der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen profitieren und zu ihr beitragen, aber wir



Richard von Weizsäcker FOTO: K. MEHNER

können uns nicht aus der Ost-West-Relation davonschleichen. Das ist geopolitisch unmöglich."

Aus seinem Gespräch mit Erich Honecker, das er als „deutsche Politiker" führte, hält er rückblickend fest: „Politiker von hüben und drüben sprechen miteinander etwas unbefangener als dies noch vor ein paar Jahren der Fall war. Man hält sich weniger lange mit der Wiederholung von Schlagzeilen auf, das finde ich nicht unwichtig." Aber „Zahl und Intensität" solcher Gespräche hindere keineswegs daran, „daß man sich natürlich gar nicht immer einig ist".

Weizsäcker warnt vor allen Eilfertigkeiten und überstürzten *Manövern* in diesem Bereich: „Man darf sich in der Lage, in der man steht, nicht gegenseitig überfordern." Er spricht von einem „differenzierten und langsamen" Entwicklungsprozeß.

Ost-Berlin und die Mauer – von Weizsäcker sieht in ihr die größte Fehleinschätzung, der die andere Seite im Nachkriegs-Deutschland je erlag: „Die Vorstellung, daß man mit Hilfe der Mauer das eigene Ansehen nicht verlieren oder sogar stärken kann, ist ein Irrtum gewesen und wird es bleiben. Die Vorstellung, die Mauer könne auf die Dauer die Menschen daran gewöhnen, über dieses Bauwerk hinweg nichts mehr voneinander wissen zu wollen, erweist sich ebenfalls als Illusion. Man baute die Mauer vor 20 Jahren, um die Menschen physisch daran zu hindern, zueinander zu kommen. Heute läßt sich feststellen: Die Tatsache, daß die Mauer noch steht und nach Ansicht der anderen Seite noch stehen muß, ist ihrerseits ja gerade ein Beweis der Zusammengehörigkeit über die Mauer hinweg."

Luther-Tag auf der Wartburg, Kirchentag in Wittenberg – von Weizsäcker begegnete 1983 vielen Deutschen drüben und sprach in Kirchen und auf Marktplätzen zu ihnen. „Haben die Deutschen dort ein ungebrocheneres Gefühl, dieser Nation anzugehören, als die Deutschen hier?" Von Weizsäcker begründet, weshalb es tatsächlich so ist:

„Es ist doch verständlich, daß die Deutschen drüben, die ein zu geringes Maß an Mitbestimmung und Mitwirkung besitzen – um es mit den besonders vorsichtigen Worten von *DDR-Bischof Albrecht Schönherr* auszudrücken – in einem größeren Umfang Ausschau halten nach ihren Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland als umgekehrt die Deutschen hier, denen es ja nicht an Freiheit, Betätigungsmöglichkeit und eben auch an *Wohlstand fehlt.* Von daher läßt sich in der Tat sagen, den Deutschen in der DDR ist die geistig-politische Funktion, die es hat, ein Deutscher zu sein, in deutlicherem Maße bewußt als, leider, den Deutschen in unserem Teil."

Seine künftige Position im Kraftfeld der deutschen Politik streift von Weizsäcker nur: „Der Bundespräsident ist nicht dafür da, politische Entwürfe für die Bundesregierung für ein bestimmtes Kapitel – wie die Deutschlandpolitik – zu liefern. Aber daß ich derselbe Mensch mit denselben Erfahrungen und Leidenschaften und Wünschen bleibe, unabhängig davon, welches Amt ich versehe – davon möge man ausgehen."

Simone Veil schließt die Reihen der Opposition

Frankreichs Parteien und die Europawahl

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

In Frankreich werfen die Europa-Wahlen des kommenden 17. Juni lange Schatten voraus. Entsprechend der spezifischen Polarisierung des politischen Lebens seit Einführung der Fünften Republik wird jeder Urnengang, ganz gleich welcher Natur, zu einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen Regierungslager und Opposition. Dies um so mehr diesmal, wo sich die Linke, knapp drei Jahre nach ihrem Amtsantritt, in nahezu aussichtsloser innenpolitischer und wirtschaftlicher Lage befindet und die Opposition eine erste Gelegenheit *seit* der Niederlage von 1981 hat, ihre Stärke anderswo als in Meinungsumfragen zu zeigen. So erstaunt es nicht, daß die Truppen, die zur Schlacht antreten, und ihre Feldherren bereits heute, fünf Monate vor dem Ereignis, ihre Ausgangsstellungen bezogen haben.

Die Opposition hat sich nach monatelangem Ringen zu einer Einheitsliste aus Gaullisten und Giscardisten durchgerungen. An ihrer Spitze steht Simone Veil, die erste Präsidentin des Straßburger Europa-Parlaments von 1979 bis 1982. Sie hat einen guten Kampf gekämpft und kann nun bald die Früchte ernten. Schon zweimal Ministerin in Kabinetten ihres Freundes und Gönners *Valery Giscard d'Estaing*, seit Jahren an der Spitze der Beliebtheitsskala aller Politiker der Opposition, hatte sie den nicht einfachen Posten des ersten Präsidenten einer frei gewählten europäischen Parlamentarierversammlung nach anfänglichen Schwierigkeiten großartig und souverän ausgefüllt, ja, den Respekt schließlich auch der *schwierigen Briten und Skandinavier* erzwungen.

Schlagkräftige Argumente

Ähnlich ging es der Vollblut-Politikerin auch diesmal, als es galt, den Widerstand vor allem ihrer eigenen *Parteigänger in der Giscard-Formation* UDF zu besiegen.

Als erster sprach sich der Oppositionsführer Chirac für sie aus, obwohl auch er die Versuchung überwinden mußte, eine Demonstration der Stärke seiner eigenen Partei RPR mit einer eigenen separaten, aber homogenen Liste vorführen zu können. Stärker noch war diese Versuchung aber bei den Giscardisten, diesem politischen Gemischtwarenladen aus Zentristen, Radikalsozialisten und Republikanern, in dem gerade letztere, eigentlich zu Giscard gehörend, sich hartnäckig einer Einheitsliste der Opposition widersetzten. Vielleicht entscheiden sich einige Dissidenten unter Führung des talentierten Jung-Politikers François Leotard (eines einstigen Priester-Seminaristen) sogar noch für eine gesonderte *Liste. Diese würde der Einheitsliste* unter Simone Veil gewiß Schaden zufügen. Leotard hat ein schlagkräftiges Argument zur Hand: Umfragen haben gezeigt, daß zwei Oppositionslisten „breiter streuen" und zusammen 52 Prozent des Stimmenaufkommens kassieren würden, während eine Einheitsliste nur höchstens 48 Prozent erreichen würde. Zwar wären 48 Prozent schon ein Rekord in der Wahlgeschichte der Republik – und ein Triumph für Simone Veil. Wenn es jedoch nur darum geht, der Regierungskoalition einen kräftigen Nasenstüber zu verpassen, wären zwei Listen sicher besser.

Kampagne für Europa

Aber Simone Veil, und hinter ihr Jacques Chirac und der Zentrist Jean Lecanuet, denken nicht nur an Rache auf dem innenpolitischen Schlachtfeld. Sie wollen eine große und authentische Kampagne für Europa schlagen, für entscheidende Schritte vorwärts zur politischen und militärischen Einigung des Kontinents, für *Europas eigene Stimme im Konzert* der Großmächte, und das vor allem in Blickrichtung auf die Deutschen, deren Bedeutung als Partner und Verbündete in Europa gerade jetzt wieder einen hohen Stellenwert in Frankreich hat.

Das wollen übrigens auch die Sozialisten, die den Kampf auf innenpolitischem Gebiet von vorneherein für verloren ansehen und daher ganz auf das europäische Feld setzen. Das unterstreichen sie, indem sie, im Gegensatz zu ihren Gegnern, von vorneherein auf eine *Einheitsliste* unter der Führung ihres tüchtigen ersten Sekretärs Lionel Jospin gesetzt haben. *Das erlaubt ihnen, den Kampf um die* Sitze in Straßburg ein wenig ehrlicher als ihre Gegner zu führen, die immer mit einem Auge auf die Innenpolitik schielen.

Auch die Sozialisten sind gute Europäer, das ist sogar der weitaus sympathischste Akpekt an ihrem ganzen bisherigen Gehabe. Daß sie erst gar nicht versucht haben, den kommunistischen Koalitionspartnern eine Einheitsliste vorzuschlagen, zeigt, welche Welten Sozialisten und Kommunisten auf europäischem Feld trennen. Folgerichtig tritt die KPF daher auch mit einer eigenen Liste an.

„Lockerung des Asylrechts nicht zu verantworten"

DW. **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat die Auffassung geäußert, daß eine Lockerung des geltenden Asylrechts derzeit *nicht verantwortet* werden könne. Seine Begründung: Zwar sei die Gesamtzahl der Asylbewerber 1983 im Vergleich zu 1982 von rund 37 000 um 17 000 auf 19 737 zurückgegangen, doch habe sich die monatliche Quote von 1100 im Juni bis Dezember wieder auf 2700 erhöht. Seit *Mitte* des Jahres seien also wieder mehr als doppelt so viele Asylbewerber in die *Bundesrepublik* Deutschland gekommen wie in der ersten Jahreshälfte 1983.

Im Interesse solcher Asylanten, die einen überzeugenden *Grund* für ihren Antrag hätten, dürfe die vorhandene gesetzliche Regelung deshalb *nicht geändert* werden. Denn die mit ihr verbundenen Möglichkeiten, in einem verkürzten Verfahren haltlose, unbeachtliche und offensichtlich unbegründete Asylanträge rasch und wirksam zu bearbeiten, stellten für wirkliche „Problemfälle" eine wichtige *Erleichterung* dar. Der Minister will deshalb das bis zum 31. Juni 1984 befristete Asylverfahrensgesetz verlängern lassen. Erste Schritte zu einer Novellierung seien bereits eingeleitet.

Daß die Gesamtzahl der Asylbewerber im vergangenen Jahr zurückgegangen ist, führte der Minister auf das seit August 1982 geltende Asylverfahrensgesetz zurück. Außerdem hätten verschiedene Maßnahmen eine Rolle gespielt wie zum Beispiel, Sach- statt Geldleistungen zu gewähren. Einem großen Teil der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge sei hierdurch offenbar der Anreiz genommen worden, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen.

Zimmermann hob hervor, daß zur Zeit nur etwa 12 bis 15 Prozent der Antragsteller als politisch Verfolgte anerkannt werden. Der weitaus größte Teil der Asylbewerber komme aber *in die* Bundesrepublik Deutschland, ohne wirklich politisch verfolgt zu sein.

Zimmermann: Die Verhältnisse in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylanten, die häufig kritisiert wurden, könnten um so schneller und nachhaltiger verbessert werden, je eher sich der Zugang der Asylbewerber auf einem „verkraftbaren Niveau" stabilisiere.

Polen: Höhere Preise für Lebensmittel

DW./rtr, **Warschau**

Ungeachtet von Protesten der verbotenen „Solidarität" und der offiziellen, vom Regime abhängigen Betriebsgewerkschaften hat die polnische Regierung gestern eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um durchschnittlich zehn Prozent angeordnet. Auf diese Weise will Warschau die Ausgaben für Nahrungsmittelsubventionen verringern.

Ursprünglich sollten die Preise bereits Anfang Januar um durchschnittlich 15 Prozent heraufgesetzt werden, nach Protesten der Öffentlichkeit war dieses Vorhaben aber fallengelassen worden. Mit Panikkäufen wird in Warschau jetzt nicht gerechnet, da die von der Teuerung betroffenen Waren ohnehin scharf rationiert sind.

Vertreter der regimenahen Gewerkschaften haben die Anhebungen als zu hoch verurteilt und für den Fall weiterer Preiserhöhungen Widerstand angekündigt. Die Führung der Gewerkschaft „Solidarität" hat die Preiserhöhungen *verurteilt und* der Regierung vorgeworfen, systematisch den Lebensstandard senken zu wollen. Die katholische Kirche schloß sich der Kritik an und erklärte, die Preiserhöhungen legten den Polen neue Opfer auf.

Die Regierung in Warschau hat nach Ansicht von Beobachtern die Frage mit Vorsicht behandelt, da frühere Versuche zu Preiserhöhungen zu gewalttätigen Protesten geführt hatten.

Begrenzte Nebentätigkeit von Beamten

Innerhalb der Regierungskoalition deutet sich in dieser Frage ein Kompromiß an

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Nebentätigkeit von Beamten gilt nach wie vor in der Öffentlichkeit als Ärgernis. Nachdem es der Bundestag in der letzten Legislaturperiode nicht geschafft hatte, per Gesetz die „Feierabends-Jobs" der Staatsdiener einzudämmen, bemühen sich schon wieder seit Monaten Experten um eine tragfähige „Neuregelung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst" in Form eines „Nebentätigkeitsbegrenzungsgesetzes".

Welches Ausmaß diese zusätzlichen Beschäftigungen inzwischen angenommen hat, wurde von der Aktionsgemeinschaft Mittelstand errechnet. Danach kostet die Nebentätigkeit der Beamten den Staat jährlich mindestens 100 Millionen DM. Es gibt jedoch eine Dunkelziffer. So erklärte im Juli letzten Jahres das bayerische Finanzministerium auf eine CSU-Anfrage hin: „Aus dem kommunalen Bereich liegen allerdings nur unvollständige Angaben vor, da die kommunalen Dienstherren teilweise keine Aufzeichnungen über die Nebentätigkeit ihrer Bediensteten führen." Heraus aber kam, daß 1982 von den rund 256 800 Bediensteten des Freistaats 16 302 eine solche Beschäftigung angezeigt oder dafür eine Genehmigung hatten. Versicherungs*kaufleute stellten fest, daß* etwa 2500 Angehörige des öffentlichen Dienstes im Jahr etwa fünf Millionen Arbeitsstunden zum Verkauf von Versicherungen nutzen.

Gegen eine möglichst strikte Eindämmung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst, dem bundesweit 3,1 Millionen Bundesbürger angehören, wenden sich nicht nur deren Interessenvertreter wie der Deutsche Beamtenbund. Auch im Bundestag, wo jeder dritte Abgeordneter von Haus aus Beamter ist, gibt es Widerstände.

Um endlich zu einer Lösung zu kommen, hatten noch im letzten Jahr der CDU-Abgeordnete Hansjürgen Doss und sein FDP-Kollege Detlef Kleinert einen Gesetzentwurf vorbereitet (WELT v. 2. 12.). Nach ihm sollte eine Nebentätigkeit für Angehörige des öffentlichen Dienstes generell verboten und nur in Ausnahmen nach ausdrücklicher Genehmigung durch den Dienstherrn möglich sein. In solchen Fällen sollte sie höchstens fünf Stunden pro Woche betragen dürfen und grundsätzlich außerhalb der Dienstzeit stattfinden. Außerdem sollte eine generelle Anzeigepflicht eingeführt werden. Über diese Vorlage hatte man sich in der Koalition nicht verständigen können.

Inzwischen scheinen sich aber die gegnerischen Lager aufeinander zuzubewegen. Denkbar ist, daß man sich darauf verständigt, die Nebentätigkeit auf ein Fünftel der Wochenarbeitszeit statt der Doss-Kleinert-Forderung auf fünf Stunden und der in dem *alten Gesetzentwurf* vorgesehenen 25 Prozent zu begrenzen. Außerdem könnte man sich in einem Kompromiß darauf einigen, daß Beamte bei Zusatzbeschäftigungen Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn gegen Barzahlung nutzen könnten, dies jedoch zu verbieten, wenn sie nicht im öffentlichen Interesse liegen. Auf jeden Fall steht die Koalition unter einem gewissen Zeitdruck. Einerseits gibt es die Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche. Andererseits plant die SPD nach *Informationen* ebenfalls eine Gesetzesnovellierung.

Hinzu kommt, daß es mehr als zwei Millionen Arbeitslose gibt. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag bereits Ende Dezember sich *in einem Entwurf zur Änderung* des Landesbeamtengesetzes dafür ausgesprochen, daß bei der Genehmigung von Nebentätigkeiten arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden müßten.

Ecuador: Drei Monate Wahlkampf und kein Ende

Für die Stichwahl im Mai nur noch gemäßigte Kandidaten

WERNER THOMAS, **Quito**

Die Präsidentschaftswahlen in Ecuador sind so verlaufen, wie es die Meinungsumfragen signalisiert hatten: ohne einen klaren Sieger. Am 6. Mai wird es zu einer Stichwahl kommen zwischen dem konservativen Kandidaten Febres Cordero und dem Sozialdemokraten Rodrigo Borja.

Febres Cordero (47), ein Geschäftsmann aus Guayaquil, der größten Stadt des Landes, erhielt die meisten Stimmen, nach letzten Zählungen knapp 40 Prozent. Borja (47), ein Anwalt aus der Hauptstadt Quito, folgte mit etwa 23 Prozent. Die sieben weiteren Bewerber teilten sich die restlichen Stimmen.

Die Wahlen waren im allgemeinen friedlich verlaufen. Lediglich in der kleinen Ortschaft Babahoyo, 190 Kilometer südwestlich von Quito gelegen, mußte die Polizei eingreifen, als elf Personen eine Wahlkabine stürmen wollten. Sie wurden festgenommen. Die Regierung hatte scharfe Sicherheitsvorkehrungen getroffen. *20 000 Soldaten bewachten mit* aufgepflanzten Bajonetten die 12 500 Wahllokale.

Nach einer langen Wahlschlacht von drei Monaten, die viele Ecuadorianer am Ende etwas ermüdet hatte, beginnt nun ein weiterer Kampf um Stimmen, der wahrscheinlich noch heftiger ausgetragen werden wird. Diesmal setzt Borja auf einen Sieg.

Der Sozialdemokrat erläuterte: „In der zweiten Runde werden alle Kräf*te links von der Mitte zusammenstehen*, um die Rechte zu schlagen." Borja, der die Partei „Izquierda Democratica" (Demokratische Linke) im Kongreß führt, muß jedoch mit anderen Faktoren rechnen. So ist bei den Präsidentschaftswahlen die Per*sönlichkeit oft wichtiger* gewesen als die Ideologie.

Ganz gleich, wer die Stichwahl gewinnt und am 10. August eine vierjährige Amtsperiode als neuer Präsident beginnt: Die wirtschaftlichen Probleme werden auch die nächste *Regierung* beschäftigen. *Die 8,8 Millionen* Ecuadorianer stöhnen unter einer Inflationsrate von mehr als 50 Prozent. Fast die Hälfte der aktiven Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Obgleich der scheidende Präsident Oswaldo Hurtado, *ein linksliberaler Christdemokrat*, mit einer rigorosen Austeritätspolitik die Nation aus der Talsohle führen konnte, muß sich das Volk noch auf eine lange Phase der Entbehrungen einstellen. (SAD)

Verbitterung in Südafrika über Haltung der EKD

idea, **Hannover/Pretoria**

Starke Beachtung hat in Südafrika die Nachricht gefunden, daß die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit der südafrikanischen Un*tergrundbewegung „Afrikanischer* Nationalkongreß" (ANC) sprechen will. Die Begegnung mit der marxistisch orientierten Organisation ist für den 3. Februar in Mülheim/Ruhr vorgesehen.

Der (farbige) Leitende Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche im südlichen Afrika, Daniel P. Rapoo, begrüßte das Treffen *„wie alle Kontakte*, die zu einem besseren Verständnis führen". Demgegenüber lehnte der (schwarze) Bischof Isaak Mokoena von der Vereinigung unabhängiger reformierter Kirchen die Begegnung scharf ab: „Die Aufgabe der Kirche ist die Versöhnung. Die Kirche kann nicht Leute unterstützen, die nur zerstören wollen." Ähnlich argumentierte der (weiße) Vorsitzende der „Protestantischen Vereinigung", Pfarrer Jeffrey James: „Der ANC hat sich öffentlich zu terroristischen Aktivitäten bekannt. Es ist für uns unvorstellbar, daß überhaupt eine Kirche in der Welt solche Aktivitä*ten moralisch und finanziell unter*stützen will." Der Herausgeber der Kirchenzeitung „Wegweiser" (Signpost), Edward Cane, formulierte noch schärfer: „Die EKD versucht damit in Südafrika das gleiche System zu etablieren wie in der DDR."

Wie das Kirchenamt der EKD in Hannover mitteilte, ist die evangelische Kirche bereit, *mit allen am Konflikt* im südlichen Afrika beteiligten Kräften zu sprechen. Die EKD wolle sich bei dieser Begegnung über die Auffassung des ANC informieren. Zu den Gesprächsteilnehmern gehören der Präsident im Kirchenamt der EKD, Heinz Joachim Held (Frankfurt/Main), der Berliner Bischof Martin Kruse und der reformierte Theologe Professor *Hans-Helmut Esser* (Münster). Die Untergrundorganisation wird unter anderem durch ihren Präsidenten Oliver Tambo repräsentiert.

Das Treffen war bereits für den 15. September 1983 geplant gewesen, *wurde dann aber kurzfristig* verschoben. Erste Kontakte zwischen Kirche und ANC waren 1981 in Frankfurt über eine „Dialoggruppe südliches Afrika" eingeleitet worden.

Der ANC ist die älteste und gewalttätigste Befreiungsbewegung im südlichen Afrika. Seit mehr als *70 Jahren* versucht er, die schwarze Opposition gegen die weiße Regierung in Südafrika zu mobilisieren. Den anfänglich passiven Widerstand gab der ANC 1960 auf. Seitdem führt er einen blutigen „Befreiungskrieg", unter anderem auch mit Bombenanschlägen, Attentaten und Sabotageakten. Beim bisher spektakulärsten Bombenanschlag starben im vergangenen Jahr in Pretoria 18 Menschen (Schwarze und Weiße). Waffen und Berater werden *von* Kuba, der UdSSR und anderen Ostblockstaaten – darunter die „DDR" – zur Verfügung gestellt. „Humanitäre Hilfe" erhält der ANC von der UNO sowie – 70 000 Dollar 1983 – aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms des Weltkirchenrates. Der ANC *pflegt* eine enge Kooperation mit der in Südafrika verbotenen kommunistischen Partei sowie mit anderen marxistischen Organisationen. Auf dem jüngsten DKP-Parteitag vom 6. bis 8. Januar in Nürnberg war er mit einer Delegation vertreten.

Die Führungsposition von ANC-Präsident Tambo, einem Anglikaner, der von sich sagt, ein „überzeugter Marxist" zu sein, ist nicht unumstritten. In Südafrika steht Tambo weitgehend im Schatten des *inhaftierten* ANC-Präsidenten Nelson Mandela. Tambo ist als Nachfolger Mandelas *nie gewählt* worden. Seine Kritiker hielten ihm 1975 vor, ANC-Gelder mißbraucht und die Organisation an den Kommunismus verkauft zu haben.

Spaniens Opposition erneuert sich

Fraga sprengt ideologischen Rahmen seiner Partei / Dregger: AP ist unser Partner

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Auf ihrem 6. Kongreß bestätigte die liberal-konservative Volkspartei Spaniens, die Alianza Popular, im Sportpalast von Barcelona Manuel Fraga Iribarne als ihren „undiskutierbaren" Vorsitzenden. Ohne Gegenstimme und mit nur wenig Enthaltungen wurde Fraga unter dem Applaus der *3000 Delegierten aus ganz* Spanien wiedergewählt. Das „Dach über Fraga", das Sozialisten ebenso wie das inzwischen verschwundene politische Zentrum immer wieder als undurchstoßbar beschworen – dieses Dach existiert nicht mehr. Fraga: „Wir sind die zweite Macht in Spanien."

Die Alianza Popular (AP) spiegelt *in ihren neuen Statuten*, wie sie *in* Barcelona verabschiedet wurden, eine Partei der konservativen Rechten wider. Sie fängt *nahtlos rechts* der Sozialisten an und schließt die Ultrarechte aus. Spanien verfügt somit über eine Mitte-Rechts-Partei als demokratische Alternative zur sozialistischen Regierungspartei.

„Die Volksallianz ist unser Partner im europäischen Verband der konservativen Parteien", *stellte* der CDU-Politiker Alfred Dregger als Gastredner vor dem Kongreß klar. Bisher wagte es nur die CSU, sich zur AP als ihrer Schwesterpartei zu bekennen. Die CDU, die sich in Spanien zunächst etwas reichlich nach links verirrt *hatte, korrigierte nunmehr* ihren Irrweg, indem sie jetzt den Vorsitzenden der Fraktion zum Parteikongreß nach Barcelona schickte.

In Barcelona bekannten sich namentlich Politiker der unselig untergegangenen Centrumspartei UCD, zu einem „Konservatismus des Fortschritts", ohne auf ihre liberalen Ideale der Mitte verzichten zu müssen. *Minutenlange Ovationen* erntete so Miguel Herrero de Miñón – der Mann des Kongresses – als er für ein „freies offenes und fortschrittliches Spanien" eintrat: „Geöffnet seiner Geschichte und seiner Zukunft gegenüber. Wir haben jeden Dogmatismus philosophischer, religiöser oder politischer Natur auszuschließen, um eine freie kreative Initiative zu entwickeln. Ein pluralistisches Spanien in Freiheit, in dem die Bürger zwischen Alternativen autonom optieren können, ohne daß der Staat Bedingungen stellen kann." Als demokratische Alternative zur sozialistischen Partei, die nur mit Hilfe eines großen Teils der ratlos gewordenen Mitte an die Macht kam, wird die AP nunmehr glaubhaft daran gehen können, diese Mitte zurückzugewinnen.

Die härteste Kritik des Kongresses an der sozialistischen Regierung kam aus der zur AP gestoßenen Liberalen Partei PDL: „Ministerpräsident Gonzalez lügt, wenn er behauptet, er habe die Richter des Verfassungsgerichtes, die er während der Urteilsfindung über die Rechtmäßigkeit der Rumasa-Enteignung sechsmal zu sich bat, nicht beeinflussen wollen." Mit derartigen Attacken will die „Neue Rechte" aber nur demonstrieren, daß sie ernsthaft gewillt ist, bei den Parlamentswahlen 1986 die Sozialisten aus dem Sattel zu heben. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gute alte Post

„E + 1 soll die Formel der Post bleiben"; WELT vom 16. Januar und „Leserbrief: Post-Realität"; WELT vom 24. Januar

Als man noch nicht rationalisierte, ging es eigentlich bereits ganz schön schnell bei der Post, zumindest bei der Brief- und Kartenbeförderung. Da hatte wohl der alte Generalpostmeister von Stephan von der Deutschen Reichspost so vor gut 80 Jahren einen Ukas erlassen, wonach sämtliche eingehende Post bei den Ämtern mit einem Stempel nebst Datum und Uhrzeit zu versehen ist. Ob bereits damals die Postbenutzer mit der Laufzeit ihrer schriftlichen Ergüsse auch schon nicht immer ganz zufrieden waren und durch diese Maßnahme eine Kontrolle möglich wurde . . .?

Mir liegt eine Postkarte vor, welche am 23. 6. 1899, 9–10 N(achmittag) in Berlin SW 19 abgestempelt wurde und am 24. 6. 1899 , 2–3 N(achmittag) in Angerburg/Ostpreußen den Eingangsstempel erhielt. Vermutlich erreichte sie noch am gleichen Tag den Empfänger, denn in der guten alten, ach so unrationellen Zeit wurde die Post immer zweimal täglich zugestellt, woran sich der Schreiber dieser Zeilen aus den zwanziger Jahren noch erinnert.

Für die Entfernung von der Reichshauptstadt Berlin bis zu dem kleinen ostpreußischen Kreisstädtchen Angerburg in Masuren – etwa 600 km Luftlinie und wahrscheinlich weit über 700 km Streckenlinie –, war die Laufzeit von 17 Stunden für die damalige Zeit als erstaunlich kurz anzusehen, besonders im Hinblick auf die Bummelzug-„Geschwindigkeiten" und die An- bzw. Abfuhr zu den Ämtern mit bespannten Postfahrzeugen.

Soweit die Nostalgie. Wieder zurück in der Realität bleibt festzustellen: Trotz vieler „Rationalisierungen" ist die Post in 80 Jahren eigentlich nicht viel schneller, sondern nur viel teurer geworden. Und der Generalpostmeister von Stephan, der 1874 auch noch den „Weltpostverein" begründete, würde heute in seinem himmlischen Postamt seufzen: „So habe ich mir die Entwicklung aber nicht vorgestellt!"

Mit freundlichem Gruß
Gerd Priddat,
Uelzen 1

Konsequenzen

„Großer Zapfenstreich"; WELT vom 26. Januar

Lieber Herr Kremp,

ich schreibe Ihnen spontan. Gerade habe ich Ihren Leitartikel „Großer Zapfenstreich" gelesen und kann nur sagen: großartig und überzeugend in der Analyse mit ihren logischen Konsequenzen.

Nun, da ich Pensionär bin und mehr Zeit fürs sorgfältige Studium der in- und ausländischen Blätter habe, glaube ich mich zu diesem Urteil berechtigt, jedenfalls ist Ihr Leiter m. E. das beste, was ich bisher über den Fall K. gelesen habe.

Mit den besten Grüßen
Ihr W. Körter,
Hofheim

Unrealistisch

„Korporierte liebäugeln mit blockfreiem Deutschland"; WELT vom 9. Januar

In der Sorge um bedenkliche Entwicklungen der deutschlandpolitischen Diskussion in den studentischen Korporationsverbänden, die „zeitweilig einen antiwestlichen Akzent" trage, konstatiert Axel Schützsack ein Liebäugeln der Deutschen Burschenschaft mit einem neutralen Deutschland zwischen den Blöcken.

Er tut dies wohl noch unter dem Eindruck der abschließenden Podiumsdiskussion auf der 32. deutschlandpolitischen Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin. Herr Schützsack hätte besser daran getan, den ihm zugängigen Beschluß der Deutschen Burschenschaft zur Deutschen Frage vom Mai 1983 genau zu lesen. Dort hätte er entnehmen können, daß „angesichts unserer geopolitischen Lage es aus heutiger Sicht unrealistisch erscheint, daß ein völlig auf sich allein gestelltes und zwischen den verfeindeten Machtblöcken stehendes neutrales, wiedervereinigtes Deutschland seine Souveränität bewahren und sich vor Fremdbestimmung seiner inneren Verhältnisse schützen kann".

Dr. R. Schlierer,
Deutsche Burschenschaft,
Tübingen

Aus dem Banat

„Niemand konnte ihm das Wasser reichen"; WELT vom 23. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

ich bin betrübt.

Am 23. Januar 1984 setzten Sie die falsche Behauptung, Johnny Weissmüller wäre in Chicago geboren, in die WELT und damit in die Welt.

Die Behauptung trifft nicht zu. Johnny Weissmüller wurde im Jahre 1904 als Hans Weißmüller in der Banater Gemeinde Freidorf neben Temeschburg im damaligen Österreich-Ungarn (heute Rumänien) geboren. Mit seinen Eltern wanderte er als Kind in die Vereinigten Staaten von Amerika aus.

Bitte setzen Sie meiner Betrübnis über ihre Falschmeldung, die die meisten Banater kränken muß, durch eine Richtigstellung ein Ende.

Mit freundlichen Grüßen
E. Dengel,
Hamburg 76

Horrorvision

„Gehen Embryos nach Abtreibungen an Kosmetik-Firmen ins Ausland?"; WELT vom 21. Januar

Liebe Damen und Herren, Ihr Artikel über die abscheulichen Praktiken bei der Verwertung von „Entbindungs-Abfällen" – welch entmenschtes und entmenschendes Wort – erinnert mich an einen im Jahre 2200 spielenden Science-fiction-Film, in dem Tote zu grünen Plättchen verarbeitet wurden, welche an eine ausgeuferte Bevölkerung als leckere und gesunde (!) Abwechslung zu bereits vorhandenen weißen und gelben Plättchen verfüttert wurden. Andere Lebensmittel gab es gar nicht mehr.

Wenn sich Frauen mit Placenten und Föten „pflegen" – wie weit ist es dann noch bis zu grünen Plättchen aus Toten?

Mit freundlichen Grüßen
H. Krambeer,
Hamburg 61

Wort des Tages

„Ein gelassener Mensch soll nicht allezeit darauf achten, wessen er bedürfe, er soll darauf sehen, wessen er entbehren kann."

Heinrich Seuse, dt. Mystiker (1295–1366)

Personalien

GEBURTSTAG

Henri François-Poncet, Frankreichs besonders liebenswürdiger und sprichwörtlich charmanter „Wirtschafts-Botschafter" in München, wird am 1. Februar 60 Jahre alt. François-Poncet ist heute deutscher Generalbevollmächtigter der Unternehmensgruppe Moët-Hennessy und geschäftsführender Direktor der Gesellschaft zur Förderung des deutsch-französischen Wirtschaftsaustauschs. Die Familie François-Poncet gehört zu den bedeutenden Familien des Landes. Sein Vater war André François-Poncet, brillanter Botschafter auf dem Parkett Berlins in den dreißiger Jahren, wo auch Henri und seine Geschwister, unter ihnen **Jean**, der spätere französische Außenminister, ihre Jugend verbrachten. Der Vater André wurde nach dem Krieg französischer Hochkommissar in Bonn und erster Botschafter in der Bundesrepublik nach völliger Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen. Sein Sohn Henri zog es nicht in die Diplomatie. Er studierte Volkswirtschaft. Schon in den fünfziger Jahren gründete Henri in München die SOPEFA, die Gesellschaft zur Förderung des deutsch-französischen Wirtschaftsaustauschs. Unermüdlich wirbt seitdem Henri François-Poncet um Kontakte und Verbindungen zwischen deutschen und französischen Unternehmen. Seine Frau **Françoise** ist die *Tochter des Pariser Bankiers Hottingure.* Die Tochter **Virginie** heiratete 1981 den schwerreichen Pariser Arzt **Christoph Henrion,** einen Neffen des früheren französischen Präsidenten **Giscard d'Estaing.** Geburtstag will Henri François-Poncet am Samstag in Kitzbühel feiern. Unter den Gästen werden Bruder Jean sein, aber auch gute Nachbarn und enge Freunde.



Henri François-Poncet „Wirtschafts-Botschafter". FOTO: DPA

Fünf Jahre lang beobachtete Oslos Abwehr Treholts Treffen mit KGB

Moskau kennt Norwegens Frühwarnsystem und Pläne für Ölversorgung im Ernstfall

REINER GATERMANN, Oslo

Genau eine Woche nach der Festnahme des norwegischen KGB-Spions Arne Treholt legte Norwegens Reichsstaatsanwalt das entscheidende Dokument auf den Tisch, das die fünfjährige Detektivarbeit der Sicherheitspolizei krönte: ein Foto, aufgenommen am 20. August 1983 in Wien. Es zeigt den hohen norwegischen Außenministeriums-Beamten an der Seite der beiden in Abwehrkreisen mehrerer westlicher Länder einschlägig bekannten Sowjetdiplomaten Gennadij Titow und Alexander Lopatin. Nach Ansicht des früheren norwegischen Oberbefehlshabers Sverre Hamre müsse man in Oslo davon ausgehen, daß die Sowjetunion durch Treholt eingehend über das Frühwarnsystem der Streitkräfte, über die Ölversorgung des Landes in Krisenzeiten sowie über den Einsatz der Handelsflotte im Kriegsfall informiert sei.

„Zum eigenen Schutz" wird der frühere Leiter der Presseabteilung des norwegischen Außenministeriums, Arne Treholt, im Osloer Polizeihauptquartier keinen Augenblick von der Sicherheitspolizei aus den Augen gelassen. Noch nicht vergessen ist das Schicksal der 1977 als Sowjetspionin entlarvten Angestellten des Außenministeriums, Gunvor Galtung-Haavik, die kurz nach ihrer Festnahme plötzlich im Gefängnis verstarb.

Die Kontakte Treholts mit den Sowjets konzentrierten sich auf drei bekannte KGB-Männer. Als mit dem Fall Galtung-Haavik der Sicherheitspolizei klar wurde, daß ein weiterer KGB-Spion an zentraler Position in der Staatsverwaltung arbeiten muß, fiel ein erster Verdacht auf Treholt. Das Justizministerium erhält 1978 eine Liste mit den Namen Verdächtiger, darunter der damalige Staatssekretär im Ministerium für Meeresrecht.

Im Januar 1979 geht Treholt als Botschaftsrat zur norwegischen UN-Delegation nach New York. Die Sicherheitsbehörden ermitteln weiter und bitten im September 1980 die amerikanische Bundespolizei FBI um Hilfe. Man registriert einige Treffen Treholts mit sowjetischen Diplomaten in verschiedenen kleineren Restaurants und im Gebäude der UNO; aber erst nach Treholts Rückkehr nach Oslo 1982 verdichtet sich das Verdachtsnetz. Es wird bekannt, daß der norwegische Diplomat in New York mehrfach mit Wladimir Zjizjin zusammengetroffen ist. Dieser spricht perfekt Norwegisch und war von 1973 bis 1977 Presseattaché an der Sowjetbotschaft in Oslo. Er verschwand jedoch schnell nach der Entlarvung Gunvor Galtung-Haaviks.

Immer noch fehlt den Norwegern aber stichhaltiges Beweismaterial zur Entlarvung Treholts. Somit sieht auch Verteidigungsminister Anders Sjaastad keine Möglichkeit, 1982 Treholts Antrag abzulehnen, die Kriegshochschule zu besuchen. Hier wird der verdächtigte Spion eingehend über die Bereitschaftspläne seines Landes informiert. Zum Kursprogramm gehörten auch Besuche in Dänemark und Schweden sowie bei der NATO. Laut Sjaastad hätte eine Ablehnung Arne Treholts dessen Mißtrauen wecken können; und dies hätte zu jenem Zeitpunkt der Ermittlungen vermieden werden müssen.



Arne Treholt: Meisterspion der Sowjets FOFO: AP

Die Sicherheitspolizei wird aber bald für ihre Bemühungen belohnt. Nur wenige Monate nach Abschluß der Kriegshochschule fährt Treholt im Mai 1983 nach Helsinki, und die Abwehr schaut zu, wie er sich dort mit einem anderen „alten Bekannten" trifft – nämlich Gennadij Titow. Dieser – zweimal aus Großbritannien ausgewiesen – war schon von 1971 bis 1977 ebenfalls in Oslo stationiert. Ebenso wie Zjizjin verschwand er im Zusammenhang mit dem Fall Galtung-Haavik. Titow ist nach Auffassung der norwegischen Sicherheitspolizei derjenige, der sowohl Galtung-Haavik als auch Treholt „an der Leine" hatte und entscheidend zum Aufbau des sowjetischen Spionagenetzes in Norwegen beigetragen hat.

Nach dem Helsinki-Besuch bestehen in Oslo keine Zweifel mehr. Dennoch entlarvt man Treholt nicht und bekommt bald neues gravierendes Belastungsmaterial. Am 20. August 1983 fliegt der KGB-Agent nach Wien und geht hier nicht nur mit Titow gut gelaunt spazieren, sondern auch mit Alexander Lopatin – offenbar der Dritte im Bunde der Treholt-Führer. Lopatin war ab Herbst 1969 für drei Jahre in Stockholm stationiert, wo er vermutlich die ersten Kontakte mit dem Norweger knüpfte. 1973 tauchte er in Oslo auf; 1976 verließ er die Stadt wieder.

Trotz der in Wien beschafften Fotobeweise wartet man in Oslo immer noch mit der Festnahme. Man wiegt Treholt weiterhin in Sicherheit, befördert ihn sogar noch am 1. Januar dieses Jahres zum Pressechef des Außenministeriums. Und dieses in der Absicht, ihm eine endgültige Falle zu stellen. Man geht davon aus, daß der KGB-Agent seine Auftraggeber schnell über den Besuch von US-Außenminister Shultz in Oslo informieren werde und legt deswegen nichtssagende Gesprächsaufzeichnungen aus, die allerdings mit dem Geheimstempel versehen werden. Die Sicherheitspolizei kalkulierte richtig. Nur einen Tag nach der Abreise von Shultz will Treholt am 20. Januar nach Wien fliegen. Bei sich hat er Kopien der „geheimen" Papiere. Reichsstaatsanwalt Magnus Flornes ist davon überzeugt, daß der Spion keinerlei Mißtrauen hegte und die feste Absicht hatte, schon am nächsten Tag nach Oslo zurückzukehren.

MAD-Kartei über „Zersetzung" aus Schmidts Amtszeit

ms. **Bonn**

Die vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) unter dem Stichwort *„Zersetzung" angelegte Kartei mit* rund 500 000 Datensätzen über Personen und deren Querverbindungen ist im Jahre 1970, also während der Amtszeit des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt (SPD), entstanden. Sie kann also nicht der politischen Verantwortung des derzeitigen Ministers Manfred Wörner (CDU) angelastet werden, zumal da sie von 1981 an nicht mehr weitergeführt worden ist, wie der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, *Generalleutnant Windisch*, gegenüber Bundestagsabgeordneten versicherte.

Inzwischen sollen die Datensätze gelöscht worden sein. Allerdings sind einzelne Angaben aus der Kartei in anderen Akten aufgetaucht. Sie sollen getilgt werden. Nach Angaben von Generalleutnant Windisch überprüft der MAD nur Personen, die in sicherheitsrelevanten Bereichen der Streitkräfte eingesetzt werden sollen. Unter dem Stichwort „Erpreßbarkeit" gehe es dabei nicht um „abnorme Veranlagungen", sondern, wie die geänderte Vorschrift für die Sicherheitsüberprüfungen des MAD besage, um „sexuelles *Verhalten, das zur* Erpreßbarkeit führen kann".

SPD und Risikokapital

p. p. **Bonn**

Der wirtschaftspolitische SPD-*Sprecher Wolfgang Roth* hat nach einer Anhörung von Wirtschaftsexperten durch seine Fraktion das Fazit gezogen, daß durch steuerliche Maßnahmen keine wesentlichen Veränderungen im Bereich von Eigen- oder Risiko-Kapital in den deutschen Unternehmen zu erreichen seien. Er müsse deshalb ausdrücklich davor warnen, Abschreibungsgesellschaften *auf dem Risiko-Kapitalmarkt zu* installieren. Roth sprach vom „Halbwelt-Milieu" und von dem „modrigen Geruch", den früher die Abschreibungsbranche verströmt habe. Um die Eigenkapitalbeschaffung von Unternehmen zu verbessern, geht es nach Roths Worten vor allem um die Beseitigung der Steuervorteile für konkurrierende Kapitalanlagen und um die Veränderung eines „Stücks Wirtschaftskultur".

Adam-Schwaetzer soll FDP-Schulden abbauen

Zusammensetzung des neuen Präsidiums steht fest

STEFAN HEYDECK, **Heilbronn**

Die Führung der Freien Demokraten hat sich in Heilbronn problemlos auf die Zusammensetzung des neuen *Präsidiums verständigt, das* auf dem Parteitag im Juni in Münster gewählt werden soll. Für die Beratungen hinter verschlossenen Türen hatte FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zwei Überraschungen parat: Irmgard Adam-Schwaetzer, die auf eine zweite Amtszeit als Generalsekretärin verzichtet, soll statt des ebenfalls nicht wieder antretenden Richard *Wurbs Schatzmeister* werden. Gerhart Baum, einer der drei Stellvertreter Genschers, soll von ihr die Leitung der Programmkommission übernehmen.

Die Nominierung des früheren Staatssekretärs im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Karl-Friedrich Brodeßer, zum neuen Generalsekretär durch Genscher war *bereits vorher bekannt geworden*, sie wurde von der Parteiführung einmütig begrüßt. Der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Guido Westerwelle, und der frühere hessische FDP-Chef Ekkehard Gries fragten allerdings, wie der aus der Minister-Etage kommende und in der Partei weitgehend *unbekannte* Brodeßer die FDP *„nach* außen und innen" darstellen könne, ob neben Bundesgeschäftsführer Rolf Berndt ein neuer Generalsekretär überhaupt notwendig sei und wie der neue Mann als „guter Transporteur der Politik von Genscher der Partei plausibel" zu machen sei.

Von Irmgard Adam-Schwaetzer, die als künftige Schatzmeisterin vor einem Sechs-Millionen-Mark-Schuldenberg steht, wird erwartet, daß sie aufgrund ihrer Bekanntheit „mit *Charme und Härte*" *Spenden* beschafft. Die FDP-Chefs des Saarlands und Bayerns, Werner Klumpp und Manfred Brunner, hatten das Amt zuvor abgelehnt. Klumpp will wegen der Saarland-Wahl 1985 aus dem Präsidium ausscheiden.

Auch der Bremer Horst-Jürgen Lahmann will nicht wieder als Beisitzer kandidieren, weil er Präsident der *Oberfinanzdirektion* in der Hansestadt werden soll. Für diese beiden sollen jetzt Brunner und der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Walter Hirche nachrücken. Damit ist es Genscher gelungen, den Nord-Süd-Proporz der Partei zu wahren.

Kohl spricht mit Strauß

● Fortsetzung von Seite 1

Kanzler liegt jedoch daran, die Affäre rasch zu beenden.

lz. **München**

Die CSU will vorerst in der Affäre Kießling keine offiziellen Forderungen an Bundeskanzler Helmut Kohl stellen, erwartet aber eine rasche und befriedigende Klärung durch den Regierungschef. Diese Haltung wurde beim „Jour fixe", zu dem *Minister*präsident Franz Josef Strauß gestern die CSU-Bundesminister in der Münchner Staatskanzlei empfing, nochmals bekräftigt.

Die Vorgänge um das Verteidigungsministerium spielten bei dem Treffen, an dem auch CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel und der kommissarische Generalsekretär Gerold Tandler teilnahmen, nur eine beiläufige Rolle. „Sachthemen standen im Vordergrund", meinte ein Ge*sprächsteilnehmer zur WELT. Vor*dringlich waren dabei rechtspolitische Fragen. Das Thema „Wörner" sei nur „unwesentlich am Rande besprochen worden", erklärte Waigel nach der knapp vierstündigen Sitzung.

Über den Inhalt wurde offiziell Stillschweigen vereinbart. Dem, was bisher gesagt wurde, sei nichts hinzuzufügen, meinte Waigel auf entsprechende Fragen. Und unter Anspielung auf Veröffentlichungen in der *WELT und der Welt am Sonntag füg*te er hinzu: „Das läßt sich nachlesen in ausgezeichneten Interviews, die zum Teil gehalten und zum Teil nicht gehalten wurden."

Waigel rechnet damit, daß es heute zu einem Treffen zwischen dem Kanzler und dem CSU-Vorsitzenden kommt. In München wurde gestern kaum noch mit einem Wechsel von Strauß nach Bonn gerechnet. *Mög*licherweise plane Strauß, seinen Einfluß auf die Bonner Politik durch stärkere Präsenz in der Bundeshauptstadt zu intensivieren, hieß es.

Neue Vorstöße Israels gegen deutsche Waffen für die Saudis

Galinski von Kohl-Reise enttäuscht / Zentralrat der Juden zieht positive Bilanz

DW. **Jerusalem/Bonn**

Die israelische Regierung setzt trotz der kompromißlosen Haltung von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Frage deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ihre Bemühungen fort, dieses Waffengeschäft zu verhindern. Die Medien des Landes berichteten gestern übereinstimmend, Ministerpräsident Yitzhak *Shamir* versuche über die *USA* und internationale jüdische Organisationen auf die Bundesregierung einzuwirken. Unter Berufung auf israelische Kabinettsmitglieder hieß es, Jerusalem sei deswegen bereits in Washington vorstellig geworden.

Ansatzpunkt für Shamirs Hilferuf an die Amerikaner war nach Darstellung der israelischen Presse die Äu*ßerung Kohls, Bonn* werde *die Ent*scheidung über das Waffengeschäft in Abstimmung mit Washington treffen. Die Erfolgsaussichten für diesen Schritt würden aber vom Kabinett in Jerusalem als gering eingestuft, da die Vereinigten Staaten auch Waffen an Saudi-Arabien lieferten, hieß es.

In einem ausführlichen Rückblick auf Kohls sechstägigen Israel-Besuch, schrieb die Zeitung „Maariv", der Bundeskanzler könne sich glücklich schätzen, mit dem diplomatisch taktierenden Shamir und nicht mit dessen Vorgänger Begin zusammengetroffen zu sein. Das Blatt zitierte aus Regierungskreisen, bei Begin wäre *Kohl „nicht so ungeschoren* davongekommen".

Zu einer geballten Ansammlung negativer Adjektive wurde der *„Maariv"*-Bericht über die Einschätzung Kohls durch Mitglieder der israelischen Regierung: gleichgültig, ungeduldig, farblos, ohne Inspiration, wie eine Mauer. In einem anschließenden Kommentar meinte das Blatt unter Anspielung auf eine Bemerkung von Regierungssprecher Boenisch, die „zynische" Haltung, daß Auschwitz *nicht länger die Bonner Tagespolitik* bestimmen könne, sei in dieser allgemeinen Form unannehmbar. „Nie wird der Tag kommen, an dem Juden diese Ansicht akzeptieren."

Enttäuscht über den Verlauf der Reise zeigte sich auch Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk sagte Galinski, es seien „Töne angeschlagen worden, die ihn ein wenig schockierten". Niemand habe erwartet, daß Kohl im Büßerhemd auftrete. *Aber keiner könne aus* der Geschichte seines Volkes aussteigen. Galinski fügte hinzu: „Ich hätte doch manchmal mehr Takt und mehr Befangenheit gewünscht."

Zu den geplanten Waffenlieferungen *an Riad* bemerkte er, allein der Gedanke, daß dies heute, vierzig Jahre nach dem Holocaust, wieder möglich werde, sei für ihn unerträglich.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, zog dagegen eine positive Bilanz des Kanzler-Besuchs. Der Deutschen Welle sagte Nachmann, die Reise Kohls habe die guten Beziehungen gefestigt. Natürlich habe es Meinungsverschiedenheiten gegeben. Dies gelte für das Thema Waf*fenlieferungen an „Feinde Israels"* nicht nur die Bundesrepublik, sondern durch alle europäischen Länder. Auch die Israelis seien insgesamt mit dem Kohl-Besuch zufrieden, „überragende Befriedigung" sei nicht zu erwarten gewesen.

Blumenfeld: Rückschläge verhindern

Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zieht Bilanz der Kohl-Reise

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Als eine „sehr schwierige, aber insgesamt erfolgreiche Reise" hat der Hamburger CDU-Politiker und Europa-Abgeordnete Erik Blumenfeld den Besuch des Bundeskanzlers in Israel bewertet. Blumenfeld hatte auf Einladung des Regierungschefs als Israel-Kenner und Vorsitzender der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft an* der Visite Kohls teilgenommen.

In einer Bilanz der politischen Er*gebnisse erklärte* Blumenfeld, es sei für die Israelis „eine unvorstellbare Situation, wenn mit deutschen Waffen auf israelische Soldaten geschossen wird". Hier sei die politisch-moralische Verantwortung der Bundesrepublik unmittelbar berührt. Deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien würden nach seiner persönlichen Einschätzung eine „sehr schwe*re Belastung der Beziehungen* zwischen beiden Ländern" darstellen. Blumenfeld warnte vor den Konsequenzen solcher Lieferungen, vor allem von Kettenfahrzeugen, an Saudi-Arabien; dann würden zum Beispiel Jordanien und Syrien „ebenfalls in Bonn anklopfen".

Es habe die Situation des Bundeskanzlers in Israel „nicht erleichtert", daß kurz zuvor ein umfangreicher *Vertrag über Waffenlieferungen* zwischen Frankreich und Saudi-Arabien abgeschlossen worden sei, sagte der CDU-Politiker. Kohl habe die Frage der Israelis „Werden Sie Waffen an Saudi-Arabien liefern oder nicht?" nicht eindeutig beantwortet. Er persönlich, so fügte Blumenfeld hinzu, hatte gewünscht, daß der Kanzler in diesem Punkt seine Absichten deutlicher dargelegt hätte. Auf mögliche israelische Reaktionen für den Fall solcher Lieferungen angesprochen, *erklärte Blumenfeld*, er rechne nicht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wohl aber mit einem sehr ernsten Rückschlag im deutsch-israelischen Verhältnis. Trotz dieser Probleme könne durchaus von einem Erfolg gesprochen werden. Die israelischen Gastgeber hätten sich von dem guten Willen des Kanzlers und seinen profunden Kenntnissen der jüdischen Geschichte beeindruckt gezeigt.

Wichtig sei jetzt vor allem eine rasche Verwirklichung der Zusagen Kohls über wirtschaftliche Hilfe an Israel. Dies gelte auch für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im industriellen und technologischen Bereich. Die Bundesrepublik Deutschland müsse vor *allem die in der israelischen Öffent*lichkeit und in der Bevölkerung weit verbreitete Befürchtung zerstreuen, Bonn glaube sich jetzt eine Vernachlässigung Israels erlauben zu können.

Blüm plant Lockerung im Arbeitsrecht

■ Fortsetzung von Seite 1

● „Langzeitkranken" will Blüm die Wiedereingliederung dadurch erleichtern, daß sie teilarbeitsfähig geschrieben werden können, also für eine bestimmte Stundenzahl oder für bestimmte Tätigkeiten.

● Ein Wahlrecht soll der Arbeitnehmer erhalten, der zur Kur muß. Die 10 Mark Eigenbeteiligung pro Tag sollen ersetzt werden können durch Verzicht auf ein Sechstel des Urlaubsanspruchs. Gleichzeitig soll der Mindesturlaub von drei auf vier Wochen angehoben werden.

● Eine Ausweiskarte für Arbeitnehmer im Baugewerbe soll helfen, die Schwarzarbeit einzudämmen. So soll illegale Beschäftigung und Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen vermieden werden.

● Künftig sollen alle, die vorgezogene Altersbezüge erhalten, voraussichtlich *nur* noch bis zu 390 Mark hinzuverdienen. Zur Zeit dürfen Bezieher der flexiblen Renten bis zu 1000, alle anderen bis zu 520 Mark hinzuverdienen. Blüm erhofft sich davon mehr Teilzeitarbeitsplätze.

● „Geringverdiener", die etwa zwischen 390 und 520 Mark im Monat verdienen und keine Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen, sollen künftig wie alle anderen Arbeitnehmer die Hälfte ihrer Beiträge aufbringen.

DGB warnt vor Waffenlieferung

rtr, **Düsseldorf**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich „prinzipiell" gegen deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ausgesprochen. Der stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Gustav Fehrenbach, der Bundeskanzler Helmut Kohl auf seiner Israel-Reise begleitet hatte, erklärte in Düsseldorf, nach Saudi-Arabien gelieferte Waffen wären zwangsläufig gegen Israel gerichtet.

Fehrenbach: Für die deutschen Gewerkschaften sei der Gedanke unerträglich, daß im Falle eines militärischen Konflikts jüdische Menschen durch Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland ihr Leben lassen müßten. Die Bundesregierung dürfe sich der historischen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel nicht entziehen, meinte der Gewerkschafter.

NACHRICHTEN

Dementi von Netzer

Hamburg (dpa) – Günter Netzer, Manager des Fußball-Bundesligaklubs Hamburger SV, dementierte Meldungen, wonach mit dem norwegischen Nationalspieler Eric Soler (SK Lilleström) Einigung über eine Verpflichtung für die nächste Saison erzielt worden sei. Netzer: „Es ist nach wie vor alles offen."

Heute: Pokalspiele

Bonn (sid) – Heute werden drei Spiele des Achtelfinals um den deutschen Fußball-Vereinspokal wiederholt: Bayern München – Bayer Uerdingen, Hamburger SV – VfB Stuttgart, Aachen – Werder Bremen. Alle Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

Schiedsrichter geschlagen

Dormagen (sid) – Mit einem K.-o.-Schlag für den Schiedsrichter und einem Spielabbruch endete in der niederrheinischen Fußball-Landesliga das Spiel zwischen Bayer Dormagen und Tabellenführer SC Schiefbahn beim Stand von 1:0. Nachdem Heinrich Klinger (Duisburg) Schiefbahns Libero Siegfried Pothen die rote Karte gezeigt hatte, lief der Spieler Amok. Er schlug den Schiedsrichter k. o. und versetzte dem am Boden liegenden Klinger auch noch Fußtritte.

Niederlage für Rumänien

Curitiba (Sid) – Die rumänische Fußball-Nationalmannschaft, Gruppengegner der deutschen Mannschaft bei der Europameisterschaft in Frankreich (12. – 27. Juni), verlor mit 0:3 in Curitiba auch das zweite Spiel gegen die Olympia-Auswahl Brasiliens. Das erste Spiel verlor Rumänien mit 1:3.

Hein siegt bei Weltcup

Paris (sid) – Der 33 Jahre alte Harald Hein aus Tauberbischofsheim gewann das mit 256 Teilnehmern besetzte zweite Florett-Weltcup-Turnier in Paris. Hein besiegte im Finale den Franzosen Pietruszka mit 10:8. Vierter wurde der deutsche Meister Mathias Gey (Tauberbischofsheim) nach einer 8:10-Niederlage gegen den Franzosen Omnes im Kampf um Platz drei.

GALOPP / Der Düsseldorfer Rennverein hat seine Liquidität weitgehend ausgeschöpft

Geschäftsführer „kein Mann der Zahlen"

KLAUS GÖNTZSCHE, **Düsseldorf**

Jahrelang galt der Düsseldorfer Reiter- und Rennverein, Ausrichter der Galopprennen auf dem Grafenberg, als einer der wenigen deutschen Veranstalter ohne finanzielle Sorgen. Jürgen von Sichart, dort bis Ende 1983 Geschäftsführer, wies noch vor zwei Jahren kritische Zeitungskommentare über Tendenzen entrüstet, fast beleidigt zurück, daß auch im Turf der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt durchaus schlechtere Zeiten anbrechen könnten. Jetzt steht fest: Der Geschäftsmann hinterließ bei seinem Wechsel zu den Rennvereinen nach Hannover und Hamburg für das Jahr 1983 einen Betriebsverlust von rund 300 000 Mark. *Auch das Jahr 1982 brachte nach* Angaben von Präsident Herbert Liesenfeld rund 100 000 Mark Betriebsverlust.

Die Folgen: Vier der 23 vorgesehenen Veranstaltungen wurden ersatzlos gestrichen (30. 5., 2. 6., 3. 8., 22. 8.). An diesen Tagen wurde nach den Erfahrungswerten des Vorjahres ein Manko von vornherein einkalkuliert.

Das Nobelrennen des Düsseldorfer Programms, der Große Preis von Berlin (Europa-Gruppe I), wurde von 170 000 Mark auf 150 000 Mark gekürzt. Insgesamt sollen rund 100 000 Mark weniger an Rennpreisen ausge*zahlt werden als im Vorjahr. 2 656 247* Mark waren für die Besitzer, Trainer und Jockeis erfolgreicher Pferde in Düsseldorf zu gewinnen. Der Wettumsatz an den Totoschaltern ging 1983 im Vergleich zu 1982 in der *Relation zu anderen Orten auf dem* Grafenberg erheblich zurück: von 19,29 Millionen Mark auf 18,26 Millionen Mark.

Das Finanzdilemma wurde durch die drastisch gekürzte Rückvergütung der Steuern aus den Rennwetteinsätzen zusätzlich verschlimmert. Die Mindereinnahmen durch die Maßnahmen der Behörden bewegen sich pro Verein und Jahr in Größenordnungen zwischen 200 000 und 300 000 Mark.

Herbert *Liesenfeld (70), Honorar*konsul von Uruguay, Schwager des deutschen Botschafters in Paris, Franz Jochen Schoeller, der ein besonders enges Verhältnis zum ehemaligen Bundespräsidenten und heutigen Galopperverbandspräsidenten Walter Scheel pflegt, hat in den letzten Jahren zahlreiche Sponsoren für Düsseldorfer Rennen geworben. Liesenfeld: „Aber das wird auch immer schwieriger. Selbst die Stadt Düsseldorf hat uns zuletzt kaum noch unterstützt." Um das Programmheft für den Großen Preis von Berlin mit Inseraten ertragreicher zu gestalten, schrieb Liesenfeld 98 Briefe und schaffte ein zusätzliches Anzeigenaufkommen von 31 600 Mark.

Der agile Finanzier, der sich an *jedem Morgen in seinem Haus in der* Nähe des Wasserschlosses Kalkum durch eine 20-Minuten-Übung auf einem Konditrainer fit hält, sagt: „Ich bin immer davon ausgegangen, daß unsere Zahlen in Ordnung waren. Aber *unser Geschäftsführer* war wohl kein Mann der Zahlen." Die Buchhaltung des Vereins wurde von der Firma DATEV in Nürnberg erledigt. Wenn Zahlen von dort eintrafen, waren sie offensichtlich schon nicht mehr aktuell. Liesenfeld bestätigte, daß die Liquidität des Vereins derzeit weitgehend ausgeschöpft ist. Das vereinseigene mehrstöckige Haus in *der Düsseldorfer Innenstadt (dort* sind Verwaltung und Wettannahmestelle untergebracht) will Liesenfeld auf alle Fälle seinem Verein retten. Der Präsident, seit drei Tagen auf den Langlaufloipen im Schweizer Samedan (in der Nähe von St. Moritz) im Winterurlaub: „Der Hausverkauf würde uns nur zu einem kurzen Reichtum verhelfen."

Nachfolger Jürgen von Sicharts wurde der bislang in Hannover tätige Enno Albert (43). Den „Düsseldorfer Nachrichten" berichtete Albert noch am 5. Januar 1984: „Alles, was ich bislang gesehen habe, spricht für einen gut geführten Rennverein." Da hatte er wohl noch nicht allzuviel gesichtet. Albert ist aber gesundheitlich entschuldigt: Ihn plagte ein Herpes-Virus im Ohr. *Jetzt hat ihn* sein besorgter Präsident mit Salben ausgestattet, um kommende Anfälle gezielt *bekämpfen zu können*. Albert weiter zur allgemeinen Lage im Turf: „Die Leute, die in den Zirkus gehen, wollen den Clown lachen sehen und nicht in traurige Gesichter blicken. Daran sollten wir auch in unserem Sport immer denken."

Die Kosten für die Bewirtung von Gästen (es wurden sogar bezahlte *Funktionäre beköstigt) auf dem* Grafenberg überstiegen sogar die Einnahmen aus der Verpachtung des Teehauses an den Düsseldorfer Großgastronomen Gerhard Günnewig, der dem breiten Publikum in Düsseldorf eine seit Jahren allseits kritisierte Magerkost vorsetzt. Der Unternehmer schrieb dem Verein höhere Rechnungen für die Gäste, als er Pacht abführen mußte.

Düsseldorf ist nicht der erste deutsche Galopprennverein, der in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Vor fünf Jahren war Gelsenkirchen-Horst so gut wie pleite, der Dachverband in *Köln* und *einige* Bürgen halfen aus der Klemme. Von mehr oder weniger ständigen Finanzsorgen sind *auch* die Vereine in Krefeld, Dortmund und immer noch in Gelsenkirchen-Horst geplagt. Frankfurt am Main hat zwar durch den *Neubau der Tribüne* den *Umsatz* an den Wettschaltern im Vorjahr auf beachtliche 15,61 Millionen Mark gesteigert, aber der Neubau muß nach wie vor in Raten abgezahlt werden.

Fazit: Hinter der oftmals oberflächlich *dargestellten Glitzerfassade* des Turfs bröckelt der Putz doch sehr stark ab.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

TENNIS

Internationale US-Hallenmeisterschaften in Philadelphia, Herreneinzel, Finale: McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 6:3, 3:6, 6:3, 7:6. – Herrendoppel, Finale: McEnroe/Fleming (USA) – *Noah/Leconte* (Frankreich) 6:2, 6:3.

Damenturnier in Marco Beach/Florida (100 000 Dollar), Einzel, Finale: Gadusek (USA) – Horvath (USA) 3:6, 6:0, 6:4. – Doppel, Finale: Sukova/Mandlikova (CSSR) – Jaeger/Hobbs (USA/Großbritannien) 2:6, 6:4, 6:2.

Turnier in Rosenheim (30 000 Mark), Auftakt-Veranstaltung des DTB-„Winter-Circuit", Herreneinzel, Finale: Navratil (CSSR) – Doyle (Irland) 6:7, 7:6, 6:1.

FUSSBALL

Englischer Fußball-Pokal, vierte Runde: Brighton and Hove Albion (Zweite Liga) – FC Liverpool 2:0.

EISHOCKEY

DEB-Pokal, Gruppe 1: Iserlohn – Köln 9:4 (3:0, 1:1, 5:3). – Gruppe 2: EHC Freiburg – Schwenningen 6:5 (1:2, 3:3, 2:0). – Gruppe 3: Landshut – Kaufbeuren 3:5 (0:0, 2:2, 1:3).

LEICHTATHLETIK

Internationaler Crosslauf über zehn Kilometer in San Sebastian: 1. Kedir (Äthiopien) 30:21,00 Min., 2. Kipkoech (Kenia) 30:30,26, 3. Orthmann (Deutschland) 30:30,27.

BILLARD

Europameisterschaft im Einband in Franeker (Holland): 1. Ceulemans (Belgien), 2. van der Smissen (Holland), 3. Vierat (Frankreich) ... 6. Wildförster ... 11. Zenkner (beide Deutschland).

HANDBALL

Bundesliga, Herren, zum 14. Spieltag: TuSPo Nürnberg – TSV GW Dankersen 18:19 (4:7), Tusem Essen – VfL Gummersbach 17:12 (8:4).

1. Großwallst.	14	12	1	1	293:238	25:3
2. Schwabing	15	11	1	3	318:293	23:7
3. Essen	13	8	2	3	235:189	18:8
4. Göppingen	13	9	0	4	290:277	18:8
5. Reinickend.	14	8	2	4	285:271	18:10
6. Gummersb.	13	7	1	5	238:219	15:11
7. Kiel	13	6	2	5	256:249	14:12
8. Hofweier	15	6	1	8	312:300	13:17
9. Hüttenberg	15	5	2	8	311:331	12:18
10. Dankersen	14	5	0	9	249:255	10:18
11. Bergkamen	15	4	1	10	280:309	9:21
12. Nürnberg	15	4	0	11	271:315	8:22
13. Günzburg	15	3	2	10	312:365	8:22
14. Lemgo	14	3	1	10	259:300	7:21

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 1, 6, 9, 10, 24, 34. Zusatzspiel: 40. – **Rennquintett**, Rennen A: 6, 12, 7. Rennen B: 23, 31, 27. (Ohne Gewähr).

STAND PUNKT / *Epples Haken*

Nachdem sie die Liaison mit dem englischen Weltrekordläufer Sebastian Coe beendet habe, sei sie wieder eine Siegläuferin, locker und gelöst. Irene Epple setzte auf diese Zuversicht. Doch nun ist es fast so wie früher: mal oben, mal unten, und seit 14 Tagen überwiegt das Unten. Die Schweizerin *Marie-Therese Nadig*, 1972 Olympiasiegerin in der Abfahrt, fragt ganz ungeniert: „Wo ist denn nun der Haken, oder: Wie heißt der neue Haken?"

Irene Epples Haken sind jedoch die der letzten Jahre. Als sie in Verbier auf Neuschnee lediglich 28. wurde, schimpfte sie: „Ein solches Rennen hätte nie gestartet werden dürfen." In jenem Rennen aber gab es eine ganz reguläre Siegerin: die Schweizer Olympia-Favoritin Maria Walliser. Kurz darauf, in *Mégève*, führte sie, bis die Veranstaltung wegen Nebels abgebrochen wurde. Aber da war der *Neuschnee von Verbier längst* vergessen, und sie jubelte: „Ich kann auch auf Neuschnee fahren." Im regulären Rennen wurde sie 58., wofür es die Erklärung gab, der Servicemann ihrer Ski-Firma habe die Bretter verwechselt. Sonderbar, daß *Irene Epple* dies nach acht Jahren Weltcup-Erfahrung nicht vorher gemerkt hat. Übrigens: Eine Überraschungssiegerin gab es auch in *Mégève* nicht, denn die junge Schweizerin Michele Figini gilt längst als Entdeckung dieser Saison ...

Im Deutschen Ski-Verband heißt es nun: keine Panik. Schließlich habe 1976 Rosi Mittermaier auch keine großartigen Resultate aufzuweisen gehabt, aber in Innsbruck dann zwei Goldmedaillen gewonnen. Doch der Fall Irene Epple erinnert eher an den Fall Irene Epple bei den Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid, als man bei Nacht und Nebel die Skimarke wechseln wollte und der Verband vor einem Skandal stand. Bereitet Irene Epple auch diesmal dafür wieder die Spur? KLAUS BLUME

EISHOCKEY

Xaver Unsinn: „Erfolge unheimlich"

sid, **Rosenheim**

Mit dem Bundestrainer Xaver Unsinn gewann die deutsche Eishockey-*Nationalmannschaft 1976* in Innsbruck überraschend die Bronzemedaille. Seitdem wird Unsinn auch der „Bronzeschmied" genannt. Sieben Tage vor Beginn der Olympischen Spiele in Sarajevo hat der kleine Mann mit dem Pepitahut ein neues Feuer der Begeisterung entfacht.

Dem Föhneinbruch in Bayern folgte das Stimmungshoch in der deutschen Mannschaft nach dem 7:0 zum Abschluß der Vorbereitungsphase gegen das kanadische Olympiateam in Rosenheim. Unsinns größte Sorge vor dem ersten Spiel in Sarajevo gegen den Gastgeber Jugoslawien: „Wir müssen trotz aller Euphorie mit den Füßen auf dem Teppich bleiben."

Acht Jahre nach dem Gewinn der Bronzemedaille hat Unsinn wieder eine Mannschaft zusammen, die den Vergleich mit dem damaligen Team nicht zu scheuen braucht. Unsinn: „Mir ist diese Form langsam schon unheimlich. Schöne Spielzüge und tolle Tore: Meine Spieler haben gezeigt, was man vom Eishockey erwartet." Von einer Medaille in Sarajevo will der Bundestrainer jedoch nichts wissen: „Wir wollen den fünften Platz in der Welt halten."

Die Konkurrenz zeigte sich vom deutschen Spiel in Rosenheim stark beeindruckt. Kanadas Trainer Dave King meinte: „Die Deutschen sind technisch gut und disziplinierter als im Vorjahr. Die Schweden müssen in Sarajevo aufpassen, wenn sie neben dem Favoriten UdSSR in die Finalrunde einziehen wollen." CSSR-Cheftrainer Ludek Bukac sagte auf der Tribüne: „So stark habe ich die deutsche Mannschaft nicht erwartet. Das letzte Drittel *muß ich erst einmal* in Ruhe analysieren."

Um so schwerer wird es jetzt Xaver Unsinn fallen, aus seinem 23köpfigen Kader jene drei Spieler zu streichen, die nicht mit nach Sarajevo dürfen. Erst am Freitag, vor der Abreise nach Jugoslawien, will Unsinn die Namen bekanntgeben. Unsinn: „Das Nationale Olympische Komitee hatte zwar den verständlichen Ehrgeiz, bis zum 29. Januar die Mannschaft zu melden. Aber ich lasse mir genauso lange Zeit wie die CSSR, Kanada und auch Schweden, die vorab 24 oder 25 Leute gemeldet haben und erst am Freitag reduzieren."

Mit den Spielern, die er nicht melden wird, sagt Unsinn, habe er bereits gesprochen. Sie fahren auf jeden Fall im September mit zum Kanada-Cup.

HANDBALL

Gummersbach denkt nicht an Stenzel

DW. **Bonn**

Die Gerüchte sind inzwischen verstummt: Der frühere Handball-Bundestrainer Vlado Stenzel wird doch nicht Trainer beim Europapokalsieger VfL Gummersbach. Noch vor Monaten hatte Handball-Chef Eugen Haas gesagt: „Nur bei uns kann Stenzel zu alten Erfolgen zurückfinden, weil ich verhindern werde, daß er zu viele Fehler macht."

In der neuesten Ausgabe der Kölner „Sport-Illustrierten" ging Haas noch intensiver auf den Jugoslawen ein: „Ich wollte ihn eigentlich mal ansprechen. Denn ich würde ganz gerne mal mit ihm arbeiten, ganz ehrlich. Obwohl wir ja so viele Kämpfe gegeneinander ausgetragen haben, würde ich gerne *mal mit* ihm arbeiten, ganz ehrlich." Der Zeitpunkt der Ansprache wäre jetzt eigentlich gekommen, nachdem sich die Gummersbacher am Freitag von ihrem jungen Trainer Herbert Wittchen (33) getrennt haben.

Doch Eugen Haas weist alle Spekulationen zurück: „Er wird nicht Trainer bei uns." Und auf seine früheren Aussagen angesprochen: „Es ist doch ein Unterschied, ob ich mit Stenzel zusammenarbeiten möchte oder der VfL Gummersbach ihn als Trainer verpflichtet." Eine eigenwillige Logik, denn schließlich ist es kein Geheimnis, daß Haas praktisch den VfL Gummersbach verkörpert. Die Pläne aber sehen anders aus. Zunächst ist einmal daran gedacht, bis zum Saisonende *mit* dem früheren Spieler Klaus Brand zusammenzuarbeiten. Doch damit nicht genug. Eugen Haas: „Ich könnte mir vorstellen, daß er auch in der nächsten Saison unser Trainer ist."

Klaus Brand, Bruder des Mannschaftsführers Heiner Brand, war der Abwehr-Organisator jener VfL-Teams, die 1967, 1970 und 1971 den Europapokal der Landesmeister gewannen. Dreimal war Klaus Brand mit Gummersbach deutscher Meister. 1971 ging er dann als Spielertrainer zum Nachbarn TuS Derschlag, den er auch während der Saison 1976/77 in der Bundesliga betreute. Klaus Brand, Lehrer für Mathematik, Sport und Geschichte an der Hauptschule in Köln-Dellbrück, besitzt keinen Trainerschein.

Worauf Haas baut, ist dies: Durch die beiden Brand-Brüder ist ein harmonisches Arbeiten so gut wie garantiert. Nicht zuletzt scheiterte der alte Trainer an Heiner Brand, der dem jungen Mann taktische Fehler vorwarf. Nun sind die Brand-Brüder im Zugzwang, es besser zu machen.

Dienstag, 31. Januar 1984
Nr. 26

WELT DER WIRTSCHAFT

Aral im Visier

Bm. – Unsere *Wirtschaft strotzt* vor Gesundheit, und am Markt für Benzin segnen sich die berüchtigten Beutelschneider in bisher unbekannter Dreistigkeit. Dieser Eindruck muß entstehen, wenn der Laie vernimmt, daß Siegfried Klaue, Vorsitzender der 8. Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes nun doch die Besitzstruktur der Aral AG zerschlagen will.

Was wirklich am Markt für Benzin und in der Ölbranche los ist, das schreien die Preisschilder von den Zapfsäulen für Benzin. Die Verluste türmen sich.

Doch Siegfried Klaue meint, daß eine zerschlagene Aral-Organisation den Wettbewerb an diesem überschäumenden Markt weiter anheizen könnte. Wer gehofft hatte, daß Klaue sich mit der Ankündigung der Aral-Aktionäre vom 20. Januar zufriedengeben würde, binnen Jahresfrist das blau-weiße Netz neu zu ordnen, das „schwere Geschäft" und die Verbrauchermärkte zu entflechten, der sieht sich getäuscht. 40 Prozent des Umsatzes wird Aral damit verlieren. Klaue – und das ist eigentlich unbegreiflich – nahm diese Ankündigung erst gar nicht zur Kenntnis.

In Fachkreisen wird auch die Basis der Klaueschen Verfügung als „wacklig" bezeichnet. Sie fußt auf einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu Praktiken der Zementindustrie, die nicht auf Aral übertragbar sei. Doch das werden nun die Gerichte prüfen und entscheiden müssen.

Noch eines am Rande: Wer die Szene lange genug beobachtet hat, der *kann nicht ausschließen, daß* hier vielleicht auch persönliche Animositäten zwischen Beteiligten eine Rolle spielen. Wie breit ist das Kreuz unserer Volkswirtschaft eigentlich?

Teurer Kaffee

J. Sch. – Frankreichs staatliche Industrieunternehmen sind ins Gerede gekommen. Nachdem Elf-Erap vom nationalen Rechnungshof wegen 500 Millionen Franc Fehlinvestitionen in die Erdölsuche durch untaugliche Schnüffel-Flugzeuge zur Rechenschaft gezogen worden ist, hat jetzt die gleiche Instanz Renault an den Pranger gestellt. Der Automobilkonzern hatte zwei ebenfalls untaugliche Fabriken errichtet, um die im Tauschgeschäft mit Kolumbien übernommenen Kaffeebohnen in Pulverkaffee zu verarbeiten. Die Kosten dieser Fehlinvestition beliefen sich auf 578 Millionen Franc. Hier wie dort sind die Unternehmensverwaltungen auf Betrüger hereingefallen. Hat die (alte) Regierung also ihre Aufsichtspflicht sträflich verletzt? Die Projekte wurden immerhin von ihr abgedeckt. Oder liegt es überhaupt im System der französischen Staatsbetriebe, sich um Verluste *nicht zu kümmern*? Dann hätte nach der umfassenden sozialistischen Verstaatlichungsaktion der französische Steuerzahler, der schließlich für die Verluste aufkommen muß, noch Schlimmes zu erwarten.

Technologie anwenden

Von JOACHIM WEBER

Jeder Provinzpolitiker träumt heute davon, in seinem Revier ein deutsches „Silicon Valley" zu schaffen. Und auch die Theorie denkt emsig über die Probleme der Fortschrittsbewegung nach – „Technologischer Wandel und Unternehmensführung" war beispielsweise eines der beiden Leitthemen des letzten Betriebswirtschafter-Tages in Berlin. Nur jene Praktiker, auf die es eigentlich ankommt, haben – glaubt man den warnenden Stimmen aus vielerlei Richtung – die Signale der Zeit noch nicht so recht erkannt: Die Unternehmer, denen vorgeworfen wird, allzu viele der rasch aufeinanderfolgenden technologischen Entwicklungen der letzten Jahre verschlafen zu haben.

Nun, gewisse Lücken sind nicht zu übersehen, speziell bei den meistbesungenen neuen Techniken Mikroelektronik und Biotechnologie. Allerdings: Die Skala dessen, was gemeinhin unter Spitzentechnologien subsummiert wird, erschöpft sich keineswegs mit diesen beiden. Auch die Oberflächen- und Leistungshalbleitertechnik (mit denen sich die deutsche Industrie durchaus sehen lassen *kann) ebenso wie die Lasertechnik* und die Industrieroboter zählen dazu. Mit diesem Hinweis soll aber das Problem mitnichten verniedlicht werden, zumal die Bundesrepublik sich auch in einigen der weniger populären Technikbereiche möglicherweise etwas zu lange Atempausen geleistet hat. Nur: So weit „weg vom Fenster", wie es gelegentlich an die Wand gemalt wird, ist die Nation keineswegs.

Der Vergleich mit den beiden stärksten Konkurrenten USA und Japan zeigt aber eine Reihe von Mängeln, die behebbar sind und behoben werden müssen, soll der Alptraum vom technischen Entwicklungsland nicht doch eines Tages Realität werden:

- Die Freude am risikobehafteten Kapitaleinsatz, wie ihn jede Neuentwicklung bedeutet, ist wenig entwickelt. Mit der gleichen Couponschnippler-Mentalität wäre der Aufbau von Industrie und Verkehrsnetzen, der vor einem Jahrhundert im (privaten!) *Hauruckverfahren* über die Bühne ging, noch im Vorplanungsstadium. Mit neugegründeten „Venture-Capital-Gesellschaften" scheint sich hier eine leichte Besserung abzuzeichnen.
- Berufliche und akademische Ausbildung, beide wegen der Genehmigungsprozeduren von Berufsbildern und Studiengängen fest in Kammer- und Behördenhand, sind nicht schnell und flexibel genug zu gestalten. Der Rückstand in der Elektronik, sowohl der Produktion als auch der Anwendung, ist nicht zuletzt Folge des Mangels an geeignetem Personal.
- Die staatliche Forschungsförderung in Deutschland kann nicht im entferntesten mit der in den Konkurrenzländern mithalten. Geht in den USA ein enormer Teil der Technikentwicklung auf das Konto *milliardenschwerer* Verteidigungsaufträge, so betätigt sich der japanische Staat direkt als Finanzier. In der Bundesrepublik sind bisher nicht einmal die mageren Mittel des Wissenschaftsministers in effiziente Kanäle geflossen.
- Die Unternehmen selbst sind zu langsam, teils aus gewohnten Verhaltensweisen. In Zeiten, da manche Produktzyklen nur noch bei zwei oder drei Jahren liegen, die Entwicklungszeiten für die viel komplizierteren Produkte aber eher länger als kürzer werden, ist Abwarten keine Tugend mehr.
- *Wer guten Willens ist, es besser zu* machen, der weiß meist nicht so recht, wie er die neuen Probleme in den Griff bekommen soll. Neue Führungs- und Entscheidungsinstrumente für das Technologie-Management fehlen noch weitgehend. Hier sind die Universitäten gefordert.
- Anders als in Japan konzentriert sich der deutsche „Technologe" immer noch auf die Produkte, weniger auf die Fertigungstechnik. Die *fast* gleichberechtigte Einstufung – die auch eine andere Konstruktionsphilosophie mit sich bringt – verschafft den Japanern enorme Kostenvorteile. Dieses Problem ist in Deutschland erkannt: Der neue VDMA-Präsident Otto Schiele propagiert mit Eifer die „Entwicklung der Produktionstechnik".

Abgesehen von dem gewaltigen Abstand in der Mikroelektronikproduktion, der nur durch größte Anstrengungen in der Anwendungstechnik noch zu kompensieren sein dürfte, sollten all diese Mängel noch zu beheben sein. Zu bewältigen ist die Aufgabe allerdings weder von den Unternehmen allein noch vom Staat, weder von den Universitäten noch von den Verbänden. Alle werden ihren Beitrag dazu leisten müssen.

SPARKASSEN / Bei weniger Ersparnis und regem Kreditgeschäft höhere Gewinne

Geiger erwartet für dieses Jahr 3½ Prozent Wirtschaftswachstum

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 3½ Prozent rechnet Sparkassenverbandspräsident Helmut Geiger in diesem Jahr, wenn die Tarifrunde ein gesamtwirtschaftlich vernünftiges Ergebnis bringt, kein Arbeitskampf stattfindet und auch von der Weltwirtschaft keine Tiefschläge kommen. Mit dieser Erwartung ist Geiger um einiges zuversichtlicher als die Bundesregierung und die meisten Wirtschaftswissenschaftler, deren Prognosen er für zu vorsichtig hält.

Ein einprozentiges Wirtschaftswachstum sei allein schon durch den statistischen Überhang gesichert. Da aber noch „einiger Dampf in der Leitung" *stecke*, so Geiger, sei darüber hinaus ein Wachstum von 2½ Prozent wahrscheinlich. Seine Zuversicht begründet Geiger mit der Zunahme der Investitionstätigkeit, für die er Indizien in der lebhaften Kreditnachfrage, besonders auch der mittelständischen Wirtschaft, der Konsumenten und für den Wohnungsbau sieht, sowie mit der Belebung der Exportnachfrage, die vom niedrigen D-Mark-Kurs profitiert, sowie von der Expansion des Welthandels.

An der Preisfront erwartet der Sparkassenpräsident in den nächsten Monaten etwas Unruhe, vor allem, weil der Höhenflug des Dollars die Importgüter verteuert. Deshalb sei es besonders wichtig, daß eine besonnene Wirtschafts- und Sozialpolitik gesteuert werde und daß die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs fortsetze. Wenn sich auch für 1985 eine günstige Wirtschaftsentwicklung abzeichne, könnte sich in der zweiten Jahreshälfte auch die Lage am Arbeitsmarkt verbessern.

Wenig Hoffnung hat der Sparkassenpräsident für eine Entspannung an der Zinsfront. Das Zinsniveau wird sich nach seiner Einschätzung bei Schwankungen um einen halben Prozentpunkt um den derzeitigen Stand bewegen. Der Bundesbank empfiehlt er einen weiterhin ruhigen und pragmatischen Kurs, von dem sich die Währungshüter auch bei vorübergehendem Überschießen der Geldmenge über den Zielkorridor nicht abbringen lassen sollten. Auch stärkere Schwankungen des Dollars dürften kein Anlaß zur Verschärfung der Geldpolitik sein, warnte Geiger, der spätestens im nächsten Jahr einen Rückgang des Dollarkurses für sicher hält.

Bei seinem ersten Auftritt vor der Presse in diesem Jahr kündigte Geiger an, die Sparkassen würden es keinesfalls tolerieren, daß sie von einer Novellierung des Kreditwesengesetzes bei der Eigenkapitalbeschaffung gegenüber den Genossenschaftsbanken benachteiligt werden. „Da wird es noch Rabatz geben", drohte Geiger, der davon ausgeht, daß sich ein Bundesland zu einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht bereit erklärt.

In seinem Überblick über die Geschäftsentwicklung der Sparkassen im letzten Jahr berichtete Geiger über eine Zunahme der Kredite um gut 25 Milliarden Mark, 25 Prozent mehr als 1982, und einen Rückgang der privaten Ersparnis bei den Sparkassen um gut ein Drittel von 25,5 auf nur noch 16,4 Milliarden Mark.

Den Einbruch bei der privaten Sparkapitalbildung, eine Folge stagnierender Realeinkommen, der Arbeitslosigkeit, aber auch der gestiegenen Verbrauchsneigung und der stärkeren Ausweitung des Konsumentenkredits sieht der Sparkassenpräsident weder als ungesund noch als bedrohlich an. Er rechnet für dieses Jahr mit einer Stabilisierung der Sparquote bei rund 13½ Prozent.

Verlierer im Spargeschäft waren vor allem die zinsmäßig unattraktiv gewordenen Termingelder, die um 4,7 Milliarden Mark sanken, sowie Rentenwerte (minus drei Milliarden Mark). Spareinlagen wuchsen einschließlich knapp elf Milliarden Mark Zinsgutschriften um *14,6 (1982: 20,2)* Milliarden. Im Kreditgeschäft konzentrierten sich 90 Prozent des Zuwachses auf langfristige Ausleihungen. Weiter verbessert haben sich die Erträge, was sich bei einer von 3,45 auf 3,6 Prozent erhöhten Zinsmarge, der höchsten nach dem Krieg, in zehn bis 15 Prozent höheren Steuerzahlungen niederschlägt.

GLASFASERKABEL

Hersteller halten an Plänen für gemeinsames Werk fest

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die fünf großen deutschen Kabelhersteller, Siemens, AEG, Kabelmetal, *Philips und Standard-Elektrik-*Lorenz (SEL) sowie die amerikanische Corning Corp. als einer der wichtigsten Patentinhaber und Lizenzgeber, halten an ihren Plänen fest, in Berlin ein gemeinsames Werk für die Produktion von Glasfaserkabeln zu errichten. Das anläßlich des Berliner Wirtschaftsgipfels 1982 verkündete Gemeinschaftsprojekt soll mit einem Investitionsvolumen von *115 Millionen Mark rund 200 hoch*qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Das Bundeskartellamt äußerte jedoch Bedenken gegen den nach dem Kartellgesetz notwendigen genehmigungspflichtigen Zusammenschluß, weil die Anteilseigner der zu gründenden „Gesellschaft zur Herstellung von Lichtwellenleitern mbH" (GfL) etwa 90 Prozent des Glasfaserumsatzes in der Bundesrepublik bestreiten würden. Ein weiteres Hindernis stellte sich erst kürzlich in Gestalt der bayerischen Wacker-Chemie in den Weg. Eine Tochtergesellschaft (Wakker Chemietronic) von Wacker und der Western Electric (wiederum Tochter der amerikanischen AT & T American Telephone & Telegraph) sieht ihren Marktzugang auf dem Glasfasergebiet (man plant ein Werk im bayerischen Burghausen) gegenüber den fünf Großkonzernen stark erschwert.

Der Geschäftsführer des Verbandes der Kabelindustrie, Elmar Kayser, gestern vor der Presse in Düsseldorf: „Die fünf Partner halten ihren Antrag auf Genehmigung der gemeinsamen Fertigung in Berlin fest *und haben einer Beiladung von Wak*ker zu den Kartellamtsverhandlungen zugestimmt." Zu einem neuerdings erst aufgetretenen Hinweis, die Glasfaserproduktion mache Schadstoffe, insbesondere das giftige Chlor, frei und erfordere einen zu hohen Aufwand für die fünf Gesellschafter, erklärte Kayser, in den 115 Millionen Mark seien umfangreiche Umweltschutzinvestitionen enthalten. Man wisse um die Umweltproblematik.

Kayser wies darauf hin, daß das Berliner Gemeinschaftsprojekt eine wirtschaftlich sinnvolle „Zusammenarbeit auf Zeit sei", das heißt, daß die Kooperation wieder auseinandergehe, wenn die von der Bundespost geforderten Glasfaser(kabel)-Mengen eine Höhe erreicht haben, die eine Trennung auch kartellrechtlich nötig macht.

Von Wacker heißt es, das mit dem US-Konzern geschlossene „Memorandum of Understanding" sei Geheimsache. Klar ist, daß Wacker zwar aus der Fertigung des Glasfaserrohstoffes Siliziumtetrachlorid über das notwendige Siliziumgas verfügt, nicht aber über Know-how der Glasfaserherstellung. Hier jedoch gehört Western Electric mit 250 000 bis 300 000 Faserkilometern jährlich neben Corning und Sumitomo (150 000) zu den größten Produzenten. Allein: Western Electric benötigt diese Mengen dank des rasanten US-Verbrauchs selbst.

AUF EIN WORT



„Die Zeichen stehen nicht auf weiterer Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, sie stehen nicht auf neuen *Belastungsproben* für die Wirtschaft, auf noch mehr Gängelei und bürokratischen Dirigismus. Der härter werdende Kampf auf den Weltmärkten erfordert vielmehr eine Bündelung aller Anstrengungen, einer *Konzentration* aller produktiven und vor allem aller innovativen Kräfte, die uns den technologischen Anschluß bewahren helfen."

Herbert Pattberg, Präsident der Industrie- und Handelskammer, Mittlerer Niederrhein

FOTO: DIE WELT

ARAL

Bundeskartellamt fordert Lösung des Vertragswerks

HANS BAUMANN, **Essen**

Die Gesellschafter der Aral AG, Bo*chum (Veba 56, Mobil Oil 28 und* Wintershall 15 Prozent), werden gegen eine Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes, die ihnen am Samstag zugestellt wurde, Rechtsmittel einlegen. Die Verfügung fordert die Aral-Anteilseigner auf, ihr Gesellschafterverhältnis bis Mai 1985 aufzulösen. Begründung: Die identischen Konditionen bei der Benzineinlieferung und bei der Ertragsaufteilung verhinderten jeden Wettbewerb untereinander. Damit sei der Tatbestand eines Kartells gegeben.

Erst 1967 hatte das Berliner Amt anders entschieden und den Aral-Vertrag gebilligt. Um die Aral-Konstruktion zu erhalten (Wintershall bestand darauf, Mobil Oil hätte einer Realteilung zugestimmt) haben die Gesellschafter erst am 20. Januar die Herausnahme von 40 Prozent des Umsatzes (rd. 15 Mrd. DM) dem Kar*tellamt mitgeteilt. Man* wollte so rechtlichen Auseinandersetzungen und vor allem den kaum lösbaren Problemen einer Realteilung aus dem Weg gehen.

Stellungnahme des Aral-Vorstandsvorsitzenden, Klaus Marquardt: „Es ist ein Schildbürgerstreich des Bundeskartellamtes, ein seit 1897 bestehendes deutsches Unternehmen zerschlagen zu wollen." *Marquardt verweist auf die* bedeutende Rolle Arals im Wettbewerb am Kraftstoffmarkt. Die Vielfalt seiner Aktionäre habe wesentlich zur Sicherung der Versorgung beigetragen.

Aral hat das Tankstellennetz von über 10 000 Säulen von 1970 bis heute gut halbiert. Auf Platz zwei und drei folgen Shell und Esso. Aral verkauft rund 10 Mill. Tonnen Produkte.

JAPAN

Brüssel verlangt stärkere Öffnung des Marktes

WILHELM HADLER, **Brüssel**

EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp hat die japanische Regierung aufgefordert, zusätzliche Maßnahmen zur Erleichterung europäischer Importe zu ergreifen. In einem Brief an Industrie- und Handelsminister *Hikosaburo Okonogi* wies Haferkamp darauf hin, daß sich das Ungleichgewicht im Handel mit der Gemeinschaft trotz einer gewissen Öffnung des japanischen Marktes im vergangenen Jahr weiter verstärkt habe.

Nach den jüngsten japanischen Zahlen hat sich das Defizit der EG im bilateralen Warenaustausch 1983 auf 10,4 Milliarden Dollar erhöht. Dies entspricht einer erneuten Zunahme um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Weltweit exportierten die Japaner für 20 Milliarden US-Dollar mehr als sie einführten.

Haferkamp verlangte in seinem Schreiben erstmals im Namen der Gemeinschaft eine zeitweilige Aussetzung bestimmter japanischer Zölle sowie die Vorverlegung aller in der Tokio-Runde vorgesehenen Zollsenkungen. Bisher war in Sondierungsgesprächen mit den Amerikanern und Japanern nur die Rede von der Vorziehung einer Jahresrate gewesen, wobei die Gemeinschaft ein Wirtschaftswachstum von mindestens zwei Prozent voraussetzte.

Gelegenheit zur Diskussion der Brüsseler Forderungen wird sich bereits am kommenden Donnerstag und Freitag ergeben, wenn Haferkamp die Handelsminister der USA, Japans und Kanadas in Florida trifft.

Die EG ist unverändert besorgt über die Importe einiger „sensibler" Erzeugnisse. So hat die Einfuhr von japanischen Pkw von Januar bis November 1983 erneut um 22 Prozent zugenommen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Winterschlußverkauf: Hohe Preisabschläge

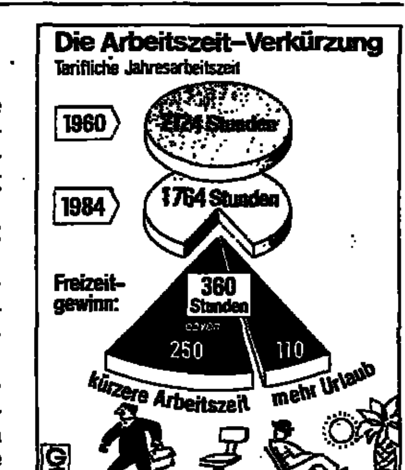
Düsseldorf (J. G.) – „Die erste Stunde gehörte den türkischen Gastarbeitern", kommentiert der Warenhauskonzern Horten AG den am Montag begonnenen Winterschlußverkauf. Sie vor allem sorgten bei überall wenig einladendem Einkaufswetter dafür, daß es überhaupt noch Käuferandrang gab und Billigstwaren (wie Stoffe mit 1,50 *DM Meterpreis*, Strumpfhosen für 1 DM, Nachthemden für 5 DM, Kleider für 10 DM) „im Handumdrehen vergriffen waren". Die bedächtiger kaufende Kundschaft stellte sich erst allmählich ein und konzentrierte die Nachfrage hauptsächlich auf Damen-, Herren- und Kinderbekleidung, Tisch- und Bettwäsche, Lederwaren und Schuhe. Nachdem das Januar-Geschäft mit Winterware im deutschen Einzelhandel wegen des milden Wetters schlecht war, sind Warenangebot und Preisabschläge im diesjährigen Schlußverkauf ungewöhnlich groß. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels schätzt auch nach den schon in den letzten Wochen vielerorts vorgenommenen Preisreduzierungen die Größenordnung der Preisnachlässe noch auf 30 bis 40 Prozent.

Degussa-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Die Degussa begibt über die Degussa International Finance NV, Amsterdam, eine 7,5prozentige 100-Millionen-DM-Anleihe zu 99,5 Prozent mit zehnjähriger Laufzeit. Die Anleihe, deren Börseneinführung in Frankfurt vorgesehen ist, wurde von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Dresdner Bank übernommen.

Erdgasimport ging zurück

Eschborn (AP) – Die Netto-Erdgasimporte der *Bundesrepublik* Deutschland aus Norwegen, den Niederlanden und der UdSSR sind nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres im Vergleich zu 1982 um ein Prozent auf 29,3 Milliarden Kubikmeter zurückgegangen. Wie es in der Mitteilung des BAW ferner hieß, sanken die Netto-Einfuhr*preise wesentlich stärker als die Ein*fuhrmengen, nämlich um 6,9 Prozent. Hätten von Januar bis Oktober 1982 noch 9,87 Milliarden Mark für die Importe gezahlt werden müssen, so habe sich dieser Betrag für die Zeit von Januar bis Oktober 1983 auf 9,19 Milliarden Mark verringert.



Zwischen 1960 und 1984 sank die tarifliche Jahresarbeitszeit von 2124 auf 1764 Stunden. Das ist ein Minus von 360 Stunden. Am meisten wog *dabei die Verkürzung* der Wochenarbeitszeit von 45 auf 40 Stunden; sie allein brachte 250 Stunden mehr Freizeit im Jahr.

QUELLE: GLOBUS

Lambsdorff nach Leipzig

München (rtr) – Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff will im *März zur Leipziger Frühjahrsmesse in* die „DDR" reisen. Dies bestätigte ein Sprecher seines Ministeriums. Einzelheiten über Besuchsprogramm und Gesprächspartner könnten aber noch nicht mitgeteilt werden.

Gespräch über Bankauskunft

Bonn (AP) – Führende Vertreter deutscher Banken wollen heute in Bonn in einem Gespräch mit dem *Bundesbeauftragten für den Daten*schutz, Reinhold Baumann, die Meinungsunterschiede über das neugefaßte Auskunftsrecht der Banken ausräumen. Ein Sprecher des Bundesverbandes deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) teilte gestern in Bonn diesen Termin für das Gespräch mit, auf das die im Zentralen Kreditausschuß (ZKA) zusammengeschlossenen Spitzenverbände des *Bankgewerbes gedrängt hatten.*

Italie...
konstru...
nach Bo...

Venezuela: A...
en Präsidenten...
eine *Durststrecke*...

OECD / Pessimistische Stahlprognose

Über Ertragslage besorgt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Stahlkonjunktur hat sich 1983 weltweit etwas belebt. In den westlichen Industriestaaten (OECD) nahm die gesamte Rohstahlproduktion in der zweiten Hälfte des letzten Jahres leicht zu. Es deutet jedoch nichts darauf hin, daß sich diese Erholung in absehbarer Zeit verstärkt. Das ist die globale Prognose des Stahlausschusses der OECD.

Für die EG ist sie noch wesentlich pessimistischer ausgefallen. Dort könne bestenfalls mit einer Stabilisierung der im letzten Jahr weiter geschrumpften Stahlnachfrage gerechnet werden. Während die Stahlproduktion der OECD-Zone 1983 um 1,5 Prozent zunahm (1982 hatte sie sich um 16 Prozent vermindert) mußte die EG ihre Erzeugung um zwei Prozent einschränken. Gleichwohl erreichte die Ausnutzung ihrer Stahlkapazitäten *nur* 57 Prozent, was noch weniger als 1982 war.

Die gegenwärtige Lage der Stahlverbraucher in der EG, insbesondere der Investitionsgüterindustrie, wie auch die Exportaussichten lassen nach Auffassung des Ausschusses keine Nachfrageverbesserung erwarten. Entsprechend schlecht stünde es um die Beschäftigungslage. Im vergangenen Jahr hatte die Stahlindustrie der EG ihre Belegschaft weiter ums insgesamt 33 000 Personen reduziert.

Demgegenüber konnte die Stahlindustrie der USA ihre Produktion 1983 um 13 Prozent steigern, nachdem diese im Jahr zuvor allerdings um 38 Prozent gekürzt worden war. Die Kapazitätsausnutzung hat sich etwas verbessert. Sie lag aber mit zuletzt 55 Prozent immer noch unter *dem* OECD-Durchschnitt, und die Zahl der Arbeitslosen oder kurzarbeitenden Stahlarbeiter erreichte mit rund 100 000 praktisch den Stand von Ende 1982.

Zusammenfassend stellt der OECD-Ausschuß fest, daß die Ertragslage der Stahlindustrie sämtlicher Mitgliedsstaaten „sehr besorgniserregend" ist. Bei einer Rohstahlproduktion von 335 Millionen Tonnen *hätten 1983 die Überkapazitäten* 150 Millionen Tonnen erreicht und die Stahlpreise waren wegen der verschärften Konkurrenz der Entwicklungsländer auf den meisten Märkten extrem gedrückt. Die daraus resultierenden Verluste hätten die finanzielle Lage zahlreicher Stahlkonzerne in „sehr bedeutendem Umfang" verschlechtert.

NISSAN / Von Herbst 1985 an soll in Großbritannien montiert werden

Abstriche vom ursprünglichen Plan

dlt/fu. Tokio/London

Die Geschäftsleitung der japanischen Autofirma Nissan hat am Montag bekanntgegeben, *daß ihr lang* verzögertes Vorhaben, in Großbritannien ein Personenwagenwerk zu errichten, verwirklicht werden wird. Gegenüber dem ursprünglich geplanten Umfang des Projekts sind allerdings beträchtliche Abstriche vorgesehen. Es wird sich jedoch um die erste alleinige japanische Autoproduktion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft handeln.

Katsuji Kawamata, der Vorstandsvorsitzende der Nissan, wird in Kürze nach London fliegen und mit Vertretern der britischen Regierung ein Memorandum über das Vorhaben unterzeichnen. Das Projekt war vor drei Jahren von der Geschäftsleitung der Firma zum ersten Mal ernstlich erwogen worden.

Nach dem jetzt beschlossenen Zweistufenprogramm soll zunächst vom Herbst 1985 an die Produktion auf der Basis der Montage von überwiegend aus Japan *importierten* Bausätzen beginnen und erst drei Jahre später die Gesamtfertigung in England beginnen. Zunächst sollen 20 000 bis 30 000 Personenwagen des Typs „Stanza" mit einem Hubraum von 1600 bis 1800 Kubikzentimetern im Jahr hergestellt werden. Die Motoren, Getriebe und andere wichtige Teile werden aus Japan geliefert werden.

Der englische Fertigungsanteil soll bei etwa 40 Prozent liegen, obwohl die britische Regierung einen Anteil von 60 bis 80 Prozent gefordert hatte. Die lokale Fertigung nach drei Jahren soll 200 000 Wagen jährlich erreichen. Hatten die Engländer gehofft, daß 5000 neue Arbeitsplätze *geschafft werden sollten, so spricht* Nissan jetzt von tausend Arbeitern, die eingestellt werden sollen.

Die anfänglichen Investitionen Nissans für das Vorhaben werden zwischen 240 Millionen und 320 Millionen Mark liegen. Die Entscheidung von Nissan hat in Großbritannien sowohl Erleichterung als auch erhebliche Enttäuschung ausgelöst. Erleichtert ist vor allem die Regierung Thatcher, die darin einen besonderen Ausdruck des Vertrauens in die britische Wirtschaft sieht.

Enttäuscht ist man sowohl in Regierungskreisen als auch bei den britischen Gewerkschaften darüber, daß vom ursprünglichen Plan „kaum mehr etwas übriggeblieben ist", wie ein Gewerkschaftsfunktionär meinte. Zwar weisen Regierungssprecher darauf hin, daß der Standort des Werkes (entweder Humberside, Süd-Wales oder Sunderland) in jedem Fall *in einem Gebiet mit überdurch*schnittlich hoher Arbeitslosigkeit liegen wird. Aber selbst wenn die von Nissan genannte Zahl von 1000 neuen Arbeitsplätzen im Laufe der Jahre steigen sollte, bleibe man doch weit entfernt von den ursprünglich anvisierten 5000.

Sonderpreise für Geschäftsreisende

DW. Bonn

Preisvorteile bei Hotelbuchungen bietet die Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH Geschäftsreisenden in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Woodside-Gruppe, deren deutscher Exklusivpartner sie ist. *Wie* das Unternehmen mitteilt, können durch Nutzung dieses Reservierungssystems Einsparungen erzielt werden, die gegenüber einer normalen Hotelbuchung 40 Prozent und mehr betragen. Rund 10 000 Hotels in aller Welt umfaßt der neue „Corporate Hotel Directory '84" der Woodside-Gruppe, zu der 55 Reisebüro-Unternehmen mit 550 Verkaufsstellen in Europa, den USA und anderen Gebieten gehören. Bei der Woodside-Reservierung erhalten alle Kunden unabhängig von der Größe des Unternehmens Hotelpreise wie Großabnehmer, heißt es weiter.

SMH-Übernahme durch Lloyds perfekt

dpa/VWD, Frankfurt

Die Übernahme von Teilen des kommerziellen Bankgeschäfts sowie des gesamten Wertpapiergeschäfts der früheren Privatbank Schröder, *Münchmeyer*, Hengst und Co. *(SMH)* durch die britische Lloyds-Bank ist *nach Erledigung rechtlicher Formfragen nunmehr vollzogen*. Das teilte die *zur Übernahme neugegründete* Lloyds-Bank Schröder, Münchmeyer, *Hengst und Co. am Mittwoch mit*. Die Bank verfügt über ein Eigenkapital von 100 Millionen DM und wird zukünftig wieder unter dem Namen Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. firmieren. Die SMH-Altbank wird ab sofort als HEMA-Beteiligungsgesellschaft mbH und Co. Verwaltungskommanditgesellschaft laufen.

Verhandlungen zur Umschuldung

VWD, Davos

Vertreter der jugoslawischen Regierung werden kommenden Monat mit ihren staatlichen Gläubigern die Umschuldungsverhandlungen für 1984 fortsetzen. Die Gespräche werden unter Federführung der Schweiz stattfinden, die bereits zwei ähnliche Treffen arrangiert hatte. An den Verhandlungen sollen neben den bisher beteiligten Staaten weitere teilnehmen, im Gespräch ist u. a. Spanien. Nach Angaben des jugoslawischen Verhandlungsführers Janko Smole geht es dabei um die Umschuldung von 600 bis 700 Millionen Dollar in *1984* fällige Kredite sowie um 500 Millionen Dollar *an neuen Mitteln. Gleichzeitig* verhandelt Jugoslawien derzeit über Bankenkredite von 1,6 Milliarden Dollar. Smole hofft, daß beide Abkommen im März unterzeichnet werden können.

UGANDA

Hoffnung auf stärkere Hilfe

J. SCH., Paris

Die Überprüfung der Wirtschaftslage Ugandas in der Beratungsgruppe der Gläubigerstaaten am Sitz der europäischen Weltbankniederlassung in *Paris verlief mit* gewissen Einschränkungen positiv. Es wurden noch keine *neuen* konkreten Kreditzusagen gemacht. Der Regierungsvertreter Ugandas hatte den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe für 1984 auf 430 und für 1985 auf 440 Millionen Dollar beziffert, was in westlichen Delegationskreisen als ziemlich hoch angesehen wurde. Demgegenüber erklärte der für Ostafrika zuständige Weltbankdirektor Jochen Kraske, der die Sitzung geleitet hatte, vor der *Presse, daß die Uganda-Hilfe entsprechend* den wirtschaftlichen Fortschritten des Landes gesteigert werden sollte. Der Entwicklungsminister Ugandas, Waligo, deutete an, daß er außer der öffentlichen Hilfe von den westlichen Handelsbanken 500 Millionen Dollar Kredite erwarte.

In dem Kommuniqué der Beratungsgruppe wird festgestellt, daß bei der Durchführung des derzeitigen *Wirtschaftsplanes Ugandas (1982 bis 1984)* Verzögerungen aufgetreten *sind, was sowohl auf eine* ungenügende ausländische Hilfe als auch auf die Schwäche der „Durchführungskapazitäten" (sprich: Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung Ugandas) zurückgeführt wird. Beanstandet werden außerdem *die unzureichenden* Sicherheitsverhältnisse in Uganda, die ausländischen Investitionen im Wege stehen. Allerdings haben sich unter dem Eindruck der Mitte 1981 *eingeleiteten drakonischen Sanie*rungspolitik die wirtschaftlichen Aussichten Ugandas verbessert, heißt es in einem Background-Papier der Weltbank. Trotz der seitdem erzielten Fortschritte liegt das Pro-Kopf-Einkommen Ugandas immer noch um ein Drittel unter dem von 1970.

BRASILIEN

Kreditbedarf für 1984 gedeckt

VWD, New York

Der Kreditbedarf Brasiliens im Ausland ist für 1984 mit Abschluß eines neuen umfassenden Kredit- und Umschuldungspakets für 1984 gedeckt. Diese Aussage machte der brasilianische Finanzminister Ernane Galveas nach der Unterzeichnung des Hilfsprogramms durch mehr als 700 ausländische Gläubigerbanken in New York. Galveas glaubt, daß der Kreditbedarf Brasiliens im kommenden Jahr erheblich reduziert werden kann, falls die binnen- und außenwirtschaftlichen Ziele erreicht werden. Brasilien hat im Rahmen des neuen Programms einen *6,5-Milliarden-Dollar-Kredit (18,2 Milliarden Mark)* sowie eine Umschuldung von über fünf Milliarden Dollar für die bis Ende des Jahres fälligen Verbindlichkeiten bekommen. Beide Kredite haben eine Laufzeit von neun Jahren bei fünf Freijahren. Die Verzinsung beträgt zwei Prozent über dem Londoner Interbank-Satz oder 1⅞ über der US Prime Rate. Zusätzlich sind Handels- und Bankkreditlinien in Höhe von zehn Milliarden bzw. sechs Milliarden Dollar beibehalten worden.

Der Neukredit von 6,5 Milliarden Dollar ist der größte Eurodollar-Kredit, der je vergeben wurde. Brasilien wird in den kommenden Wochen eine Anfangszahlung von drei Milliarden Dollar erhalten. Der Rest des Geldes wird in vier ungefähr gleichen Tranchen bis zum Jahresende ausgezahlt. Nach *Auszahlung des ersten Teils der* Gelder wird Brasilien alle überfälligen *Zins- und kommerziellen* Verpflichtungen decken und eine ausreichende Barposition für den Rest des Jahres halten können. Für den Neukredit zeichnete die New Yorker Morgan Guaranty Trust verantwortlich, während die Citibank bei der Umschuldung federführend war. Die Chase Manhattan Bank ist Koordinator für die Handelskreditlinien.

KREDIT- UND HANDELSBANK / Aktivitäten erweitert

Kundeneinlagen erhöht

PETER WEERTZ, Berlin

Die Deutsche Kredit- und Handelsbank AG, Berlin, hat 1983 ihre Aktivitäten im Kreditgeschäft ebenso wie im Wertpapierhandel erweitert. Mit Optimismus sehe sie daher in die Zukunft, sagte Vorstandsmitglied Jürgen J. Vollhardt bei der Erläuterung des Jahresergebnisses. Als maßvolles Wachstum bezeichnet das Kreditinstitut, an dem die Landesbank *Rheinland-Pfalz (Girozentrale) in* Mainz mit Mehrheit beteiligt ist, die Zunahme der Bilanzsumme 1983 um 10,3 Prozent auf 1,23 Mrd. DM.

Gleichzeitig stiegen die Kundeneinlagen um 15 auf 338 Mill. DM und die Bankeneinlagen um 6 auf 710 Mill. DM. Das Kreditvolumen nahm um 5,4 Prozent auf insgesamt 920 Mill. DM zu. Dabei lag das Schwergewicht der Kundenkredite, deren Bonität erfreulich gut sei, im kurz- und mittelfristigen Bereich. Von den *Kundenkrediten, die 565,78 Mill. DM* betrugen, ging etwa die Hälfte an Kunden im Bundesgebiet.

Wie im Vorjahr wurden nach Angaben des Kreditinstituts alle erkennbaren in- und ausländischen Kreditrisiken ausreichend berücksichtigt. Aufgrund des höheren Zinsüberschusses und der gestiegenen Provisionserträge verbleibt nach Steuern ein Jahresergebnis von 7 (Vorjahr 3) Mill. DM, das wieder eine Dividende von zehn Prozent auf das Aktienkapital von 13,7 Mill. DM ermöglicht. Darüber hinaus werden ein zusätzlicher Bonus sowie eine angemessene Dotierung der Rücklagen nicht ausgeschlossen. Der günstige Ertragstrend habe sich auch in diesem Jahr fortgesetzt. Als *„bewegliche Regionalbank* mit Privatbankstatus" wird das Institut besonders das individuelle Kundengeschäft pflegen.

SOWJETUNION / Moskau verschweigt wieder das Ergebnis der Getreideernte

Industrieproduktion stieg um vier Prozent

dpa, Moskau

Die Sowjetführung hat auch 1983 das Ergebnis der Getreideernte verschwiegen. In dem am Sonntag im Parteiorgan „Prawda" und in anderen Zeitungen veröffentlichten Bericht des statistischen Zentralamts der UdSSR über die Resultate des Planjahrs 1983 werden zwar die Ergebnisse der Zuckerrübenernte (82 Millionen Tonnen) und der Kartoffelernte (83 Millionen Tonnen), nicht aber das der Getreideernte genannt. Auch die Resultate der Getreideernten der Jahre 1981 und 1982 waren von Moskau nicht mitgeteilt worden.

In dem Bericht des statistischen Zentralamts heißt es, daß die in der *Landwirtschaft Beschäftigten im* vorigen Jahr einen Zuwachs der land*wirtschaftlichen Produktion erreicht* hätten. In diesem Zusammenhang werden Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln sowie Erzeugnisse der Tierhaltung genannt. Der Plan über den Verkauf von Getreide an den Staat sei vom „Großteil" der Unionsrepubliken, der autonomen Republiken und der Verwaltungskreise erfüllt worden. Westliche Beobachter sehen in dieser Formulierung einen möglichen Hinweis darauf, daß die UdSSR ihr für die Getreideernte 1983 gestecktes Ziel nicht erreicht hat. Ohne die Erwähnung von Futtergetreide wird in dem Bericht gesagt: „Die staatlichen Getreidevorräte sichern voll die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Broterzeugnissen."

Dieser Satz hatte auch im Bericht des Zentralamts über die Ergebnisse *des Planjahrs 1981* gestanden, in dem erstmals das Ergebnis der Getrei*deernte unerwähnt* geblieben war. Für 1981 hatte Moskau eine Getreideernte *von* 236 Millionen Tonnen angestrebt. Nach westlichen Schätzungen dürfte das Ergebnis aber unter 175 Millionen Tonnen gelegen haben.

Westliche Experten schätzen, daß in der UdSSR im letzten Jahr etwa 200 Millionen Tonnen Getreide eingefahren wurden.

Nach dem Bericht des statistischen Zentralamts ist die Industrieproduktion in der UdSSR im letzten Jahr gegenüber 1982 um vier Prozent (geplant: 3,2 Prozent) gewachsen. Die vorgesehene Steigerungsrate in der Schwerindustrie (3,1) Prozent) wurde mit 3,9 Prozent, die in der Konsumgüterindustrie (3,5 Prozent) mit 4,3 Prozent übertroffen.

Dagegen erreichte die UdSSR beim Nationaleinkommen das *Planziel* nicht. Es wuchs 1983 um 14,5 Milliarden Rubel *(plus 3,1 Prozent) auf 530* Milliarden Rubel. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie (Planansatz 2,9 Prozent) stieg um 3,5 Prozent.

ITALIEN / Stahlwerk Bagnoli geht in Betrieb

Keine Aussicht auf Gewinn

GÜNTER DEPAS, Mailand

Trotz der Weigerung der EG-Partner, Italien eine zusätzliche Stahlproduktionsquote von 1,2 Millionen Jahrestonnen einzuräumen, hat sich die italienische Regierung entschlossen, das staatliche Stahlwerk in Neapel-Bagnoli wieder anlaufen zu lassen. Die Inbetriebnahme ist für März/April vorgesehen. *Das* Werk Bagnoli hat eine Jahreskapazität von 1,9 Millionen Tonnen. *Davon können vor*erst nur 0,3 Millionen Tonnen ausgefahren werden, wozu der staatliche Stahlkonzern Finsider die Reservequote in Anspruch nehmen will, die Italien für seine Röhrenexporte in die Sowjetunion beansprucht. Die letzte Entscheidung darüber liegt bei der EG-Kommission. Eine weitere Produktionsquote von 550 000 Tonnen will Italien bei dem obersten Gerichtshof in Luxemburg einklagen. Auf ein Urteil ist in diesem Fall kurzfristig *aber nicht zu hoffen*, so daß vorerst ein höherer Nutzungsgrad *nicht zu erwarten ist*. Das Werk Bagnoli hat damit vom Start weg keine Aussicht, in absehbarer Zeit den Break-even-Point zu erreichen.

Der Sanierungsplan von Finsider selbst sah die Wiederinbetriebnahme des seit Ende 1982 geschlossenen und inzwischen vollständig modernisierten Werks nur unter der Voraussetzung vor, daß es der *italienischen* Regierung in Brüssel gelingen würde, *die ursprünglich ins Auge gefaßte* Zusatzquote von 1,2 Millionen Tonnen *durchzusetzen. Alle anderen* Lösungen werden den Finsider-Experten zufolge die Verluste *nur* erhöhen und die Chancen, bis Ende 1985 den Bilanzausgleich zu erzielen, noch weiter verschlechtern.

In italienischen Stahlkreisen herrscht in diesem Zusammenhang der Eindruck vor, daß die italienische Regierung mit einer Verlängerung der von der EG-Kommission zur Beendigung der staatlichen Stahlsubventionen gesetzten Frist rechnet. Erhärtet wird diese These auch durch die Pläne, das zur Schließung vorgesehene Werk in Genua-Cornigliano nur teilweise stillzulegen.

LUCIA STRICKWAREN / Ertragskraft bewahrt

Hohes Plus bei Aufträgen

JAN BRECH, Hamburg

Die Lucia Strickwarenfabrik AG, Lüneburg, hat ihre Ausnahmeerscheinung in der deutschen Textilindustrie hinsichtlich Ertragskraft und bilanzieller Stabilität auch im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) bewahrt. Bei einem Jahresüberschuß von 7,1 Mill. DM (minus 2,2 Prozent) verdiente Lucia 4,6 Prozent des Umsatzes. Das vom Vorstandsvorsitzenden Hans Pfohe gesteckte Ziel, langfristig eine Bruttorendite von 10 Prozent sicherzustellen, ist auch im Berichtsjahr erreicht worden. Aus dem Gewinn werden 2,2 Mill. DM an die Belegschaft gezahlt, 2,3 Mill. DM der Rücklage zugeführt und der Rest an die Familie Pfohe als Alleinaktionär ausgeschüttet.

Durch die Rücklagenzuführ erhöht sich das Lucia-Eigenkapital auf fast 55 Mill. DM und macht 75 Prozent der Bilanzsumme aus. Das Grundkapital von jetzt 24 Mill. DM dürfte in diesem Jahr noch um 1,8 bis 2 Mill. DM aufgestockt werden. Dies geschieht im Zuge der Eingliederung der Lecomte Strickwarenvertrieb GmbH & Co.KG, die aus Südeuropa und Fernost eine „Junge-Mode-Kollektion" einführt und im Kalenderjahr 1983 rund 54 Mill. DM umsetzte. Frau Lucia Pfohe wird die von ihr gehaltenen Lecomte-Anteile an die AG gegen Ausgabe neuer Aktien abgeben. Mit Lecomte wird ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Nach dem Umsatzrückgang von fast 11 Prozent im Geschäftsjahr 1981/82 hat Lucia im Berichtsjahr wieder ein Plus von 2,2 Prozent (153,1 Mill. DM) erreicht. Der Umsatzknick von 1981/82 wird nach Aussage von Pfohe in diesem Jahr völlig „ausgebügelt". Die Auftragsbestände für die Frühjahr/Sommer-Kollektion liegen bei Lucia im Inland um 5,9 Prozent, im Ausland um 9,5 Prozent über denen des Vorjahres. Bei Lecomte sind im Inland 38,9 Prozent und im Ausland 28,9 Prozent mehr Aufträge eingegangen. Auch ohne Preiserhöhungen erwartet Pfohe für die Gruppe in diesem Jahr ein Wachstum von gut 5 Prozent.

Im Berichtsjahr hatte der Gruppenumsatz rund 252 Mill. DM betragen. Hierin ist neben der AG und Lecomte die US-Tochter The Salem Company enthalten, die Pfohe 1976 gekauft hat. Sie steigerte 1983 den Umsatz um fast 14 Prozent auf 27 Mill. Dollar und den Gewinn von 0,8 auf 1,4 Mill. Dollar (0,5 Mill. Dollar davon flossen nach Lüneburg).

GSG-SIEDLUNGSWERK / Neue Banken-Vorschläge

Höhere Gesellschaftermittel

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Bei der in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geratenen Bauträgergesellschaft GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH des evangelischen Siedlungswerkes in Deutschland und der Leonberger Bausparkasse, Stuttgart, die mit rund 650 Mill. DM Verpflichtungen bei 38 Gläubigern in der Kreide steht, wurde jetzt von den Banken ein neuer Vorschlag zur Lösung der GSG-Krise gemacht. Der neue Vorschlag muß aber noch von allen Gläubiger-Banken abgesegnet werden. Danach wollen die Banken in eine Zinsminderung für vier Jahre einwilligen.

Außerdem sollen die Betriebsmittelkredite aus der Verwertung der noch im Bau befindlichen Objekte zurückgeführt werden. Ferner sollen sich die GSG-Gesellschafter, die Leonberger Bausparkasse AG sowie zwölf evangelische kirchliche Organisationen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland verpflichten, ihre Gesellschaftermittel von derzeit 55 Mill. DM auf 120 Mill. DM zu erhöhen. Das GSG-Stammkapital von 14 Mill. DM wird je zur Hälfte von der Leonberger Bausparkasse sowie von den zwölf kirchlichen Organisationen gehalten.

Günter Himstedt vom Vorstand der Allgemeine Rentenanstalt, Stuttgart, wurde für ein Jahr in den Vorstand der Leonberger Bausparkasse ausschließlich zur GSG-Sanierung berufen und als GSG-Aufsichtsrat bestellt. Der neue GSG-Geschäftsführer Dietrich Schroeder will das GSG-Geschäftsvolumen von derzeit 800 Mill. DM auf jährlich etwa 200 Mill. DM abschmelzen, sich aus dem Bauträgergeschäft zurückziehen und nur noch auf die Verwaltung der knapp 4000 GSG-Mietwohnungen in der gesamten Bundesrepublik konzentrieren.

NAMEN

Wolfgang Grimm (63), seit 30 Jahren im Luftverkehr tätig, davon die letzten 20 Jahre als Pressechef der Lufthansa-Tochter Condor-Flugdienst, scheidet am 31. Januar aus. Nachfolgerin wird **Monika Göbel**; sie war seit 14 Jahren stellvertretende Pressechefin der Condor.

Herbert C. Blank, ehemaliger Hauptgeschäftsführer der vormaligen Industrie- und Handelskammer zu Mönchengladbach, wird heute 75 Jahre.

Dr. **Herbert Ganske**, kaufmännisches Vorstandsmitglied der Kraftversorgung Rhein-Wied AG, Neuwied, vollendet am 1. Februar das 60. Lebensjahr.

Reinhard Bock, bisher Leiter des Verkaufsbereichs Deutschland mit Zuständigkeit für Passage und Fracht der Deutschen Lufthansa AG, geht als künftiger Direktor für Südamerika nach Rio de Janeiro. Sein Nachfolger wird **Dieter Vagt**, bisher Leiter der Lufthansa-Niederlassung in Hongkong.

Dr. **Reiner Kühn**, Dr. **Peter Speich** und **Wolfgang Ziemann** sind auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat der Ruhrchemie Aktiengesellschaft, Oberhausen, ausgeschieden. Als Nachfolger wurden Dr. **Dieter Cron**, Dr. **Martin Frühauf** und Dr. **Ernst Günter Fuchs** zu Aufsichtsratmitgliedern bestellt.

SÜSSWARENMESSE / International bei Angebot und Nachfrage – 788 Aussteller

Nur wenig Spielraum bei den Preisen

HEINZ HILDEBRANDT, Köln

Auf 42 000 Quadratmeter und damit auf einer gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegenen Ausstellungsfläche präsentieren sich auf der gegenwärtig in Köln stattfindenden Süßwarenmesse 788 Aussteller. Für die deutschen Hersteller, die mit 295 Ausstellern das größte Kontingent stellen, ist es selbstverständlich eine Chance, ihre Leistungsfähigkeit auf dem internationalen Markt aufzuzeigen, zumal nach einhelliger Meinung der Branche für sie Wachstumschancen fast ausschließlich nur noch im Export liegen. Der inzwischen errungene Platz eins auf dem Weltmarkt der Süßwaren ist nämlich durchaus keine Selbstverständlichkeit.

Das Angebot ausländischer Anbieter, die ihrerseits auf den deutschen Markt drängen, unterstreicht das. Mit insgesamt 492 Ausstellern aus 35 Ländern treten sie in Köln so stark auf wie nie zuvor. Die großen Erzeugernationen wie beispielsweise die Niederlande und Großbritannien, Frankreich und Italien sind mit Gemeinschaftsständen vertreten. Die Internationalität des Messeplatzes Köln unterstreichen auch die bereits avisierten Fachbesuchergruppen, die sich sogar aus Südamerika und Japan anmeldeten. Neben Vielfalt und Qualität der Angebote dominiert auf der diesjährigen Süßwarenmesse eindeutig die Frage nach dem Preis, wobei offensichtlich nur noch wenig Spielraum für Konzessionen bleibt.

Der Ratschlag von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle bei der Eröffnung lautete daher auch: „Nur wer beste Qualität anbietet, sorgfältig kalkuliert und auch mit unkonventionellen Ideen neue Absatzwege beschreitet, kann auf die Dauer erfolgreich sein".

Wachstum mit den Marken

Mit einem realen Umsatzzuwachs von 7 Prozent liegt die August Storck KG, Halle/Westf., Europas größter Bonbon-Hersteller, weiterhin gut im Rennen, wobei traditionell keine Umsatzzahlen genannt werden. Besondere Erfolge waren dabei die Umsatzsteigerungen bei Hustenbonbons, jedoch auch bei dem im oberen Preissegment liegenden Schokoladenangebot.

Im Ausbau dieses Bereichs im Gegensatz zu den Billigprodukten sieht Storck weiterhin Chancen, ebenso in der Verstärkung der Exportaktivitäten, die bereits jetzt einen Umsatzanteil von 20 Prozent erreichen. Für 1984 wird ein Wachstum von 10 Prozent erwartet.

Entwicklung fortgesetzt

Ungebrochenes Wachstum auf dem enger werdenden Tafelmarkt vermeldet die Schokoladenfabrik Alfred Ritter GmbH & Co KG, Waldenbuch/Württemberg. Der Umsatz stieg 1983 auf 311 (304) Mill. DM, das Produktkonzept der vor zehn Jahren eingeführten sogenannten bunten Palette der quadratischen Tafel, hat sich voll bewährt, wobei seit Jahresfrist die Kleinquadrate zusätzlich Umsatz erbringen. Die Rentabilität des Unternehmens spiegelt sich nicht nur in den 10 Mill. DM Investitionen des vergangenen Jahres wider, sondern auch in der selbstbewußten Äußerung von Geschäftsführer Hermann Ottmüller: „Wir sind keine Schuldner sondern nur Gläubiger bei den Banken".

Für 1984 wird eine Umsatzsteigerung auf 325 Mill. DM erwartet, nicht zuletzt durch weiteren Ausbau des Exports, der zur Zeit erst bei 6 Prozent liegt. Erwartet wird jedoch eine Preissteigerung um etwa 6 bis 7 Prozent, unvermeidlich in Folge der erhöhten Rohstoffpreise.

Konsolidierung trägt Früchte

H. HILDEBRANDT, Detmold

Der im Geschäftsbericht 1982/83 (30. 9.) ausgewiesene Umsatz der Sinalco AG, Detmold, in Höhe von 58 Mill. DM läßt sich zwar nicht mit dem des Rumpfgeschäftsjahres 1982 direkt vergleichen, hochgerechnet ergibt sich jedoch ein Umsatzplus von 4,1 Prozent. Die vom schweizerischen Mehrheitsaktionär eingeleitete Konsolidierung beginnt offensichtlich zu greifen.

So stieg der Umsatz der beiden Hauptprodukte Sinalco und Sinalco Cola seit dem Einsetzen neuer werblicher Maßnahmen im Frühjahr um 12 Prozent. Das Unternehmen ist hier allerdings nur Lieferant der Essenzen. Der Exportanteil der Sinalco AG liegt inzwischen bei 20 Prozent.

Im vergangenen Jahr wurden 1,3 Mill. DM zusätzlich zu den Abschreibungen investiert, vor allem im Marketingbereich. Hier liegt auch die Zielsetzung für die Zukunft, bei den gelben Zitrus-Getränken soll die derzeitige Marktposition Nummer drei um eine Stelle verbessert werden.

Hauptzielrichtung ist der Lebensmittelhandel, der laufend an Bedeutung gegenüber der Gastronomie gewinnt. Der mit 91,6 Prozent am Unternehmen beteiligten Sibra wurden gemäß Gewinnabführungsvertrag 0,51 Mill. DM überstellt, die noch verbliebenen Kleinaktionäre erhalten eine Dividende von 13 Prozent.

Eine positive Entwicklung verzeichnete auch die Muttergesellschaft Sibra Holding S. A., Fribourg. Sie erhöhte im gleichen Geschäftsjahr ihren Umsatz um 2,6 Prozent auf 358 (349) Mill. Franken, wobei vor allem alkoholfreie Getränke im Aufwind lagen, während Bier stagnierte und Wein sowie Spirituosen sogar rückläufig waren. Das finanziell sehr gesunde Unternehmen zahlt eine Dividende von 10 (9) Prozent auf das 60-Mill.-Franken-Grundkapital.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unions-Fonds gefragt

Frankfurt (AFP) – Das starke Kaufinteresse für die Fonds der Union Investment GmbH, Frankfurt, die von Volks- und Raiffeisenbanken sowie von in- und ausländischen Privatbanken getragen wird, hält weiter an. Im 4. Quartal 1983 betrug das Mittelaufkommen 63 (46) Mill. DM, im Gesamtjahr 1983 rund 48 Mill. DM gegenüber einem Minus von 190 Mill. DM in 1982. Die Wertsteigerungen reichen von plus 5,9 Prozent bei Unirenta bis plus 34 Prozent beim Unifonds, der nach wie vor zweitgrößter deutscher Aktienfonds ist.

DG-Bank wuchs kräftig

Frankfurt (dpa/VWD) – Über eine kräftige Expansion und eine deutliche Ergebnisverbesserung berichtet die DG-Bank, Frankfurt, in ihrem vorläufigen Jahresüberblick 1983. Im Konzern des Spitzeninstituts der Genossenschaftsbanken stiegen die Bilanzsumme um gut 12 Prozent auf über 78 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 13,5 Prozent auf mehr als 84 Mrd. DM. Das starke Wachstum führt der Vorstand auf das im Frühjahr 1983 aufgelegte Sonderkreditprogramm für den Mittelstand und die Belebung der Baufinanzierung im 1. Halbjahr zurück. Aus dem Gesamtergebnis 1983 soll neben der Dividende (Vorjahr 5 Prozent) und Dotierung der offenen Rücklagen ein gegenüber 1982 „beträchtlich erhöhter Betrag" für Risikovorsorge – insbesondere Länderrisiken – verwendet werden.

Gegenanträge

Essen (dpa/VWD) – Zur Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) am 23. Februar in Essen haben wieder einige Aktionäre Gegenanträge eingereicht. Sie zielen darauf ab, Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern, teilte das Unternehmen gestern mit. Als Begründung werden Kapitalvergeudung durch den Bau von Kernkraftwerken und umweltfeindliche Energiepolitik des Unternehmens genannt. In einem weiteren Antrag wird durch den Bau von Kernkraftwerken eine Gefährdung der Arbeitsplätze im Rheinischen Braunkohlenrevier und im Steinkohlenbergbau gesehen.

Noch im Verlustabbau

Düsseldorf (J. G.) – Zum siebten Mal nacheinander erhalten die Aktionäre der mehrheitlich in Familienbesitz befindlichen Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG (VDN), Schwerte, auch für 1982/83 (30. 9.) keine Dividende. Der Vorstand nennt im ersten Rückblick bei weiter gesunkenem Absatz einen Gruppenumsatz von 224 (222) Mill. DM mit noch 1174 (1260) Beschäftigten und einem um 7 Prozent auf 53,2 Mill. DM reduzierten Personalaufwand. Durch Rationalisierung habe man einen geringen Betriebsgewinn erzielt, der zusammen mit ao. Erträgen eine „leichte Verringerung" des AG-Verlustvortrages (2,1 Mill. DM) erlaube.

Contigas stabil

Düsseldorf (J. G.) – Um 2 Prozent auf 2,06 Mrd. DM ist bei der Holding Contigas Deutsche Energie-AG, Düsseldorf, im neunmonatigen Rumpfgeschäftsjahr 1983 (30. 9.) der (beteiligungsanteilig gerechnet) Gruppenumsatz gestiegen. Die Beteiligungserträge blieben mit 40,4 (41,2) Mill. DM fast stabil, obwohl die 1,2 Mill. DM aus der Beteiligung Lech-Elektrizitätswerke erst im Dezember 1983 vereinnahmt wurden. Seinen 9000 Aktionären kündigt das mit 50,3 Prozent von 140 Mill. DM AK der Bayernwerk AG gehörende Unternehmen für das Rumpfjahr eine „zeitanteilige Dividende" auf Vorjahresniveau (7,50 DM) an.

DWK / Direkte Endlagerung als additive Technik

Entscheidung im Sommer

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), Hannover, wird ihre Standortentscheidung für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage frühestens im Sommer dieses Jahres treffen. Nach den Worten Günther H. Scheutens, Vorstandsvorsitzender der DWK, gibt es zum jetzigen Zeitpunkt „keine Tatsachen, die gegen die Eignung des einen oder anderen Standortes sprechen könnten". Sowohl Wackersdorf/Oberpfalz als auch Dragahn/Landkreis Lüchow-Dannenberg erschienen „in jeder Beziehung als hervorragend geeignet".

Die DWK müsse jetzt die wichtigen standortbezogenen Ergebnisse aus den Genehmigungs- und Gutachterverfahren abwarten. Die atomrechtlich vorgeschriebene öffentliche Erörterung für den bayrischen Standort beginnt am 7. Februar; der Erörterungstermin für das niedersächsische Dragahn ist auf den 12. März festgesetzt worden.

Inzwischen habe die DWK Aufträge für ein kostenverbindliches Angebot und die Planung für das Hauptprozeßgebäude an das Planungskonsortium Uhde/Lurgi (Kosten: 91 Mill. DM) sowie an die Kraftwerk Union (25 Mill. DM) erteilt. Scheuten und DWK-Vorstandsmitglied Carsten Salander gehen davon aus, daß mit dem Bau des „Herzstücks der Anlage" frühestens 1986 begonnen werden kann.

Die DWK habe vor Jahresfrist eine eigene Kostenschätzung für diese Anlage vorgenommen. Danach dürfte die Anlage nicht teurer als 4 Mrd. DM werden. Zu diesem Preis, so Scheuten, könne die Wiederaufarbeitung wirtschaftlich betrieben werden. Ohne Zweifel sei die direkte Endlagerung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her gesehen günstiger. Dabei bliebe aber die Ressourcenschonung unberücksichtigt.

Sowohl die DWK wie ihre Gesellschafter, zwölf Elektroversorgungsunternehmen, würden bei bwägung aller relevanten Umständen zu dem Ergbnis kommen, daß eine sichere und zuverlässige Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke durch die zügige Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) am besten zu gewährleisten sei. So gesehen seien die Arbeiten zur Entwicklung einer Technik der direkten Endlagerung ausgedienter Brennelemente bis zur Anwendungs- und Genehmigungsreife zunächst additiv und nicht alternativ zu betrachten. Fest stehe allerdings, daß der finanzielle Rahmen für den Bau der WAA stimmen muß. Wo die „Leidensgrenze" der Gsellschafter genau liegt, lasse sich wegen der „diffizilen Kostenberechnung" nicht konkret fixieren.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1977 hat die DWK rund 1,3 Mrd. DM ausgegeben. für 1984 stehen Scheuten zufolge 430 Mill. DM zur Verfügung. Neben den Vorarbeiten für die WAA sind darin auch die Engagements für die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus und die anderen Entsorgungsprojekte enthalten.

Rheinische Hypo ist optimistisch

cd. Frankfurt

Eine optimistische Prognose für das Baufinanzierungsgeschäft in diesem Jahr gibt Horst Albig, Vorstandssprecher der Rheinischen Hypothekenbank. Die privaten Hypothekenbanken spüren allerdings eine zunehmende Konkurrenz der Geschäftsbanken, Sparkassen und Versicherungswirtschaft, die ihre Zinskalkulation nicht am Kapitalmarktzins orientieren müssen.

Die Rheinische Hypothekenbank hat 1983, wie Vorstandsmitglied Klaus Adlung in einem ersten Überblick sagte, ihre Position als größte private Hypothekenbank mit 25,6 (1982: 24,1) Mrd. DM Bilanzsumme weiter ausgebaut. Sie hat rund 2,5 (2,7) Mrd. DM neue Hypotheken zugesagt, zwei (1,6) Mrd. DM Kommunaldarlehen, darunter aber kein einziges echtes, und 1,5 (1,3) Mrd. DM zur Zinsneufestsetzung anstehende Darlehen prolongiert. Im Mengengeschäft erwiesen sich die 800 Geschäftsstellen der Mutter Commerzbank als aktive Stütze.

Seba setzt aufs Ausland

Wb. Boppard

Die Sebapharma GmbH & Co., Boppard, hat für 1984 ehrgeizige Pläne: Der Umsatz soll um 20 Prozent auf 84 Mill. DM ausgeweitet werden. Damit will die Gruppe ihr Wachstumstempo, das im Laufe der vergangenen zehn Jahre durchweg im zweistelligen Prozentbereich gehalten wurde, wieder steigern. Im vergangenen Jahr war der Umsatz um 13 Prozent auf 70 Mill. DM gestiegen.

Der Sprung in diesem Jahr soll wesentlich durch eine Ausweitung des Exports unterstützt werden, der 1983 bereits 15 Prozent vom Umsatz erreicht hatte. Tragender Produktbereich der Gruppe ist die seifenfreie Körperpflege, für die das Unternehmen sich einen deutschen Marktanteil von 60 Prozent ausrechnet, obwohl in diesen Markt „in den letzten Jahren große Wirtschaftsunternehmen mit einem Riesenaufwand an Werbung hineingestoßen sind". Neben der Körperpflege produziert das Unternehmen noch Tonika und einige Pharma-Spezialitäten.

Der Berufshandel stieg wieder aus

Viele Aktienkurse bröckelten ab und zogen erneut an

DW. – Große in- und ausländische Kaufaufträge ließen die deutschen Aktienkurse zu Beginn der Montagbörse steigen. Der Berufshandel versuchte, diesen Kursauftrieb zu nutzen, um sich zumindest von Teilen seiner großen Bestände mit Gewinn zu trennen. Da seine Abgaben aber den Umfang der Neuanschaffungen überstiegen und obendrein nach Erledigung der zu Beginn vorgelegenen Aufträge zunächst keine neuen Orders kamen, bröckelten viele Notierungen wieder ab, so daß die Tendenz im Verlauf – wie gehabt – uneinheitlich war. Auch Empfehlungen von Börseninformationsdiensten brachten keine kräftigeren Kurssteigerungen in diesen speziellen Werten.

Typisch für den Tageskursverlauf war die in den letzten Tagen bevorzugte BMW-Aktie, die nach anfänglich 447 DM (plus 2 DM) auf 444 DM abbröckelte und dann wieder auf 446 DM kam. Freundlicher auch VW, während Daimler-Benz und Mercedes-Holding eine kräftigere Kursdelle verkraften mußten. Im Verlauf gewannen Farben-Nachfolger bis 2 DM (Bayer). Unter den Elektrowerten wurden Siemens bevorzugt. Ruhig lag der Markt der Stromversorger, wobei Veba (plus knapp 1 DM) davon profitierten, daß der weitaus größte Teil der neu privatisierten Aktien „normal" außerhalb des 936-DM-Gesetzes untergebracht wurde.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten sich um 19 DM auf 670 DM, DAT verbesserten sich um 17 DM auf 380 DM, und Ravensberger Spinne zogen um 8,50 DM auf 178,50 DM an. Kromschröder sanken um 3 DM auf 187 DM und Stolberger Zink gaben um 15 DM auf 1060 DM nach.

Frankfurt: Die Börse bewegte sich auch am Anfang der neuen Woche auf einem absoluten Höchststand. Die Favoriten haben gewechselt, bevorzugt werden jetzt Rüstungswerte und Versicherungen gegenüber bisher Autoaktien und Farben. Industrie Karlsruhe stiegen um 14 DM auf 215 DM, Rheinmetall um 10 DM auf 330 DM, Kr.-Maffei um 80 DM auf 2080 DM.

Hamburg: Reichelt stiegen unter Schwankungen nach anfangs 128 DM bis auf 130 DM plus 3,50 DM und Beiersdorf wurden mit 369 DM plus 4,50 DM gehandelt. HEW gingen zu 109,50 bis 108,50 DM minus 0,50 DM und NWK-Vz. unverändert zu 179,50 DM um.

München: Agrob St. befestigten sich um 12,50 DM auf 319 DM, Audi NSU stiegen um 1,50 DM auf 274,50 DM, Dywidag konnten sich um 13,50 DM auf 210 DM verbessern, und Gehe AG zogen um 11 DM auf 258 DM an. Augsburger Kammgarn sanken um 3 DM auf 112 DM, und Grünzweig fielen um 3 DM auf 168 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin und Rheinmetall zogen um je 8 DM an. Concordia Chemie und Engelhardt wurden um je 5 DM höher taxiert. Herlitz Stämme konnten 4,50 DM, Herlitz Vorzüge und Orenstein je 4 DM, Kempinski 3 DM und Berthold 1,50 DM zulegen. Schering gaben um 4 DM nach.

Nachbörse: knapp behauptet

WELT-Aktienindex vom 30. 1.: 157,9 (158,0); WELT-Umsatzindex vom 30. 1.: 4825 (4910)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausland

Amsterdam

	30. 1.	27. 1.
ACF Holding	210	205
Aegon	142,8	139
Akzo	121,5	114
Alg. Bk. Nederl.	445	434,5
Amev	180	178,7
Amro Bank	82	80,5
Berkel's Patent	43,7	43
Bijenkorf	39	37,9
Lucas Bols	108	108
Bredero	220	217
Bührmann	75	71
Dessaux	75,5	75,5
Fokker	65,2	57
Gist Brocades	173	171
Océ-v. d. Grinten	265	265,5
Hogemeyer	56,4	56
Heineken Bierbr.	147,7	147
KLM	231	227,5
Kon. Hoogoven	40,8	40,6
Nationale Ned.	240,1	238,5
Ned. Lloyd Groep	126	124,6
van Ommeren	32,7	32,1
Pakhoed	76	74,8
Philips	47,3	47,2
Rijn-Schelde	4,90	4,75
Robeco	350	348
Rolinco	333,5	333,5
Royal Dutch	162,5	160,8
Slavenburgs Bk.	64,8	64,7
Unilever	277,5	274,5
Ver. Masch.	115,5	115,5
Volker Stevin	42,5	43
Westland Utr. Hyp.	138	138,5
Index: ANP/CBS	146,3	144,40

Wien

	30. 1.	27. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	214	213
Gösser-Brauerei	–	325
Länderbank Vz.	217	210
Österr. Brau AG	298	291
Perlmooser	329	327
Reininghaus	380	372
Schwechater Br.	159	156
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	157	157
Universale Hoch-Tief	204	207
Veitscher Magnesit	220	215
Index	55,66	55,63

Tokio

	30. 1.	27. 1.
Alps	2770	2720
Bank of Tokyo	340	346
Banyu Pharma	992	960
Bridgestone-Tire	582	600
Canon	1590	1550
Daikin Kogyo	398	386
Daiwa Sec.	483	484
Daiwa House	547	544
Eisai	1330	1290
Fuji Bank	679	680
Fuji Photo	2240	2280
Hitachi	881	882
Honda	1100	1120
Ikegai Iron	297	298
Kansai El. P.	1250	1280
Kao Soap	701	725
Kirin Brewery	568	560
Komatsu	515	513
Kubota Iron	330	327
Matsushita El. Ind.	1990	1910
Matsushita El. Wks.	705	710
Mitsubishi El.	433	430
Mitsubishi H. I.	252	252
Nikko Sec.	456	456
Nippon El.	1540	1450
Nippon St.	179	179
Nomura Sec.	769	755
Pioneer	3790	3450
Ricoh	1100	1100
Sankyo	680	695
Sanyo Electric	565	575
Sharp	1380	1330
Sony	4000	3690
Sumitomo Bank	773	740
Sumitomo Marine	290	295
Takeda Chem.	748	735
Teijin	394	384
Tokio Marine	533	545
Tokyo El. Power	1320	1310
Toray	419	418
Toyota Motor	1420	1410
Index	777,96	773,17

Kopenhagen

	30. 1.	27. 1.
Den Danske Bank	545	345
Jyske Bank	720	720
Kopenh. Handelsbk.	308	311
Novo Industri	2855	2875
Privatbanken	337	338
Ostasiat. Komp.	195	191
Dan. Sukkerfabr.	819	816
For. Bryggerier St.	1190	1200
Kgl. Porc. Fabr.	418	390

Zürich

	30. 1.	27. 1.
Alusuisse	925	920
dgl. NA	300	297
Bank Leu	4495	4470
Brown Boveri	1580	1565
Ciba Geigy Inh.	2220	2255
Ciba Geigy Part.	1820	1815
Elektr. Watt	2750	2730
Fischer Inh.	748	739
Globus Part.	559	560
H. La Roche 1/10	10500	10525
Holderbank	770	775
Jacobs Suchard Inh.	6675	6675
Italo-Suisse	167	167
Jelmoli	1895	1900
Landis Gyr	1550	1540
Mövenpick Inh.	3980	3950
Motor Columbus	785	785
Nestlé Inh.	4950	4980
Oerlikon-Bührle	1545	1550
Sandoz NA	2450	2470
Sandoz Inh.	7050	7275
Sandoz Part.	1115	1130
Saurer	187	185
Schw. Bankges.	3550	3540
Schw. Bankverein	341	338
Schw. Kredit	2535	2310
Schw. Rückv. Inh.	8175	8150
Schw. Volksb. Inh.	1540	1545
Sika -B-	2800	2800
Sulzer Partizip	295	295
Swissair	1050	1010
dgl. NA	880	865
Winterthur Inh.	3410	3400
Winterthur Part.	3140	3140
Zür. Vers. Inh.	18500	18350
Ind.: Schw. Kred.	318,70	317,70

Brüssel

	30. 1.	27. 1.
Arbed	1490	1460
Brux. Lambert	2705	2760
Cockerill Ougrée	219	214
Ebes	2475	2500
Gevaert	3100	3220
Kredietbank	7250	7200
Pétrofina	6900	6880
Soc. Gén. d. Belg.	1835	1850
Sofina	5650	5750
Solvay	4360	4310
UCB	5360	5520
Index	147,75	147,74

Singapur

	30. 1.	27. 1.
Cycle + Car.	5,65	5,65
Cold Storage	4,98	5,00
Dev. Bk. of Sing.	10,20	10,40
Fraser + Neave	6,80	6,80
Kl. Kepong	3,18	3,22
Mal. Banking	9,70	9,55
Nat. Iron	4,00	4,18
OCBC	11,50	11,70
Sime Darby	2,85	2,86
Singapur Land	5,45	–
Un. Overs. Bank	5,90	–

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1213,00	1428,31
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	672,60
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	184,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1059,00	1247,16
Maple Leaf	1059,00	1247,16
Platin Noble Man	1109,00	1304,16
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	977,00	1177,62
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	567,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Mit Befriedigung wurde am Markt der Rückgang der Geldmenge M1 um 2,7 Mrd. Dollar registriert. Die Bereitschaft zu Neuengagements war am 30. 1. jedoch angesichts der für morgen erwarteten Leading Indicators sowie der Routinesitzung des Open-Market-Committees in Amerika eher gering. Im Tagesverlauf gab der Dollar von 2,8180 auf 2,8141 zur Notiz nach. Zu diesem Kurs verkaufte die Bundesbank einen Betrag von 20,35 Mill. Dollar. Später wurde bei plötzlich hektischem Geschäft 2,8070 erreicht, zum Schluß jedoch wieder bei 2,8110 gehandelt. Wenig bewegt wurden die übrigen Währungen notiert, allerdings wies die schwedische Krone einen Rückgang um 9,5 Pfg. auf 34,395 auf. Dollar in: Amsterdam 3,1695; Brüssel 57,4925; Paris 8,6095; Mailand 1714,25; Wien 19,8440; Zürich 2,2427; Ir. Pfund/DM 3,093; Pfund/Dollar 1,4061; Pfund/DM 3,957.

Ostmarktkurs am 30. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Bundesanleihen

Weiter auf und ab am Rentenmarkt

An den Rentenmärkten blieb die Tendenz zum Wochenende wie schon in den vergangenen Tagen uneinheitlich. Bei ruhigen Umsätzen ergaben sich bei den öffentlichen Anleihen kleinere Kursabweichungen nach beiden Seiten zwischen minus 0,1 und plus 0,15 Prozentpunkten. Die Kaufneigung überwog. Gut behauptet tendierten DM-Auslandsanleihen. Am etwa gehaltenen Pfandbriefmarkt kamen leichte Änderungen nur zufallsbedingt zustande.

	30. 1.	27. 1.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	91,75G	91G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¼ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G

	30. 1.	27. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	89	89,25
8 dgl. 47	78bG	78bG
10 dgl. IS 46	–	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	99,25G	99,25G
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G

	30. 1.	27. 1.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77bG
7 dgl. Pf 100	99,6G	99,3bG
D 8 WestLB Pf 350	100,85G	100,85G
8½ dgl. Pf 403	98,55G	98,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,05G	105,05G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,65G	99,65G
6¾ dgl. KS 420	94,95G	94,95G

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		30. 1.	27. 1.
F 4 Abl. 5-	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbah 72	9/84	100,85	100,85
8¼ dgl. 6	9/84	100,85G	100,8
8 dgl. 78/II	11/84	99,7	99,85

Bankschuldverschreib.

	30. 1.	27. 1.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
5½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5	98,5
F 7½ Babnk Pf 104	99,95G	99,95G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 108	108G	108
7 dgl. KS 132	94,6G	94,6G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 188	102G	102G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Abschläge in allen Sichten mußten Kaffee und Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 1.	27. 1.
März	331,50	327,00
Mai	334,75	331,00
Juli	332,75	331,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	30. 1.	27. 1.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	249,90	250,90
Amber Durum	240,05	241,25

Roggen Winnipeg (can. $/t)

Kakao New York ($/t)	30. 1.	27. 1.
Terminkontr. März	2620	2660
Mai	2587	2625
Juli	2570	2605
Umsatz	–	–

Zucker New York (c/lb)	30. 1.	27. 1.
Kontrakt Nr. 11 März	7,53	7,41
Mai	7,81	7,70
Juli	8,16	8,03
Sept.	8,42	8,28

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Edelmetalle

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Qualität mit steigender Tendenz – Neues im Kinderprogramm des ZDF

Peppino verdrängt die Kuscheltiere

Ein Streifzug durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehredaktionen hat es offenbart: Die drohende Satellitenkonkurrenz hat die Macher landauf, landab aus ihren bequem gewordenen Sesseln hochgescheucht. Sie durchdenken ihre Programme neu und selbstkritisch.

Dabei stellen sie sich Fragen wie: Sind sie gehaltvoll, sind sie attraktiv genug, um sich gegen den schieren Kommerz durchsetzen zu können? Wo hat man allzufrei am Zuschauer vorbeigesendet, der sich mit penetranter Beharrlichkeit weigerte, „zum besseren Menschtum" verführt zu werden? Allenthalben werden ideologische Höhenflüge heruntergeschraubt, entstehen Sendungen näher am Bedürfnis des Menschen, so wie er ist. So auch in den Redaktionen des ZDF, die sich mit den Programmen für die jüngeren und jüngsten Zuschauer beschäftigen.

Im Zuge der Wegentwicklung von Sprechblasen- und Werbetextanalyse im Deutschunterricht hin zur phantastischen Literatur haben auch die Märchen einen neuen Stellenwert erobert. Die ARD hat sich die ungebrochene Lust und Fabulierfähigkeit der Tschechen für ihre Kinderproduktionen längst zunutze gemacht. Die Kinderredaktion im ZDF zieht nun mit der Koproduktion im slowakischen Bratislawa nach, um Märchen zu bebildern, die in neuen Gestalten verkörpert werden können, ohne daß die Parabel angetastet wird. Sie sollen nach und nach die lieblosen Pappmaché-Fassungen mit ihren ausgeleierten Dialogen ersetzen.

Krabbelig-Süßes und Trickreiches sind nicht wegzudenken aus dem Programm des ZDF, soviel die Pädagogen und Psychologen über Biene Maja und Co. stöhnen. Man kann nur auf den eingeübten Griff zum Abschaltknopf hoffen, wenn's den Kleinen allzu kuschelig kommt: mit den „Fraggles", die die „Muppets" ablösen, mit der neuen „Kuschelbär"-Serie, einer Literaturverfilmung mit reichlich Vogelgeflatter und Geschnatter, und mit „Alice im Wunderland" als unerschöpflichem Phantasiebrunnen per Trick frühestens zum Ende des Jahres.

Interessant für die anspruchsvollen Kleinen und ihre Eltern dürfte die fernöstliche Importware „Tau Tau" sein, die japanisches Know-how mit chinesischem Sinn für Nuancen verbindet. Mit „Peppino" kommt ein sozialengagiertes Genre als Spielserie an Dienstagnachmittagen zum Zuge, die das brisante Thema Gastarbeiter so aufbereitet, daß es weit über den Tag hinaus aktuell bleiben dürfte. Bei dieser Reihe handelt es sich um eine deutsch-schweizerische Kooperation von Mario Cortesi.

Jugendmagazine werden behutsam neu aufgebaut, darunter „Spielregeln", eine ausgezeichnete und wichtige Serie, in der Konfliktsituationen zwischen Jugendlichen und einer rechtlichen Norm geschildert, kommentiert und diskutiert werden. Die „Schlagzeilen" – Nachrichten für junge Leute – stimulieren eifersüchtige Senioren dazu, erbost beim Sender anzuklingeln, warum nicht auch für sie „so berichtet werden kann, daß ein normaler Mensch was versteht". Das ist nun nicht gerade ein Kompliment für unsere herkömmlichen Nachrichtensprecher.

„Schenk mir ein Buch" baut – wie die ARD „Schmöker-Lemmis" aus dem Vorjahr – eine Brücke vom Bildschirm zum Lesetext. Auch an der „Rappelkiste", Synonym für zehn Jahre Vorschulprogramm im ZDF, ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Aus den emanzipatorisch zeigefingernden Anfängen der ersten 17 Folgen, in denen Erwachsene und Kinder zumeist gegeneinander standen, ist eine behutsame Analyse des Kinderalltags geworden, scheint viel Solidarität auf: zwischen Kindern und Kindern („Das Haus von drüben"), aber auch zwischen Erwachsenen und Kindern, und sei's auch nur als „frommer Wunsch", als Denkansatz darüber, wie es in vielen Familien aussehen könnte.

Die „Bettkantengeschichten", eine neue Fortentwicklung der „Rappelkiste", sind prädestiniert für die Altersgruppe zwischen vier und acht. Die langsame Kameraführung spürt dem Geschehen „im Kleinen" so behutsam nach, daß auch dem jüngsten Zuschauer Zeit bleibt, jeden Handlungsschritt bewußt zu verfolgen. Optische Effekthascherei ist tabu, die Identifikation der Macher mit dem Blickwinkel der Kinder überzeugt. Filme wie der über die kleine Türkin „Serab ist fremd" lassen Kinder an der Erfahrung von Erwachsenen teilnehmen in einer Form, die sie nicht erdrückt und verschreckt, sondern stärkt und ermutigt. „Die Papierblume" bringt Kindern die Frage nach dem Sterben nahe, „Das Geständnis" zeigt Wege zwischen Recht und Unrecht auf.

Es dürfte schwer halten, dieses inzwischen meisterlich ausgefeilte Konzept mit seinen starken Bildern, die Nachdenklichkeit und Spannung vermitteln, zu übertreffen. Etwa mit dem neuen Projekt „Morgenschau", das sich der utopischen Frage annehmen will, wie die Welt für die Kleinen in Zukunft aussehen könnte.

INGRID ZAHN



Unterhaltung mit großem Nutzeffekt: Die deutsch-schweizerische Koproduktion „Peppino" bereitet das brisante Thema über Gastarbeiter so auf, daß es weit über den Tag hinaus aktuell bleibt. FOTO: DIE WELT

KRITIK

Lady Curzon wird gestrichen

Letzte Meldung: Eine große Handelskette mit 2700 Filialen in der Bundesrepublik verkauft ab 1. März 1984 keine Schildkrötensuppe mehr. Dieser Hinweis lief in der Reihe ***Globus – Importstopp für bedrohte Tiere*** im Ersten Programm am Sonntagnachmittag.

Moderator Alfred Thorwarth befaßte sich in dieser Sendung ausführlich mit dem Schutz der Meeresschildkröte und bezog sich dabei auf das Washingtoner Artenschutzabkommen und auf die seit dem 1. Januar dieses Jahres neue gesetzliche Regelung innerhalb der EG. Danach dürfen gefährdete Tierarten nicht mehr eingeführt werden. Naturschützer fürchten jedoch weiterhin den Import durch die Hintertür und fordern für die Bundesrepublik ein totales Importverbot!

Ernährungsminister Kiechle verwies darauf, daß ein generelles Importverbot für die gesamte EG besteht, und sieht es zu Recht als einen Fortschritt an, daß „wir diese Tierart jetzt schützen".

Thorwarth zweifelt den guten Willen des Ministers zwar nicht an, meint aber, daß sein Ministerium dieser Aufgabe nicht gewachsen sei. Für die Zeit seit dem 1. Januar 1984 bleibt er den Beweis für diese These allerdings schuldig. Nicht ohne Ironie die Einblendung, daß ausgerechnet in der Zoo-Gaststätte von Duisburg nach wie vor Schildkrötensuppe „Lady Curzon" auf der Speisekarte steht. Es dauere wohl noch eine Weile, bis die vorhandenen Mengen aufgebraucht seien, sagte der Zoo-Direktor. Was für die Suppe gilt, trifft auch auf Schildpatt zu. So die Aussage eines AOK-Vertreters, wonach es keineswegs erwiesen sei, daß nur Schildpatt-Material bei Brillengestellen gewisse Allergien vermeide.

Fazit: Es ist dringend erforderlich, diese Tierart zu schützen, um sie vor dem Aussterben zu bewahren. Wir vermißten allerdings in der Sendung das Gespräch vor Ort mit den zuständigen Behörden in den Fanggebieten.

SIEGFRIED IHLE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Souvenirs, Souvenirs
10.35 Die Rache des Herkules
12.00 Umschau
12.10 Die „Washington-Post"
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
Vorgesehen sind folgende Beiträge:
Milva – In einem Kurzporträt geht Renate Zilligen der Frage nach, inwieweit das Vamp-Image von Milva – die Schnulzen ebenso ernsthaft singt wie Opern – mit der Persönlichkeit Milva übereinstimmt / Allein leben – Ein Zimmer, eine Wohnung für sich allein! Allein leben als alternative Existenzform, als Weg zur Selbstfindung? Oder erkauft man sich mit diesem Entschluß neue Einsamkeit? Menschen unterschiedlicher Altersgruppen berichten über ihre Erfahrungen.

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

16.55 Spaß am Dienstag
Funkes Werkstatt
Fernsehserie (4)
Die Funkes – das sind Meister Ernst, seine Schwester und Chefin, der Geselle Heinz und das Lehrmädchen Gisela. Und Gisela ist es auch, die die Sache an diesem Tag ins Rollen bringt. Sie glaubt, ein Verbrechen beobachtet zu haben ...
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Monitor
Themen: Dioxin / Opposition in der Bundeswehr / Munitionstransporte in der Bundesrepublik / Paragraph 218 – Reform in Gefahr / Profis nach Sarajevo?
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Tödlicher Unfall
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein Liberaler in Deutschland
Nachgedachtes über Theodor Heuss
Film von Roman Brodmann zum 100. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Ein Reservat für bedrohte Pflanzen und Tiere
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Peppino
8teilige Serie nach Eveline Hasler
5. Die Freundin
Peppino versucht, nach Sizilien zu fliehen. Salvatore, der Freund seiner Familie, entdeckt den Ausreißer im Zug. Natürlich muß Peppino wieder zu seinen Eltern zurückkehren, aber Salvatore sorgt dafür, daß niemand etwas von der Flucht erfährt. In Moni findet Peppino doch noch eine Freundin. Sie zeigt ihm das Versteck der Bande der „Black Cats".
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Pop-Gruppe Schariwari
17.50 Waldheimat
5. Wie das Zicklein starb
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Der Schatz im Haus
Komödie von Claude Desailly
Aus dem Französischen von Maria Frey
Mit Katerina Jakob, Sigfrid Steiner u. a.
Regie: Oswald Döpke
Die Colin-Minets leben in einem Landhaus in einer provenzalischen Kleinstadt. Sie geben sich feiner als es ihr Geldbeutel erlaubt. Das naive Dienstmädchen Antoinette, die als einzige in diesem Haus arbeitet, muß die Wichtigtuerei des Vaters, die Schikanen der Mutter, die Arroganz der Tochter und die Allüren des Sohnes ertragen ...
21.05 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
Vor Ort: „Grüne Woche – Berlin" / Glosse: „Aufgeblasene Kaffeebohnen – aufgeblasene Preise? / Tip: Vorsicht bei Kreditvermittlern / Wirbel um Bankauskünfte – Freibrief für Kreditwirtschaft?
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Das tödliche Patt
Letzter Teil des TV-Films von G. Seymour
23.20 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Vor 175 Jahren geboren: Felix Mendelssohn-Bartholdy
21.00 Formel Eins
21.45 Schuld und Sühne – oder Heilung
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
Zwischen Widerstand und Ratlosigkeit
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Haste Töne
20.00 Tagesschau
20.15 Atelierbesuch
21.15 Der Prinzregent (5)
22.05 Ich seh etwas – und vieles nicht (2)
22.50 Letzte Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Hotel Sacher
Dt. Spielfilm, 1939
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Die Welt in der Provinz
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Kultur-Kalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Lubitsch-Reihe: Engel
Amerik. Spielfilm, 1937
22.45 Avanti! Avanti! (16)

BAYERN

19.00 Buck Rogers
Amerik. Filmserial, 1936
19.20 Kleine Residenz
Dt. Spielfilm, 1942
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 „... verschweigen aber heißt nicht eine Vergangenheit bewältigen"
Zum 100. Geb. von Theodor Heuss
22.20 Im Gespräch
23.05 Rundschau

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Paradies im Park

-wlg.- Es gibt in Genf seit je eine (wahrscheinlich unzulässige) Parkmission. Da lungern Einsamlinge melancholisch abweisenden Gesichts auf Parkbänken. Und da Genf viele sehr schöne Parks für die Öffentlichkeit hegt und pflegt, besteht da eine gewisse Verlockung. Viele erliegen ihr.

Zählt man selber dazu, kann's einem passieren, daß sich, wie zufällig sozusagen, ein anderer Spaziergänger zu einem gesellt, eine ältere Dame oder ein älterer Herr, natürlich seriös wirkend. Betont unaufdringlich spinnt sich da ein Gespräch an. Und nun zeigt es sich: Der zufällige Partner ist gar nicht so zufällig. Er erweist sich schließlich als ein Missionar der Heilsarmee, der sich auf Seelenjagd nach Verlorenen und Vergrämten befindet. Das endet dann mit einer höflichen Einladung ins Missionshaus.

Im Laufe der Jahre haben sich nun auch noch andere Organisationen, Sekten zumal, dazugefunden. Auch esoterische Zentren, die auf ihre Art fernöstliche Traditionen praktizieren und neue Schüler werben. Man kennt das.

Was mir aber jetzt zum ersten Mal begegnete, war ein Missionar des Islam. Ein schwarzgekleideter Herr von noblen Manieren (mit steifem Hut) setzte sich zu mir und verwikkelte mich in ein Gespräch über den erstaunlichen Aufschwung des Islam in dieser Zeit.

Ich ließ mich willig belehren. Der Herr sprach ebenso vollendet Deutsch wie Französisch, auch des Englischen schien er mächtig. Was er zu sagen wußte, klang höchst anspruchsvoll. So bemerkte er unter anderem, „die Dichte des Paradieses sei unermeßlich"; und auf meine Frage, wo denn das Paradies zu vermuten sei: „im Schatten der Schwerter", mit der Versicherung, so lehre es der Koran.

Zum Abschied reichte er mir dann noch seine Karte. Er bezeichnete sich darauf ganz ungeniert als „Marabout voyant", also als ein „reisender Heiliger".

Von den Schwierigkeiten der Deutschen mit Denkmälern (II): Die „DDR"

Ein Lenin vom Schrottplatz

Die Schwierigkeiten, die den freien Teil Deutschlands beim Errichten von Denkmälern plagen, scheint die „DDR" nicht zu kennen. Dort herrscht eine ungebrochene Denkmalskonjunktur. Insbesondere Ost-Berlin erwartet in den nächsten Jahren zwei große Anlagen. Im Stadtzentrum neben dem „Palast der Republik" entsteht das monumentale „Marx-Engels-Forum", in dessen Mittelpunkt in doppelter Lebensgröße Engels neben einem sitzenden Marx stehen wird. 1985 soll das fertig sein. Und ein Jahr später wird in Prenzlauer Berg der „Ernst-Thälmann-Park" mit seinem 13 Meter hohen und elf Meter breiten Thälmann-Denkmal eingeweiht werden. Denn Denkmäler haben in der „DDR", wie es im Statut für die „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten" u. a. heißt, „die Rolle der KPD als stärkste und führende Kraft im Kampf gegen das verbrecherische Naziregime" und „die historische Rolle der DDR darzustellen und zu erläutern".

Diese Aufgabe wurde – noch bevor sie 1961 höchst offiziell formuliert worden war – gleich nach Kriegsende in Angriff genommen. Bereits am 3. Juli 1945 erhielt Eisleben ein Lenin-Denkmal. Es war eine Statue, die der sowjetische Bildhauer Maniser 1924 für Puschkino geschaffen hatte. Im Krieg kam sie als Beute zum Einschmelzen nach Eisleben. Aber: „Deutsche Antifaschisten verhinderten gemeinsam mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern unter Lebensgefahr die Verschrottung." So lautet die offizielle Version. Und darum wurde das Denkmal auch den Eislebenern von der UdSSR geschenkt, die 1960 als Gegengeschenk einen „Ernst Thälmann" nach Puschkino schickten.

Auch sonst war man in der Anfangsphase auf sowjetische Hilfslieferungen beim Errichten von Denkmälern angewiesen. Man stellte nämlich einfach Panzer oder Kanonen auf hohe Sockel und erklärte sie zu „Denkmälern der Befreiung". Dem folgte dann die Phase der monumentalen Anlagen. 1949 wurde nach zweijähriger Bauzeit das „Sowjetische Ehrenmal" in Berlin-Treptow mit der 12,80 Meter hohen Bronzefigur eines Sowjetsoldaten von Wutschetitsch (der dann später die von der SU der UNO geschenkte Plastik „Schwerter zu Pflugscharen" schuf) eingeweiht. Ähnliche Denkmäler, wenngleich eine Nummer kleiner, entstanden auch in West-Berlin, Wien oder anderen von den Sowjets „befreiten" Städten.

Daß alle wichtigen Denkmäler nur sowjetischen Künstlern anzuvertrauen seien, gilt praktisch bis heute. An die in Sachsenhausen ermordeten 18 000 sowjetischen Kriegsgefangenen erinnert die Gruppe „Stärker als der Tod" von Fjodor Fijewski, der überdimensionierte Lenin auf dem Ostberliner Lenin-Platz stammt von Nikolai Tomski, der Sowjetsoldat auf den Seelower Höhen oder der Marx-Kopf in Karl-Marx-Stadt von Lew Kerbel, der nun auch das Berliner Thälmann-Denkmal errichten darf.

Man hielt sich bei allen diesen Anlagen, die durch ihre Größe zu beeindrucken trachten, an das Sowjet-Dekret von 1918 „Über die Denkmäler der Republik" und Lenins Weisungen über die „Monumentalpropaganda". Allerdings blieb das meiste damals in den Anfängen stecken. Selbst das Moskauer Marx-Denkmal, 1920 begonnen, wurde erst 1961 unter Chruschtschow von Lew Kerbel vollendet. Dazwischen lag die Zeit der Stalin-Denkmäler, die im ganzen sowjetischen Machtbereich aus dem Boden sprossen. Dem größten, der riesigen Statue auf dem Prager Letna, war allerdings auch die kürzeste Lebensdauer beschieden. Es stand nur wenige Monate und verschwand wie die Statuen in der „DDR" sozusagen über Nacht. Nur in Budapest wurde das Stalin-Denkmal beim Ungarischen Aufstand regelrecht gestürzt.

Erst in den fünfziger Jahren begann man in der „DDR" Gedenkstätten und Denkmäler in den ehemaligen Konzentrationslagern aufzubauen. Der Grund für diese Verzögerung war sehr einfach: Buchenwald und Sachsenhausen waren unter sowjetischer Besatzung noch bis 1950 als „Internierungslager" genutzt worden. 1952 beginnt Fritz Cremer mit dem Buchenwald-Denkmal, aber erst 1958 ist es vollendet. Zuvor waren zwei Entwürfe verworfen worden, weil Cremer – so Wilhelm Girnus – „in den ideenlosen Sumpf des schamhaft mit hysterisch-expressionistischen Zügen verdeckten Naturalismus geraten" sei und nur das „Unmenschliche in Lumpenkleidung" zeige.

Gefordert waren aber nicht Trauer, sondern „eine aktive Einstellung zum Leben" und der „Wille, die Welt zu verändern". Mit dieser Auffassung unterscheide sich die „DDR" „entschieden von Denkmalsgestaltungen im Westen unseres Vaterlandes", wird 1961 in dem Buch „Denkmäler" festgestellt. „Als Beispiel betrachte man das Hamburger Totenmal für die Bombenopfer von Gerhard Marcks. Wohl atmet es tiefe Trauer, sonst aber nur Auswegslosigkeit und passive Ergebung. Für uns aber ist es nicht anders denkbar, als mit einem solchen Mal leidenschaftlichen Ausdruck der Mahnung zu verbinden und die Kraft zu wecken, die allein ein neues Völkermorden verhindern kann."

Dementsprechend schwelgen die Denkmäler in der „DDR" in heroischen Posen und pathetischen Gesten. Gleichgültig ob Lenin, Liebknecht oder ein unbekannter Antifaschist, eine Hand muß immer programmatisch schwörend und beschwörend gen Himmel gereckt sein. Dabei herrscht die Ganzfigur vor. Abstraktion ist weitestgehend verpönt. Selbst Mies van der Rohes traditionsbeladenes abstraktes Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde wurde – nicht rekonstruiert, sondern neu gestaltet. Denn 1951 galt die Bauhaustradition noch als „formalistisch" und darum nicht dem Sozialismus gemäß.

Allenfalls Ansätze einer Abkehr vom simplen Realismus zeigen sich in dem Monument „Flamme der Revolution" in Halle, einer Fahne aus Betonfertigteilen, die rot angemalt wurde, oder im „Monument der revolutionären Arbeiterbewegung" am Hallischen Thälmannplatz, vier gebündelten Fäusten aus Steinquadern, auf denen Jahreszahlen bedeutender Ereignisse stehen.

Da in der „DDR" die Regel gilt, daß „Marx, Engels, Lenin den Großstädten vorbehalten sein" sollen, müssen sich die kleineren Orte mit lokalen Größen und lokalen Ereignissen – und meist auch minoren lokalen Künstlern – begnügen. Doch die Denkmal- und Gedenktafelflut beeinträchtigt das nicht. Allein 590 engbedruckte Seiten umfaßt ein Band mit den antifaschistischen und sozialistischen „Gedenkstätten" in der „DDR". Nicht erfaßt sind dabei die Rückgriffe auf das 19. Jahrhundert, die Rehabilitierung der Denkmäler preußischer Generale aus dem Befreiungskrieg oder das Denkmal Friedrichs II. von Rauch, die alle nach und nach Unter die Linden zurückkehren durften.

Auch Schinkels „Neue Wache" neben dem Zeughaus darf als „Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus" den neuen Herren in Ost-Berlin als Anlaß für ein den preußischen Militärtraditionen abgeschautes tägliches Zeremoniell des Wachwechsels dienen. Denn Denkmäler in der „DDR" sollen nicht nur Orte des Gedenkens sein: sondern Stätten des Bekenntnisses und Versammlungsplätze, auf denen immer und immer wieder die Forderung nach dem „Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab" erhoben wird.

PETER DITTMAR



Mit sowjetischer Hilfe errichtet: Das Berliner Lenindenkmal von Nikolai Tomski FOTO: DIE WELT

D. Schmids Film „Worte kommen meist zu spät"

Liebe im Wüstenwind

Am Anfang und am Ende fragt der Mann die Frau: „Woran denkst du?" Und beide Male lautet die entwaffnende Antwort: „An nichts!" Das ist keine Ausrede, etwa weil sie die Wahrheit nicht sagen möchte. Das ist wohl die schonungslose Wahrheit, die die Leidenschaft des Mannes zu Raserei treibt. Der Gegenstand von Liebe nicht mehr als eine Leere im Gehirn? Unvorstellbar!

Daniel Schmids neuer Film „Worte kommen meist zu spät" gilt großen Gefühlen. Kommmen sie wieder in Mode? So, wie der Schweizer Regisseur sie vorstellt, haben sie alle Chancen dazu. Keine Sentimentalität, keine aufgeblasene Metaphysik. Aber dennoch Dunkelheit, Unbegreifliches, Selbstzerstörung. Ein junger französischer Diplomat begegnet in Nordafrika einer verheirateten Frau. Ihr Mann hat sich aus zunächst kaum einsichtigen Gründen nach Sibirien versetzen lassen. Aus der verzehrenden Hitze in die gnadenlose Kälte. Wenig später begreift man das. Die betörend schöne Frau (Lauren Hutton) macht, daß den Männer der Verstand stehen bleibt; der afrikanische Mythos entwurzelt den Europäer auf quälend unverständliche Weise.

Der Mann (Bernard Giraudeau) versinkt ja nicht nur in den Abgründen seines Gefühls. Für ihn wird die Frau, deren er sich nie gewiß ist, zu einer Fata morgana in Nordafrikas Wüste. Er rennt durch nächtliche Gassen, durch Kaffeehäuser, Bordelle, Badestuben, Bars und Bazare. Er begegnet Märchenerzählern, Schlangenbeschwörern, Tänzern. Er schaut in schwarze Kinderaugen und wird in die Sackgassen nicht nur seiner Gefühle gelockt.

Und dann plötzlich ist die Frau wieder da. In der Badewanne. Die reine Unschuld. Nichts kann geschehen sein. Und den Rasenden überfällt das Begehren wie ein Malaria-Anfall. Doch schon ist der Augenblick wieder vorüber. Die Frau verschwindet. In die Arme eines anderen? In irgendwelche unaussprechlichen Laster? Man weiß es nie. Und der Mann weiß es noch viel weniger. Gelegentlich sieht er sie einen Augenblick in der Menge. Mit Afrikanern. Die Kinder raunen ihr Dinge zu, die der Mann nicht versteht. Geheimnisse? Banalitäten? Wer weiß das schon so genau?

Daniel Schmid spielt mit der Phantasie seiner Zuschauer. Er jagt sie immer wieder in blinde Spielgel. In Fallen. Ebenso wie der Mann im Film nicht weiß, ob er einer Fiktion folgt, weiß es auch der Zuschauer nicht. Kann ein „Nichts" mit soviel Aufwand betrieben werden? Das mag man nicht glauben. Und rast wie der Liebende den Fiktionen hinterher. Bis nach Sibirien, wo der erste Mann jener Hexe seine Träume in russischem Wodka ertränkt.

Daniel Schmids Bild-Argumente sind einleuchtend. Dunkelheiten, satte Farben, Pastelltöne, Verfärbungen wie alte Fotos. Und Afrikas pralle Exotik. Leuchtender, berauschender Vordergrund. Und dahinter? Das ist Schmids überzeugendste Waffe: Die Leere, das Nichts, der reine Augenblick - das ist uns unerträglich. Es muß doch Bedeutungen geben, Vergangenheiten, Zukunften. Man muß doch als Mensch eine Rolle spielen! Und um so widerstandsloser fällt man der Leere anheim. Woran hast du gedacht? An nichts.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Berlin: Thomas Bernhards „Der Schein trügt"

Tiraden in der Totale

Berlin klappt nach. Eine Woche, nachdem Bochum die Uraufführung von Thomas Bernhards „Der Schein trügt" (s. WELT vom 23. 1.) getätigt hatte, zieht das Schiller-Theater hinterher. Hier wäre man schon früher premierenbereit gewesen. Bochum aber hatte Ladehemmungen und mußte seine Uraufführung verlegen. Darauf mußte auch Boy Gobert in Berlin an sich halten und warten, bis Claus Peymann in Bochum schußfertig geworden war. So streng sind heute die Vertragsbräuche. Berlin sollte in der Hinterhand bleiben.

Bernhard Minetti, eigentlich doch ein Schmuck und Stolz der Staatsbühnen an der Spree, weiß man, ist der Lieblingsschauspieler von Thomas Bernhard. Ihm hat er mehrere Stücke gewidmet, eines hat er sogar deutlich im Titel („Minetti") nach ihm benannt. Auch in diesem kommt Minettis Name expressis verbis namentlich vor. Als sein Name jetzt in der Berliner Aufführung bezugsreich erklang, gab es kleinen, eher klammen Beifall im Schiller-Theater, wo ja Minetti eigentlich zu Hause ist.

Zeigte sich hier, wie abhängig inzwischen der Autor aus Österreich mit seinen kunst-krünkelhaften Komödien vom traurigen Band von dem Schauspieler Minetti geworden ist.

Erich Schellow spielt Minetti in Berlin die redereiche Rolle nach. Sein Mut ist bedeutend. Aber er ist natürlich bei weitem nicht so eingefuchst auf die Wortkomik Bernhards. Er spielt seine Rolle des einen der beiden fragwürdigen Kunst-Brüder, die den langen Text abspulen müssen, viel weniger besserwisserisch, viel weniger erprobt locker. Erich Schellow versucht, den tristen Tiraden einer bockigen Verranntheit sozusagen auf preußisch beizukommen.

Er legt seinen Sprachton eher befehlshaberisch an. Er bellt seine Sätze. Er ist unwirsch wie ein rüstiger Feldwebel auf einem musischen Kasernenhof. Er schwelgt in Rechthaberei. Er schwitzt Unfreundlichkeit aus, aber dann wieder nicht so souverän, daß sie, wie sie sollte, tragi-komisch klänge.

Hier triumphiert sein Gegenpart: Horst Bollmann. Er ist ein akkreditierter Komiker. Er bleibt komisch, auch wenn er seine komischen Möglichkeiten und Meriten sozusagen diskret bremst. Das tat er mit Kalkül und kollegialer Rücksicht. Trotzdem beherrscht eigentlich jetzt er den repetetiven Text. Bollmann steht am Ende des ausführlichen Kunst-Diskurses unter zwei Kunstfiguren über die (wie bei Bernhard immer) Fragwürdigkeit aller Kunsthervorbringung siegreicher da. Hier kippt die Komädie in Richtung des Komödianten.

Boy Gobert hat sich ein imposantes und einfallsreiches Bühnenbild von Hans Schavernoch für seine Inszenierung bauen lassen. Die Bühne ist ein sozusagen ständig variabler Wechselrahmen. Fast filmisch ist jeweils der Blickausschnitt verändert in Totale, Halbtotale oder Nahaufnahme. Das hilft der vom Autor intendierten Monotonie hübsch auf die Beine und umgeht sie zugleich.

Dadurch wird auch die Altersmelancholie in diesem Bruderkampf zwischen zwei mürrischen Halbbrüdern am Ende hübsch verdeutlicht. Sonst aber bleibt der Eindruck von Bernhards komischer Greisentragödie in der Berliner Fassung eher lasch und nur partiell interessierend.

Bernhard, dieser Wirkungsperfektionist und gleichzeitig rabiate Anfechter und Verächter aller hohen Kunstfertigkeit, – er kann nur total perfekt gespielt werden. Die Aufnahme war eher läßlich. Gobert auf dem zweiten Platz, immerhin ehrenvoll.

FRIEDRICH LUFT

Wortebeller auf preußisch: Erich Schellow in Thomas Bernhards „Der Schein trügt", aus der Inszenierung von Boy Gobert FOTO: HEUER

Salzburger Mozart-Wochen setzen aufs Bewährte

Kühler Blick auf Klänge

Die Konzerte sind durchwegs ausverkauft, die Preise angemessen stolz, von der Krise, die andere Lebensbereiche bereits befallen hat, ist noch nichts auszumachen. Schließlich gilt es ja auch dem Genius loci mehr als eine Woche lang zu huldigen, und da präsentiert sich Salzburg schon weit freundlicher und offener als während des Sommers.

Die Konfrontation mit Mozart wird auf behutsamen wie bewährten Wegen gesucht. Ohne viel Wagnis, Schock oder Mut zu alternativen Programm- und Präsentationsformen. Reizfaktoren, wie sie vor Jahren Nicolaus Harnoncourt mit seinem radikalen Mozart-Bild oder Maurizio Pollini als Symphonie-Dirigent darstellten, bleiben diesmal ausgespart. Da hatte sich lieber allzeit Bewährtes erneut zu bewähren und die ortsansässigen Musikergemeinschaften den Vergleich auszuhalten. Das wenigstens erzeugte Reibung.

Im Kleinen Festspielhaus versuchte sich das Salzburger Landestheater mit einer Produktion von „La Clemenza di Tito" nach der Decke zu strecken. Am einst bedenkenswerten und von den Wiener Festwochen 1976 bekannten Inszenierungskonzept des nunmehrigen Landestheaterintendanten Federik Mirdita nagte der Zahn der Zeit: ein altrömisch stilisierter Rahmen hält Gefühls- und Machtstrukturen auf leidiger Distanz. Ralf Weikert, der im Sommer als Chef des Mozarteum-Orchesters abtritt und erster Mann an der Züricher Oper wird, ist mit kühlem Blick auf der Jagd nach einem versachlichten Mozart-Bild. Werner Hollweg (Tito) folgt ihm angestrengt, seine Partner, Celestina Casapietra als Vitellia und Daphne Evangelatos als Sesto, überrunden ihn nicht an Ausdruckskraft, doch an sanglicher Zuverlässigkeit.

Das enorme Konzertangebot setzte mit einer konzertanten Aufführung des Dramma giocoso „Il curioso indiscreto" des Mozart-Zeitgenossen Pasquale Anfossi ein, die in aller Langatmigkeit, auch anhand der Mozart-Einlagearien, zeigen sollte, warum dieser und nicht jener als großer Komponist in die Geschichte eingegangen ist. Der exotischen Flecken im Gesamtprogramm, die jedoch ein Grau-in-grau-Bild der momentanen Mozart-Sicht nicht aufhellen konnten, gab es mehrere: das alljährliche Auftragswerk der Stiftung Mozarteum lieferte diesmal Petr Eben mit einem „Prager Nocturne für Orchester". Oder von der „Pariser Symphonie" des Lokalmatadors war zusätzlich auch das Andante der Erstfassung zu hören.

Versucht man nun Bilanz zu ziehen, fällt vor allem das Fehlen einer glaubhaften Linie im Mozart-Spiel auf, wobei von spezifischen Problemen der Interpretation noch gar nicht die Rede sein kann. Das reichlich beschäftigte Mozarteum-Orchester darf insofern Hoffnung schöpfen, als ihm mit dem jungen Österreicher Hans Graf im kommenden Herbst ein neuer Chefdirigent vorgesetzt wird.

Die allgemeine Dirigenten-Misere im Mozart-Fach hat aber bereits auch die Wiener Philharmoniker erfaßt. Mit dem hemdsärmeligen Leopold Hager oder dem total verunsicherten Adam Fischer zeichnete sich keine Lösung ab. Sie blieb einem ruhig und übersichtlich disponierenden Leonard Bernstein vorbehalten, der den „Wienern" bei der g-Moll- und der Jupiter-Symphonie eine Idealbalance von Klangschönheit und konstruktivistischer Schwerkraft entlockte. Das entsprach jenem international gefragten Festniveau, das sonst nur noch das junge Düsseldorfer Cherubini-Quartett und das Concertgebouw-Orchester Amsterdam unter Bernard Haitink erreichte.

WALTER GÜRTELSCHMIED

MUSIKKALENDER

3. **Frankfurt**, Opernhaus; Donizetti: „Don Pasquale" (ML.: Peter Hirsch, R.: Renate Ackermann, B.: Guy-Claude François)
4. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Benatzky: „Im Weißen Rössl" (ML.: Heinz-Otto Behr, R.: Rolf Stahl, B.: Heinz Hauser)
5. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Verdi: Ein Maskenball (ML.: Anton Guadagno, R.: Luca Ronconi, B.: Uberto Bertacca)
   Hannover, Wolfgang Rihm: 1. Sinfonie (U) / Ulrich Leyendekker: Klavierkonzert Nr. 1 (U) (ML.: George Alexander Albrecht, S.: Raymund Havenith, Klavier)
6. **Frankfurt**, Theater am Turm: Soundcheck 1899–1984 (bis 26. 1.) mit Uraufführungen von Chris Newman, Walter Zimmermann, Frederik Rzewski, John McGuire, Helmut Knop, Frieder Butzmann, Thomas Kapielski u. a.
8. **Zürich**, Tonhalle; Verdi: „Giovanna d'Arco" (konzertant, ML.: Nello Santi)
10. **Berlin**, Deutsche Oper; Beethoven: „Fidelio" (ML.: Daniel Barenboim, R. u. B.: Jean-Pierre Ponnelle)
11. **Hagen**, Stadttheater; Goetz: „Der Widerspenstigen Zähmung" (ML.: Martin Fischer-Dieskau, R.: Manfred Schnabel)
14. **Bremen**, Theater am Goetheplatz; Cimarosa: „Die Italienerin in London" (ML.: Peter Erckens, R.: Peter Brenner)
15. **Mainz**, Stadttheater; Gluck: „Orpheus und Eurydike" (ML.: Günter Kehr, R.: Peter Pachl)
16. **Heidelberg**, Stadttheater; Honegger: „Johanna auf dem Scheiterhaufen"
17. **Düsseldorf**, Deutsche Oper am Rhein; Tschaikowskij: „Schwanensee" (ML.: Robert Schaub, R. u. Ch.: Erich Walter †, B.: Heinrich Wendel †)
18. **Zürich**, Stadthof 11; Donizetti: „Viva la Mamma" (ML.: Charly Schneider, R.: Grischa Asagaroff)
19. **Stuttgart**, Staatstheater; Henze: „Don Chisciotte" (ML.: Janos Kulka, R.: Andreas Meyer-Hanno)
    Augsburg, Stadttheater; Charpentier: „Louise"
20. **Aachen**, Stadttheater; Verdi: „Rigoletto" (ML.: Jean-François Monnard, R.: Vaclav Kaslik)
25. **Gelsenkirchen**, Musiktheater im Revier; Davies: „Der Leuchtturm"
29. **Hannover**, Staatsoper; Nicolai: „Die lustigen Weiber von Windsor" (ML.: Bernhard Lang, R.: Peter Beat Wyrsch)

KULTURNOTIZEN

Prof. Paul Kienle ist zum neuen wissenschaftlich-technischen Geschäftsführer der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt berufen worden.

Zur Leipziger Buchmesse vom 11. bis 17. März werden rund 1000 Verlage aus 21 Ländern sowie von der UNO mit ihren Spezialorganisationen erwartet.

Die Zahl der Studenten an den Hochschulen der Bundesrepublik ist im Wintersemester 1983/84 weiter gestiegen. Sie hat sich um 5,6 Prozent auf insgesamt 1 271 000 erhöht.

Wolfgang Sawallisch wird in der Spielzeit 1984/85 Mozarts „Zauberflöte" in der Mailänder Scala dirigieren.

Die archäologische Ausstellung „Frühe Phöniker im Libanon" im Rheinischen Landesmuseum Bonn (vgl. WELT v. 19. 12. 83) ist bis zum 8. Februar verlängert worden.

„Amerikanische Meister der Sammlung Thyssen-Bornemisza" heißt eine Ausstellung, die in Lugano in der Villa Malpensata vom 18. April bis zum 22. Juli gezeigt wird.

Der neue Direktor des privaten „Wolfgang-Borchert-Theaters" in Münster/Westf., Hans-Peter Kurr, wird seine Arbeit im September mit der westdeutschen Erstaufführung der Trilogie „Leben im stillen Haus" von Pavel Kohout beginnen.

Der Isenheimer Altar von Matthias Grünewald ist in einer detailgetreuen Kopie, erstellt von dem Restaurator Steff Menzel, in der Göppinger Oberhofenkirche zu besichtigen.

JOURNAL

Ablösungsvertrag über Welfenschatz

dpa, **Hannover**

Den Ablösungsvertrag über den Welfenschatz haben in Hannover der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Werner Knopp, und der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann-Tönjes Cassens, unterzeichnet. Der Vertrag garantiert dem Land Niedersachsen in dreijährigem Abstand Sonderausstellungen aus Beständen den ehemals preußischen Museen. Der Anspruch Niedersachsens, die transportfähigen Bestandteile des Welfenschatzes wiederkehrend in Braunschweig auszustellen, bleibt erhalten. Diese Stücke sollen jedoch in der Regel nicht öfter und länger als alle drei Jahre für jeweils zwei Monate in Anspruch genommen werden. In der neuen Vereinbarung erkennt das Bundesland an, daß der Welfenschatz zu den Kulturgütern der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" gehört.

Vergessene Filme wiederaufgefunden

SAD. **Tyler/Texas**

Etwa 80 vergessene Schwarzweiß-Filme, die in den dreißiger und vierziger Jahren von schwarzen Amerikanern für schwarze Zuschauer gedreht wurden, sind jetzt durch einen Zufall in einem Lagerhaus in Tyler entdeckt worden. Der Fund gilt als sensationell und im Wert unschätzbar, da unter den Streifen zahlreiche Filme sind, von denen keine zweite Kopie existiert. Unter den Filmen, die außerhalb des großen Filmbetriebs für rein schwarzes Publikum gedreht wurden, ragt u. a. ein Streifen aus dem Jahr 1948 heraus, der mit dem schwarzen Trompeter Dizzy Gillespie im Cotton Club gedreht wurde, einem einst berühmten Nachtklub in New Yorks Schwarzenviertel Harlem.

„Geschichten aus Bordeaux" zum 500. Mal

dpa, **Bordeaux**

Das älteste französische Café-Theater in der Provinz, das „Onix" in Bordeaux, erzielte jetzt mit der 500. Aufführung der „Histoires Bordelaises" einen seltenen Rekord. Das „Onix" wurde 1965 von zwei Amateurdarstellern, dem Industrie-Zeichner Claude Ducloux und dem Juristen Pierre Maurin, gegründet. Die „Geschichten aus Bordeaux", eine ständig aktualisierte lokale Chronik mit Anspielungen auf Weltereignisse, ging im Jahr1972 erstmals über die Bühne.

Ost-West-Zentrum in Neustadt gegründet

DW. **Neustadt**

Der Förderung des gesamtdeutschen Bewußtseins und dem Zusammenhalt zwischen beiden Teilen Deutschlands will das neue „Ost-West-Studienzentrum" dienen, das am Wochenende in Neustadt an der Weinstraße gegründet wurde, dienen. Zum Vorsitzenden wurde der Fernsehjournalist Fritz Schenk gewählt, sein Stellvertreter ist Fritz Weidlich, Landesvorsitzender des Bundes der Mitteldeutschen in Rheinland-Pfalz. Dem Vorstand gehören außerdem die aus der „DDR" stammenden Schriftsteller Siegmar Faust und Hans Dietrich Lindstedt an. Das Studienzentrum wird eine Zeitschrift, „Ost-West-Echo", herausgeben, außerdem Seminare und Vortragsveranstaltungen organisieren. Schwerpunkt der Arbeit wird in Rheinland-Pfalz liegen.

Zweite Trickfilmtage in Stuttgart

dpa, **Stuttgart**

Die Internationalen Trickfilmtage in Stuttgart finden nach dem großen Erfolg von 1982 jetzt zum zweiten Male statt. Ziel des Festivals ist es, einen Einblick in das künstlerische und experimentelle Schaffen der internationalen Trickfilmer zu bieten. Annähernd 200 Filme aus aller Welt wurden eingereicht, wovon eine Jury 86 Arbeiten auswählte.

Michael Landmann †

Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Philosoph Michael Landmann in Haifa, wo er sich zu Lehrveranstaltungen aufhielt, nach schwerer Krankheit gestorben. Michael Landmann, der im Dezember vorigen Jahres seinen 70. Geburtstag feiern konnte (s. WELT v.16. 12. 83), war vor allem mit Arbeiten zur philosophischen Anthropologie hervorgetreten. Als langjähriger Universitätslehrer an der Freien Universität Berlin hatte er wiederholt auch zu aktuellen Fragen Stellung genommen. So kritisierte er in dem Band „Das Israelpseudos der Pseudolinken" den „antizionistischen" Antisemitismus der Neuen Linken. Über den wissenschaftlichen Spezialfragen vergaß Michael Landmann auch in seinem Fach nie die Praxis. In dem Buch „Was ist Philosophie?" stellte er das Verhältnis von Philosophie, Religion, Geschichte und Lebenspraxis dar.

P. Jo.



Der Vorschlag des berühmten amerikanischen Architekten Leoh Ming Pei, beauftragt mit der Reorganisation des Louvre, steht als Modell auf dem Tisch. Ob das gläserne Symbol des größten Museums der Welt auch in natura eine Chance hat, ist zur Zeit allerdings noch ungewiß. FOTO: SAD

Lauter Streit um die Ordnung im Louvre

CONSTANCE KNITTER, **Paris**

Das hat den Parisern gerade noch gefehlt: ein Skandal um den Louvre. Bisher verband man mit dem Museumspalast eher das *Bild* jener geheimnisvoll lächelnden Mona Lisa. In diesen Tagen werden die Franzosen jedoch mit einem völlig unbekannten Bild des Louvre konfrontiert. Da erhebt sich in der Mitte des „*Cour Napoleon*", des *Ehrenhofes*, zwischen den Seitenflügeln des Nationalmuseums eine Glaspyramide – wenn auch bisher nur in Modellzeichnungen. Denn noch ist alles beim alten. Die Pyramide ist bisher nur Idee.

Doch wenn der Vorschlag des berühmten amerikanischen Architekten chinesischer Abstammung Leoh Ming Pei das Wohlgefallen von Staatspräsident François Mitterrand findet, dann wird eine 20 Meter hohe *Glaspyramide* mit drei *Mini-Pyramiden* an ihren Flanken von 1987 an den *Hof des „großen Louvre" zieren* – oder verunstalten. Über Schönheit, *Sinn und Zweck dieser Nachahmung* der ägyptischen Vorbilder gehen in Paris die Meinungen weit auseinander.

Die Geschichte begann, als Staatspräsident Mitterrand und sein Kulturminister Jack Lang 1981 beschlossen, aus dem Louvre das schönste Museum der Welt zu machen und etwas Ordnung in den alten königlichen Palast mit seinen fast zwei Kilometer langen Gängen, Galerien und unzähligen Salons zu bringen. So wird das Finanzministerium, bisher noch in den Seitenpavillons der Rue de Rivoli untergebracht, 1986 in den neuen Stadtteil Bercy hinter dem Gare de Lyon umziehen. Nach dem Auszug des *Ministeriums* verfügt das Museum über eine Ausstellungsfläche von *150 000 bis 200 000* Quadratmeter – und wird damit zum größten der Welt.

Der Reichtum der Louvre-Kollektion ist bekannt. Und doch verirren sich jährlich nur 2,7 Millionen Kunstbeflissene in die mit Meisterwerken überladenen Säle. Das Centre Pompidou verzeichnet dagegen dreimal mehr Besucher. Im Louvre muß der Tourist nicht nur Kunstinteresse haben, sondern auch noch die Kondition eines Marathonläufers, wenn er alle Säle besichtigen will.

Den Auftrag, dieser Misere abzuhelfen und den „großen Louvre" nach modernen Gesichtspunkten zu reorganisieren, erhielt der Architekt Pei. Schließlich ist er berühmt für den gelungenen Bau des neuen Flügels der Nationalgalerie in Washington. Doch nun präsentierte Pei den Mitgliedern der obersten Denkmalskommission seine riesige transparente Pyramide. „Sie ist Gravitätszentrum des Louvre, unter dem sich der Haupteingang zu allen Teilen des Museums befindet", erklärte der Architekt. „Im Moment weiß kein Besucher, *wo genau sich der Eingang zum* Museum befindet. Wir brauchen ein Symbol als Orientierungspunkt."

Vom Eingang in der Pyramide begeben sich die Besucher mit Fahrstühlen in eine riesige unterirdische Empfangshalle, Drehscheibe des neuen Louvre, mit Garderoben, Cafeterias, Restaurants, Verkaufsständen. „So geht man also ins Museum durch die Keller", äußerte sofort kritisch ein Mitglied der Denkmalskommission. Im Untergeschoß sollen auch Konferenzsäle, Amphitheater, Bibliothek, Videothek, Labors, Post, Bank, *Depoträume* auf einer Fläche von 30 000 Quadratmetern eingerichtet werden. „*Diese Dinge fehlten bisher* im Louvre. Der Louvre ist wie ein *Theater ohne Kulissen*", erklärte Emik Biasini, Präsident des Verwaltungsrates und *mitverantwortlich* für das Projekt. Danach soll der unterirdische Komplex *mit einer Tiefgarage* für eintausend Pkw und 60 Autobusse verbunden werden, die unter dem Karussellbogen und einem Teil der Tuillerien ausgehoben werden soll – wenn die Stadt Paris die Zustimmung gibt.

Störfaktor aber ist die Pyramide vor der historischen Louvre-Fassade. Schlichtweg als „unzulässig" und „gegen die Natur des Louvre" bezeichnete der Oppositionsabgeordnete Michel Caldagues, Bürgermeister des 1. Pariser Arrondissements, das Projekt. Er findet es schockierend, daß Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris, nicht zu Rate gezogen wurde. Caldagues will die Bewohner seines Arrondissements zu einer Petition gegen die Pyramide mobilisieren.

Die oberste Denkmalskommission machte jetzt den Vorschlag, daß ein Modell der Pyramide vor dem Louvre aufgestellt wird, damit die Pariser sich ein Urteil über das Vorhaben bilden können. Der Kampf um die Louvre-Pyramide hat erst begonnen. (SAD)

Italien pflegt seine deutschen Touristen

Botschafter: Mehr Verständnis für die kleinen Dinge

HERBERT SCHÜTTE, ***Hamburg***

„Wir haben die Deutschen besonders gern", versichert der italienische Botschafter in Bonn, Luigi Vittorio Ferraris. *Und dieses Bekenntnis hat* nicht in erster Linie etwas mit der *hohen Politik zu tun, sondern mit* dem hohen Touristen-Anteil: 45 Prozent der Auslandsgäste zwischen Bozen und Palermo kamen im vergangenen Jahr aus der Bundesrepublik Deutschland. Kein Wunder, wenn die Beschwerden deutscher Feriengäste im Mittelpunkt einer Konferenz stehen, zu der sich in dieser Woche unter



Bittet um Post: Botschafter Luigi V. Ferraris. FOTO: CHRISTA KUJATH

dem Thema „Urlaub 1984 in Italien" Politiker und hohe Beamte unter Vorsitz von Außenminister Giulio Andreotti in Rom zusammensetzten.

Ferraris erwartet von der Konferenz – wie er in einem Gespräch mit der WELT erklärte –, daß bei den staatlichen Stellen seines Landes mehr Verständnis für die kleinen Dinge geweckt wird, die Urlauber verärgern können. Dazu gehöre etwa mehr Toleranz bei der Polizei gegenüber kleinen Verkehrsverstößen. Der Diplomat, der sich seit Jahren besonders intensiv für die Interessen deutscher Touristen einsetzt – die rechtzeitige Ausgabe der Benzingutscheine geht im wesentlichen auf seine Initiative zurück –, verwies jedoch darauf, daß „Vorschriften auch in *Deutschland eingehalten werden* müssen". Er fügte hinzu: „Bei ernsthaften Verstößen kann es keine Immunität für Deutsche geben."

Rund sechs Millionen Urlauber aus der Bundesrepublik Deutschland bevölkerten im letzten Jahr die Strände, See-Ufer und Bergtäler Italiens. Dabei hat sich nach Ferraris' Beobachtungen das Problem der Autodiebstähle entschärft; zumindest seien die Beschwerden über diese Delikte an seine Botschaft zurückgegangen. Und der Vertreter Italiens am Rhein liest – wie er betonte – jeden Brief und antwortet jedem Schreiber persönlich. „Ich bin für jeden Brief dankbar und gehe ihm nach", versprach der Botschafter (Anschrift: 53 Bonn 2, Karl-Finkelnburg-Str. 51). Es gebe allerdings – so räumte er ein – eine Konzentration von Autodiebstählen im Norden, in Venetien zum Beispiel, dort wo sich in der Hochsaison Hunderttausende von Urlaubern drängen.

Das Preisniveau wird nach seiner Einschätzung nicht die volle Inflationsrate von 1983 (14 bis 15 Prozent) widerspiegeln, sondern etwa bei 10 Prozent plus liegen, in Restaurants etwas mehr. Zum einen würde die Gastronomie die Inflationsquote vermutlich nicht voll weitergeben, zum anderen der Wechselkurs (gegenwärtig 1000 Lire = 1,60 Mark) den Urlauber etwas besser stellen als im letzten Sommer. „Im Grunde brauchen die Touristen keine großen Überraschungen zu befürchten", sagte Ferraris voraus. Die Benzin-Coupons, die zum Beispiel Superkraftstoff von 2,22 auf 1,83 DM verbilligen, sollen in erster Linie „den psychologischen Bedürfnissen der deutschen Touristen entgegenkommen". Denn die Ersparnis betrage für einen Urlauber – wenn er nicht gerade nach Süditalien fährt – lediglich etwa 60 Mark. *Doch* der Autofahrer aus der Bundesrepublik fühle sich doch irgendwie *bevorzugt.*

WETTER: Unbeständig und mild

Wetterlage

Der Ausläufer eines Tiefs bei Schottland überquert heute Deutschland von West nach Ost.

Vorhersage für Dienstag:

Westliches Deutschland:

In den Frühstunden noch bedeckt und Regen, vormittags *Übergang* zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern, in Lagen oberhalb 600 m als Schnee. Temperaturen *hier* um *null*, sonst nahe 6 Grad, nächtliche Abkühlung auf 3 bis 1 Grad.

Übriges Bundesgebiet:

Stark bewölkt bis bedeckt und Regen, in Lagen oberhalb *800* m Schnee, nachmittags von Westen nachlassender Niederschlag, dann nur noch vereinzelt leichte Schauer. Temperaturen um 4 Grad, nachts Abkühlung bis in *Gefrierpunktnähe.*

Deutscher Wetterdienst

Weitere Aussichten:

Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	18°
Bonn	6°	Kopenh.	2°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	6°
Frankfurt	5°	Madrid	3°
Hamburg	5°	Mailand	0°
List/Sylt	2°	Mallorca	10°
München	4°	Moskau	–10°
Stuttgart	3°	Nizza	10°
Algier	13°	Oslo	–2°
Amsterdam	5°	Paris	5°
Athen	12°	Prag	–1°
Barcelona	8°	Rom	7°
Brüssel	5°	Stockholm	–2°
Budapest	0°	Tel Aviv	16°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	–5°	Wien	–2°
Istanbul	6°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 8.02 Uhr, Untergang: 17.10 Uhr, **Mondaufgang:** 8.17 Uhr, Untergang: 16.22 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein fliegender Rucksack macht Männer zu menschlichen Monden

„Challenger"-Astronauten werden sich völlig frei im Weltraum bewegen

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Zu dem kühnsten und risikoreichsten Unternehmen in der bemannten Raumfahrt wird ein amerikanisches Raumflugzeug aus der kleinen Space-Shuttle-Flotte am Freitag um 14 Uhr deutscher Zeit starten. Zum ersten Mal wird ein Mensch ohne jegliche Verbindung mit dem Muttersatelliten mit einer Geschwindigkeit von 28 000 Kilometern in der Stunde durch den luftleeren Raum rasen und damit zu einem selbständigen „menschlichen Mond" werden.

Am vierten Tag des achttägigen Unternehmens „Shuttle 10" wird sich der Kapitän zur See Bruce McCandless in der Ladeluke des Raumtransporters „Challenger" ein rund 150 Kilogramm schweres Manövriergerät *umschnallen*. Die künstliche Atmosphäre in *dem Druckanzug sowie* die Schubvorrichtungen in dem *Manövriergerät einschließlich* technischer Rafinessen wie Kreisel *zur automatischen Lagestabilisierung* bieten McCandless praktisch alle Eigenschaften eines Raumschiffes. Der „Kunstmond" McCandless hat einschließlich aller technischen Einrichtungen, die ihn am Leben halten und die ihn seine zukunftsweisenden Aufgaben erfüllen lassen, eine Masse von *317 Kilogramm.*

Das 10-Millionen-Dollar-Manövriergerät ist vollgestopft mit den letzten *mikroelektronischen* Produkten amerikanischer Technologie. In zwei Tanks befindet sich der Treibstoff – gasförmiger Stickstoff –, mit dem die Miniaturdüsen für Antrieb und Steuerung betrieben werden.

Jeder Tank faßt 5,8 Kilogramm Stickstoff. Damit werden 24 Düsen versorgt, von denen jede einen Schub von nur 0,7 Kilogramm besitzt. Die Steuerung um alle Achsen und in alle Richtungen wird mit Handgriffen an den verstellbaren Armen des Manövriergeräts besorgt. Betätigt McCandless die Steuereinrichtungen am linken Arm, dann kann er sich vorwärts und rückwärts, nach links oder rechts, nach oben oder nach unten bewegen. Mit dem Steuermechanismus am rechten Arm wird die Lage um alle drei Achsen bestimmt – Hochachse, Längsachse und Querachse.



McCandless wird sich maximal 100 Meter von dem Mutterschiff entfernen, *in dem die vier* anderen Besatzungsmitglieder von Challenger Wache halten. Raumschiffkommandant Vance Brand ist davon überzeugt, daß er den „menschlichen Satelliten" jederzeit mit der Ladeluke des *hochmanövrierfähigen* Shuttle im Notfall auffangen könnte.

Nach McCandless wird Oberstleutnant Bob Steward *mit einem zweiten* Manövriergerät kosmische Freiflüge unternehmen. Bislang *war* es weder den Sowjets noch den Amerikanern *gelungen, Astronauten ohne* Seil in Vorbereitung für *Reparaturarbeiten an Satelliten* im Weltraum arbeiten zu lassen.

Zu den weiteren Höhepunkten des zehnten Shuttle-Fluges zählen Rendezvous-Versuche *mit einem Ballon mit einem* Durchmesser von zweieinhalb *Meter. Der mit* Stickstoff aufgeblasene Ballon wird aus der Ladeluke herausgelassen, und Kommandant Brand wird sich mehr als 200 Kilometer von dem Ballon entfernen. Der gestreifte, silberfarbene Ballon wird dann mit Radar angeflogen und im Dunkeln aus einer Entfernung von 300 Metern mit einem Bordscheinwerfer angeleuchtet. Das Experiment ist zum Beispiel für die Inspektion von fremden Satelliten von Bedeutung.

Das Raumflugzeug soll dann am 11. Februar zum ersten *Mal* an der Startstelle in Florida landen – und ebenfalls zum ersten Mal vollautomatisch.

Richter zwischen Recht und Tradition

WOLFGANG WILL, ***Miami***

Sonny und James Billie, Seminole-Indianer und zu Hause in den unwegsamen und auch gefährlichen Everglades-Sümpfen Süd-Floridas, sind auf den Kriegspfad gezwungen worden. Sie verletzten ein Tierschutzgesetz des Weißen Mannes, weil sie der *Jahrhunderte* überlieferten Stammestradition treu blieben: James (41), der bei seinem Vetter Sonny (49) als künftiger Medizinmann der *Seminoles in die Lehre geht*, hat bei einem einsamen Ritt durch die Ever*glades einen Panther gesichtet* und ihn erlegt und anschließend Fleisch und Herz des Tieres, einer *uralten* Indianertradition folgend, gegessen. Das, so die Indianersage, *gibt ihm*, dem künftigen Medizinmann, Kraft *und Macht und Heilfähigkeit. Aber* die Florida-Panther, von denen nur noch schätzungsweise 30 Exemplare existieren, stehen unter Naturschutz. *Nachdem ein Spitzel im Stamm den* Panther-Schuß gemeldet hatte, begannen die Mühlen der weißen Gerechtigkeit zu mahlen: Die beiden *Rothäute müssen sich am 19. März* vor einem Kreisgericht verantworten, und beide können, neben einer Geldstrafe von 5000 Dollar (rund 14 000 Mark) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Zwei Welten prallen damit in den Everglades, den unwirtlichen Weide- und Siedlungsgründen von nicht mehr als 200 jeglicher weißer Zivilisation abholden Seminole-Indianern aufeinander: die Tradition der Rothäute, die vor allem für den angesehenen, *verehrten, fast gottgleichen* Medizinmann Verpflichtung ist, und *die Gesetze der Weißen*. „James", sagt Sonny in seinem holprigen Englisch, „James nur Panther getötet für Medizin – das gut, gut für uns alles, ich stolz." Der Richter, der den Fall im März zu entscheiden hat, wird sich *auch mit diesem Argument der India*ner auseinanderzusetzen haben: Der *weiße Mann – und nicht die Semino*les – hat durch sein sinnloses Jagen und Töten *die Florida-Panther* so stark dezimiert. Für die Indianer ist der Panther, *auch „Tiger" genannt*, ein Symbol des Heiligen, des Unantastbaren: *Nur ein Medizinmann* hat das Recht, ja muß im Verlauf seiner Ausbildung, *die drei Jahrzehnte dau*ern kann, ein solches Tier erlegen, Teile des Fleisches essen, andere Körperteile aufbewahren, etwa die Tatzen in seinem Medizinsack – sie heilen, so glauben sie, beim Menschen Muskelerkrankungen, Gicht und Arthritis.

Sonny Billie ist der Mächtigste, der Einflußreichste der Seminole-„Ayikcahicaci" – einer Handvoll Medizinmänner. Vetter James ist sein Lehrling und soll sein Amt eines Tages übernehmen. Dann wird er auch das streng geheime, rituelle Jahresfest der Seminoles leiten, den „großen Maistanz".

Der findet immer am ersten Vollmond nach dem letzten Wochenende im Mai statt, tief in den Sümpfen, an einem geheimen, von Jahr zu Jahr wechselnden Ort. Erst zu Pferd, danach mit Booten kommen dann die Indianer, auch viele *jener*, die *in* Städten wie Miami leben. Zweimal *fünf Tage dauert die Zeremonie, von* der Bleichgesichter ausgeschlossen sind, und nur wenige Einzelheiten des Rituals sind bekannt. Es wird gefastet und getanzt, es werden Häuptlinge und Medizinmänner gewählt. Und Schmerzensschreie sind immer wieder *gehört* worden – mit *scharfer Nadel* werden Babys, Kindern und Erwachsenen vom Medizinmann Kreuze auf die Brust, auf Arme und Beine immer auf die Narben des *Vorjahres, geritzt. Mit Wodka* betäuben sich die Männer, mit einem *geheimen Pflanzen-Wurzeltrunk* die Frauen, um den Schmerz leichter ertragen *zu können – indianischer* „Aderlaß" sozusagen, Giftstoff- und Krankheitsaustreibung *und auch* Prophylaxe.

Bei diesem „großen *Maistanz*" *hält* der Medizinmann auch hof. Bei dieser „Sprechstunde" *verteilt er seine* Medikamente, kurt und kuriert er nach alter Tradition. Kopfschmerz und Migräne werden mit Zedern- und Lorbeerblättern bekämpft, durch Auflegen und Trinken des Blattsaftes, Alligatorbisse und andere Wunden werden mit Irisblüten behandelt. Quacksalberei? „Absolut nicht", urteilt der weiße Arzt David Hilton, *der die Seminoles in ihren* Reservaten betreut und mit den *Medizinmännern zusammenarbeitet*, „letztlich, so glaube ich, wird unsere *moderne westliche Medizin dahinter*kommen, daß ihre Medikamente und *Chirurgie* sehr primitive *Lösungen* sind, daß die Beziehung eines Kran*ken zu seinem Schöpfer* und anderen Personen dagegen wirklich über *Gesundheit und Erkrankung* bestimmt – wie es der indianische Medizin*mann* lehrt und tut: Wenn wir doch lernen wollten ..." (SAD)

Diskussion um die Bergung eines stählernen Sargs

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Soll das vor mehr als 40 Jahren in der Bucht von Haifa versenkte italienische Unterseeboot „Sciré" aus 30 Meter Tiefe gehoben werden? Sollen die 58 Toten aus dem nassen Grab geborgen werden? Die Entscheidung hierüber liegt bei der italienischen Regierung, aber der Druck der öffentlichen Meinung, die die Bergung fordert, ist stark.

Schon vor 20 Jahren waren erste Bergungsversuche gemacht worden, *die aber wegen der damit* verbundenen technischen Schwierigkeiten und *hohen Kosten* bald wieder aufgegeben wurden. Das Bergungsproblem ist jetzt wieder akut geworden, weil das Ozeanographische Institut Israels einen *offiziellen* Bericht über die Möglichkeiten einer solchen Operation veröffentlicht *hat*. Die römische Regierung ist deshalb gezwungen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Von israelischer Seite liegt bereits die Zustimmung zur Bergungsaktion in Israels Hoheitsgewässern vor.

Legendärer Ruf

Das 620 Tonnen verdrängende, 60 *Meter* lange und sechs *Meter* breite Unterseeboot genoß während des Zweiten Weltkriegs in Italien einen legendären Ruf, bevor es am 10. August 1942 bei Haifa durch Wasserbomben und Kanonenschüsse des britischen Torpedoboots *Islay* versenkt wurde.

Die „Sciré" hatte 73 000 Tonnen feindlicher Marineeinheiten vernichtet. Darunter die britischen Kreuzer „Valiant" und „Queen Elizabeth". Einige Wochen vor der Versenkung war die „Sciré"-Besatzung im Arsenal von La Spezia mit Tapferkeitsmedaillen ausgezeichnet worden. An der Feier hatten zur Ehrung der „Sciré" die Besatzungen von zwei deutschen U-Booten unter ihren Kommandanten Gogenberger und von Tiesenhausen teilgenommen, jenen Unterseebooten, denen die Versenkung des Flugzeugträgers „Arc Royal" und des Kreuzers „Barhan" gelungen war.

Den 58 Männern der „Sciré" wurde *bei dieser Gelegenheit* vom *italienischen* Marine-Oberkommando die Möglichkeit geboten, das Boot zu verlassen, um einen weniger gefährlichen Einsatz zu wählen, aber keiner von ihnen machte davon Gebrauch.

Erhebliches Risiko

Die Frage, ob die Leichen der 58 Männer der „Sciré" geborgen werden sollen, ist in Italien stark umstritten. Von den damit verbundenen Kosten abgesehen, würde die Operation ein erhebliches Risiko darstellen, da sich im Schiffsrumpf ein nicht explodierter Torpedo befindet.

Zwei namhafte Ex-Admirale, Giuseppe Rosselli und Luigi Durand de la Penne, sind der Meinung, daß der ganze Bergungsplan sinnlos ist, denn für einen Seemann sei von jeher das Meer die angemessene Grabstätte.

Das Für und Wider beschäftigt und bewegt die italienische Öffentlichkeit sehr *stark*. Dazu mag beigetragen haben, daß gerade in diesen Tagen der *dramatische* deutsche Film „U-Boot" von Wolfgang Peterson vom italienischen Fernsehen in zwei Folgen ausgestrahlt und von Millionen mit Span*nung* und Anteilnahme verfolgt wurde.

Verseuchte Krabben sichergestellt

dpa, **Paderborn**

Zum ersten *Mal sind jetzt* in der Bundesrepublik Deutschland in tiefgefrorenen Krabben aus *Thailand* Shigellen-Bakterien festgestellt worden. Erkrankungen wurden bisher, so ein Sprecher der Stadt, nicht festgestellt. In den Niederlanden waren in den vergangenen Wochen rund 50 Menschen nach dem Verzehr von tiefgefrorenen *Garnelen* an Shigellen-Ruhr erkrankt. 13 von ihnen starben. In Paderborn *wurden* alle Bestände der tiefgefrorenen Import-Krustentiere sichergestellt. *Das* Chemische Untersuchungsamt in Paderborn betonte, daß angesichts der *funktionierenden* Verbraucheraufklärung „der Markt für *Krabben aus* Südostasien derzeit so gut wie tot" sei. Das Amt warnte allerdings vor möglichen Umdeklarierungen der Ware, die vor dem Import in die Bundesrepublik Deutschland einen anderen Namen erhalten könne. *Nach Bekanntwerden* der Todesfälle in den Niederlanden war für die Bundesrepublik *ein Einfuhrverbot* verhängt worden, das aber vor wenigen Tagen teilweise *wiederaufgehoben* wurde. Eine Ansteckung mit Shigellen-Bakterien *führt zu heftigen* Leibschmerzen, hohem Fieber und schweren Durchfällen. Zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit können bis zu sieben Tage vergehen.

Werbeverbot

dpa, **Karlsruhe**

Heilpraktiker dürfen aufgrund der Bestimmungen gegen unlautere Werbung nicht für die Behandlung organischer Leiden werben. *Das entschied* der Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Damit wurde einem Stuttgarter *Heilpraktiker* untersagt, für ein natürliches Heilverfahren unter anderem bei Herz-, Kreislauf- sowie Leber-, Asthma-, Magen-Erkrankungen zu werben. Der BGH unterstrich jedoch, daß allein die Ausübung eines *Heilberufes* nicht ausreiche, um Heilpraktiker – wie Mediziner – generell ärztlichem Standesrecht zu unterstellen. (Aktenzeichen: I ZR 5/81 vom 17. November 1983)

Chinesischer *Satellit*

dpa, **Peking**

China hat am Sonntag erneut einen Forschungssatelliten in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Das wurde erst gestern gemeldet. Weiter hieß es in der Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua lediglich, von dem Projekt würden „wichtige Ergebnisse" erwartet.

Im Bordell angekettet?

AP, **Bangkok**

Bei einem Feuer im Vergnügungsviertel der südthailändischen Ferieninsel Phuket sind laut Polizei mindestens sieben Prostituierte ums Leben gekommen. Angeblich waren die Opfer von Bordellbesitzern eingeschlossen oder sogar angekettet worden.

Perkins festgenommen

AP, **London**

Der amerikanische Schauspieler Anthony Perkins ist laut Londoner Polizei auf dem Flughafen Heathrow wegen Drogenbesitzes vorübergehend festgenommen worden. Im Gepäck des aus Los Angeles kommenden Schauspielers seien acht Gramm Kanabis und drei LSD-Trips gefunden worden. Er wurde gegen Kaution freigelassen, muß aber am Donnerstag vor einem Gericht erscheinen.

Tierschützer hinter Gittern

AFP, **London**

25 Demonstranten sind in der mittelenglischen Grafschaft Warwickshire bei einer Kundgebung gegen die Aufzucht von Blaufüchsen in einem landwirtschaftlichen Großunternehmen festgenommen worden. 500 zum Teil berittene Polizisten verhinderten, daß die Kundgebungsteilnehmer in das Gehöft eindringen konnten.

22 Tote bei Zugunfall

AFP, **Lima**

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Zug und einem Lieferwagen im Südwesten Perus sind in der Nacht zum Sonntag 22 Menschen getötet und 15 verletzt worden. Das gab die peruanische Polizei ohne Angaben über die Umstände des Unglücks bekannt.

48 Stunden im Schnee

AP, **Halifax**

Die 48 Jahre alte Phyllis Howell hat laut Polizei 48 Stunden lang in den Yorkshire-Mooren in Eis und Schnee überlebt. Am Sonntag wurde sie gefunden und mit schweren Erfrierungen an Händen und Beinen ins Krankenhaus gebracht. Sie hatte sich am Freitag so unglücklich in einem Stacheldrahtzaun verfangen, daß sie sich nicht mehr befreien konnte.

ZU GUTER LETZ[illegible]

„Vor 100 Jahren starb [illegible] 1. 1884 Gregor Mendel in Br[illegible]. Erst nach seinem Tode ist sein [illegible]stiges Werk erkannt worden. [illegible] diesem Anlaß ist ihm eine Ged[illegible]marke gewidmet. Gregor Mende[illegible] wurde am 22. 7. 1884 in Heizendo[illegible] (Schlesien) geboren." Aus „Brie[illegible]arkenpost"